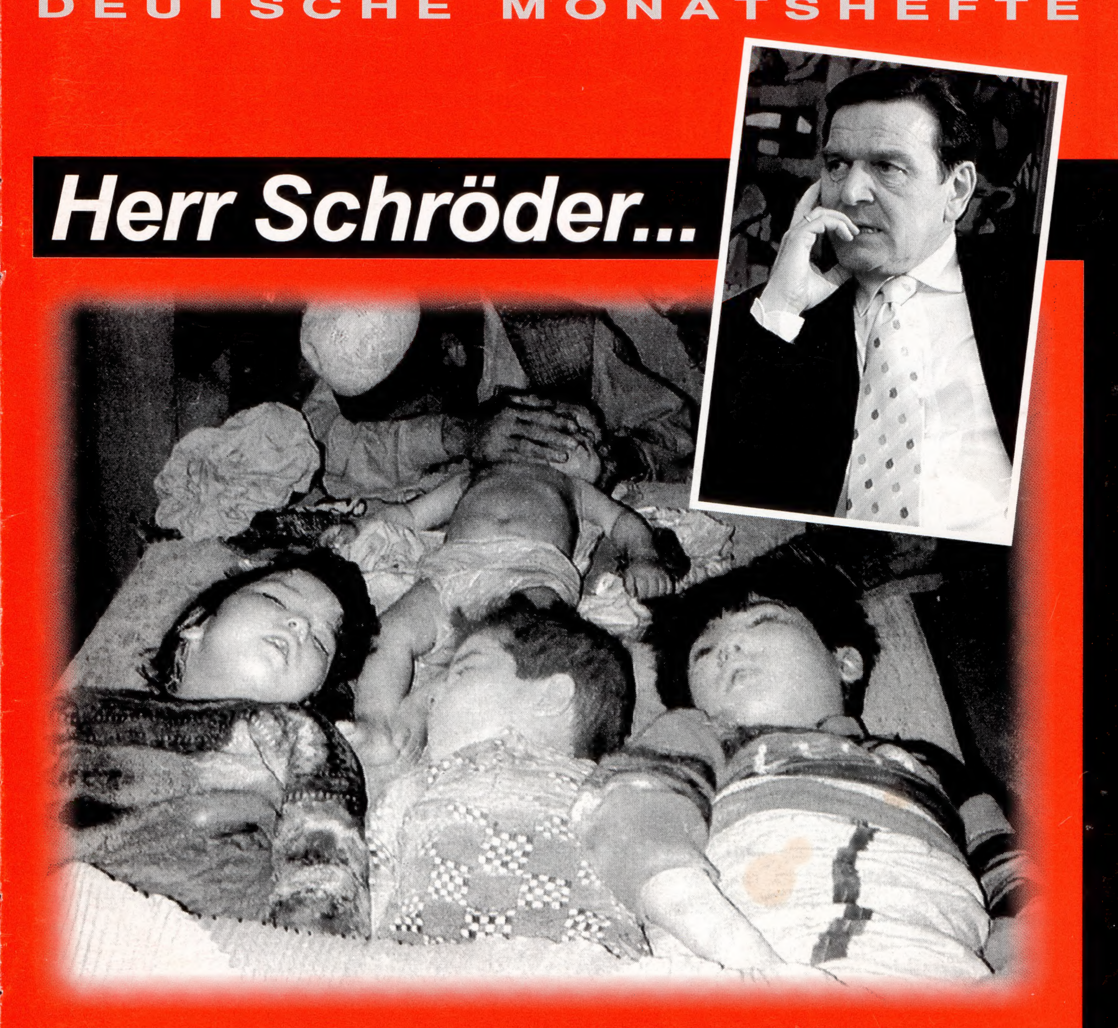
B 5104

NATION & EUROPA

DEUTSCHE MONATSHEFTE

Herr Schröder...



Solidarität mit den Tätern oder mit den Opfern?

COBURG · 51. JAHRGANG · HEFT 11/12 · Nov./Dez. 2001 · ISSN 0027-8408

Abschied von der Mark



Volker Kitz: **Das war die Mark**

Mit der Einführung des Euro müssen wir uns von dem Geld verabschieden, mit dem viele schöne Erinnerungen verbunden sind: das erste Taschengeld, das erste Gehalt, das erste Auto... Wollen Sie nicht auch einige Münzen und Scheine der guten alten Mark aufbewahren - für die Kinder, für die Enkel, für später?

Dieses Buch hilft beim Sammeln, Aufheben und Erinnern: Alle im Umlauf befindlichen Münzen und Scheine können in die integrierten Plastiktaschen gesteckt und ordentlich aufbewahrt werden. Dazu kommen Abbildungen vieler alter Scheine und Münzen (inklusive Reichsmark und DDR-Mark) sowie Geschichten rund um die Mark seit ihrem Bestehen 1871.

Ein Geschenkbuch und letztes Andenken an das Geld, das uns sicher durchs Leben begleitete und deutsche Stärke symbolisierte.

80 S., geb., viele Abb., durchgeh. farbig, DM 16,80, Euro 8,95

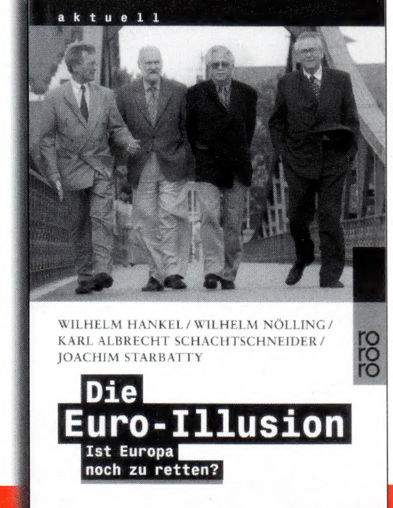
Wilhelm Hankel / Wilhelm Nölling / Karl A. Schachtschneider / Joachim Starbatty:

Die Euro-Illusion

Ist Europa noch zu retten?

Den Deutschen wurde eine Währung aufgezwungen, die sie nicht haben wollen. Die vier renommierten Wissenschaftler, die 1998 mit ihrer "Euro-Klage" Furore machten, zeigen, warum die Einheitswährung deutschen Interessen schadet und welche Folgen uns bedrohen.

352 S., TB, DM 19,90, Euro 9,90





Buchdienst Nation Europa • 96414 Coburg
PF 2554 • Tel. 09561/80780 • Fax: 807820



NATION & EUROPA
DEUTSCHE MONATSHEFTE

INHALT

51. Jahrgang – Heft 11-12/2001 – November/Dezember 2001

Die nächste Ausgabe von NATION & EUROPA, Nr. 1/2002, erscheint am 2. Januar 2002.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie jedes Jahr erscheint NATION & EUROPA in den Vorweihnachtsmonaten November/Dezember auch diesmal als **Doppelnummer** in erheblich erweitertem Umfang von 96 Seiten. Die Januar-Ausgabe 2002 geht in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr zur Post.

Der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen wir die beigefügten Buch-Prospekte. Dort finden Sie die aktuellen Neuerscheinungen für den eigenen Lesebedarf, aber auch zahlreiche **Geschenk-Tips.** Ein gutes Buch bereitet stets Freude. Und es kann bei zeitgeschichtlichen und politischen Titeln auch aufklärerisch wirken. Bitte nutzen Sie diese Chance und bestellen Sie **gleich,** damit eine rechtzeitige Lieferung gewährleistet ist. Denken Sie auch an die Möglichkeit eines **Geschenk-Abonnements.** Den Bestellschein finden Sie auf S. 95/96 dieses Heftes.

Wir wünschen frohe Festtage. *Verlag und Redaktion NATION & EUROPA*

IMPRESSUM

NATION & EUROPA — Deutsche Monatshefte. Gegründet 1951 von Arthur Ehrhardt und Herbert Böhme.

Herausgeber: Peter Dehoust, Harald Neubauer, Adolf von Thadden†

Redaktion: Peter Dehoust (für den Inhalt verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes), Karl Richter, Werner Baumann, Andreas Lehmann

Verlags- und Redaktionsanschrift:
NATION EUROPA Verlag GmbH,
Postfach 2554, 96414 Coburg
Tel. (09561) 80780
Fax (09561) 807820
e-mail: redaktion@nationeuropa.de
Internet: http://www.nationeuropa.de

Für unverlangte Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. Sie behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt der Redaktionsmeinung entsprechen.

Bezugspreise 2002

Jahresabonnement:	€ 74,—
Einzelheft:	€ 6,20
Jahresabonnement für Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende:	€ 49,—
Luftpostzuschlag:	€ 35,—
Sammelmappen für jeweils einen Jahrgang:	€ 8,50

Das Abonnement verlängert sich jeweils um einen weiteren Jahrgang, wenn es nicht bis zum 1. 10. des laufenden Jahres zum Jahresende gekündigt wird. Bei Bestellungen im laufenden Jahr wird der Abonnementpreis anteilig berechnet.

BEILAGENHINWEIS: Der Streifbandauflage dieser Ausgabe sind zwei Prospekte und eine Bestellkarte des Buchdienstes NATION EUROPA beigefügt. Wir bitten um Beachtung. NE

Es geht auch ohne Propagandaminister

Wer nicht wirbt, stirbt, lautet ein alter Kaufmannsspruch. Hauptaufgabe der Werbung ist es, Bedürfnisse zu wecken, Bedürfnisse, die sich möglicherweise nicht von allein einstellen. Wen verlangt es schon aus sich selbst heraus nach einem Tamagotchi oder nach einer Schirmmütze mit eingebautem Propeller? Die Werbung hilft uns auf die Sprünge, sagt uns, was wir seit langem vermissen. Zum Beispiel Krieg. Es reicht nicht, daß sich die Rüstungsindustrie immer neue Waffen einfallen läßt. Krieg braucht Reklame, weil ihn sonst womöglich niemand haben will.

Früher genügten ein paar Fahnen und Transparente, um pazifistische Knochenerweichung und Defätismus zu verscheuchen. Heute, im Zeitalter elektronischer Massenmedien, brauchen wir Marschbefehle höheren Niveaus. Schon das Wort „Krieg“ ist problematisch. „Friedensstiftende Maßnahme“ klingt weit freundlicher und riecht nicht so nach Blut und Eingeweide. Bei Angriffen auf ein islamisches Land spricht man am besten vom „Dialog der Kulturen“ und wirft neben den Bomben auch einige Päckchen Erdnußbutter ab, damit beim Leichenschmaus das Brot nicht trocken bleibt.

Moderne Kriegswerbung braucht den „human touch“, die menschliche Note. So war dieser Tage zu lesen, daß die Amerikaner ihre Streubomben jetzt blau anstreichen, damit sie von den afghanischen Kindern nicht mit den gelben Care-Paketen verwechselt werden. Solche Gesten des Mitgefühls kommen nicht von ungefähr. In Hollywood finden seit einiger Zeit Trainingskurse statt, bei denen sich US-Generäle von Filmregisseuren in die Geheimnisse einer publikumswirksamen Kriegsdramaturgie einweisen lassen. Einer der teilnehmenden Offiziere bestätigte die Kurse kürzlich im deutschen Fernsehen, so daß sich ungläubiges Staunen erübrigt. Es ist wirklich so.

Neben den Hollywood-Regisseuren hat die US-Regierung auch einen Stab von Werbepsychologen angeheuert. An der Spitze des Teams steht der in solchen Fragen bewanderte Michael Sennott. Er will, so seine eigenen Worte, über den Krieg gegen Afghanistan „nicht nur informieren“, sondern die Zuschauer „auch einbeziehen und begeistern“. Dazu wurde der „Advertising Council“ eingeschaltet, der amerikanische Werberat. Ihn gründete man schon 1942, um die beschämend friedfertige US-Öffentlichkeit gegen Deutschland und Japan zu mobilisieren. Erst werben, dann sterben.

Wichtig ist es, die Menschen nicht mit häßlichen Bildern zu verunsichern. Deshalb hat jetzt CNN-Chef Walter Isaacson die Korrespondenten seines Senders angewiesen, über zivile Opfer in Afghanistan „nicht unreflektiert" zu berichten. Soll heißen: nicht rechtfertigungslos zu berichten. Aufregung gab es daraufhin nicht über den Inhalt der Anweisung, sondern über Isaacsons Unvorsichtigkeit, so etwas offen zu Papier zu bringen. CBS-Produzent Jim Murphy schimpfte, in seinem Haus sei eine solche Direktive überflüssig: „Unsere Reporter wissen selbst genau, daß alles im Zusammenhang berichtet werden muß." Womit natürlich nicht gemeint ist, daß man Bilder des eingestürzten World Trade Centers etwa mit Erinnerungen an Dresden, Hiroshima oder Vietnam kombinieren soll. Zusammenhänge ja, aber bitte nur solche, die sich ins Werbekonzept fügen.

Fügen tun sich auch die Verbündeten. Hatte der Springer-Verlag seine Journalisten bislang arbeitsvertraglich auf Israel verpflichtet, so kamen jetzt die USA hinzu. Nichts darf mehr berichtet werden, was dem „deutsch-amerikanischen Verhältnis" abträglich sein könnte - eine Selbstzensur, wie sie die DDR gegenüber Moskau unbegreiflicherweise versäumte.

Allerdings lassen sich im Internet-Zeitalter gewisse Bilder (wie auf der Titelseite dieser N&E-Ausgabe) nicht ganz unterdrücken. Zu Tode bombardierte afghanische Kinder schlagen dem einen oder anderen dann doch noch härter auf den Magen als die amerikanische Erdnußbutter. Aber, beruhigt man uns: „Eine Bestätigung von unabhängiger Seite fehlt." Immerhin weiß man ganz sicher, daß es George Dabbelju Bush gibt, so daß sich wenigstens in diesem Fall eine Beglaubigung durch Dritte erübrigt. Außerdem hat uns der Bundeskanzler zu „uneingeschränkter Solidarität" verpflichtet - gegenüber den Bombenwerfern, nicht gegenüber den Bombenopfern. Da weiß man sogleich, wem man glauben darf und wem nicht.

Früher hatten wir einen Propagandaminister, der sich ehrlicherweise auch so nannte. Ihn brauchen wir heute nicht. Gut gedrillte Medien und ein paar gewiefte Werbeagenturen tun's auch. Was damals die Wochenschauen über lange zeitliche Strecken mühsam ins Volk tragen mußten, erledigt der moderne Medienverbund schlagartig an einem einzigen Abend. Und falls man uns doch noch zu fragen gedenkt, ob wir den totalen oder weniger totalen Krieg wollen, braucht es keinen Sportpalast. Eine TED-Umfrage bei „Wetten, daß..." wird zum gleichen Ergebnis führen.

Harald Neubauer

Deutschland hat wieder ein Kriegskabinett:

Und morgen die Welt!

Karl Richter

Man hat es sich längst abgewöhnt, sich über die rot-grüne Bundesregierung noch groß zu wundern. Drei Jahre ist sie nun im Amt, der Bundeskanzler ein gewesener Juso-Funktionär, der Außenminister ein ehemaliger „Häuserkämpfer" im Frankfurter Anarchomilieu, der Verteidigungsminister ein SPD-Apparatschik, der bis zur unverhofften Amtsübernahme nicht einmal die Dienstgrade seiner Soldaten kannte. Es irrte, wer sich von dieser Mannschaft die längst überfälligen Korrekturen am Kurs der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik erwartete - weniger NATO, vielleicht ein wenig mehr Neutralität. Die Möglichkeit solcher Akzentverschiebungen mag am Wahlabend im September 1998 noch in den Köpfen Schröders und seines Teams herumgespukt haben. Der Antrittsbesuch des Kanzlers und einer Handvoll seiner frischgekürten Minister in Washington machte dem rasch und gründlich ein Ende. Von da an marschierte die neue Bundesregierung genauso verläßlich nach den amerikanischen Marschkompaßzahlen wie die alte unter Helmut Kohl.

Auf dem Balkan Blut gerochen

Ironie der Geschichte: Es bedurfte nicht einmal einer einzigen Legislaturperiode, und die rot-grüne Regierung mutierte zum reinsten Kriegskabinett. Ein halbes Jahr nach ihrer Wahl, im Frühjahr 1999, brach sie den ersten Angriffskrieg der Bundesrepublik gegen ein souveränes Land, Jugoslawien, vom Zaun, das zuvor weder Deutschland noch die NATO angegriffen hatte. Alle Friedensschwüre waren vergessen. Als Lehre aus den außenpolitischen Eskapaden des Dritten Reiches hatten die vielbemühten Väter des Grundgesetzes 1948/49 bekanntlich jenen schwergewichtigen Satz ins neudeutsche Verfassungsprovisorium geschrieben, wonach die Führung eines Angriffskrieges fortan strikt verboten und selbst die Planung eines solchen unter Strafe gestellt sei. Der hehre Verfassungsgrundsatz - nur dieser? - war im Frühjahr 1999 nicht mehr viel wert, als der US-Präsident den Deutschen, den Erinnerungen des Joschka Fischer im „Spiegel" zufolge, exakt eine Viertelstunde Zeit gab, um über ihre Teilnahme am Jugoslawien-Angriff zu befinden.

Im Rückblick läßt sich sagen, daß der Tabubruch, mit dem vor zwei Jahren ein halbes Jahrhundert außenpolitischer Zurückhaltung endete, inzwischen offizielle Regierungspolitik geworden ist. Auf Serbien folgte die KFOR-Mission im Kosovo, auf diese das ominöse Unternehmen „Essential Harvest", das die Bundeswehr im September 2001 zum Waffensammeln in Mazedonien verpflichtete, unter amerikanischem Kommando. Doch neuerdings, infolge des 11. September, zogen sich die Amerikaner aus Mazedonien zurück, und der Bundeswehr fiel unversehens das Kommando über die verbliebene NATO-Truppe zu, erstmals in ihrer Geschichte. Auch dies eine Akzentverschiebung, die mehr als nur symbolischen Charakter hat.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe Rot-Grün auf dem Balkan Blut gerochen. Die bislang ultimative Gelegenheit für neudeutsches Säbelrasseln bescherten der Berliner Republik die Anschläge vom 11. September. Wer partout noch auf die Ursprünge der heutigen Verantwortungsträger im linkspazifistischen Verweigerermilieu hoffen mochte, wurde spätestens jetzt durch unverblümte Kanzlerprosa eines Schlimmeren belehrt. Als Schröder am 11. Oktober, einen Monat nach den Anschlägen, vor dem Bundestag eine neue „Etappe deutscher Nachkriegspolitik" verkündete, war es nur die erste einer Reihe kanzleroffiziöser Verlautbarungen, die seit kurzem den Tonfall der Berliner Außenpolitik widerspiegeln. „Internationale Verantwortung zu übernehmen und dabei jedes unmittelbare Risiko zu vermeiden, kann und darf nicht Leitlinie deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein", lautet eine andere Umschreibung des neuen Kurses. Auf seiner mit viel medialer Begleitmusik zelebrierten Amerika-Reise Anfang Oktober verkündete der Kanzler gar die „Enttabuisierung des Militärischen" - und stellte sie ungerührt als Erfolg der rot-grünen Regierung hin. Daß es Schröder seit Ausrufung des NATO-Bündnisfalles fast manisch an die Afghanistan-Front drängt, ist bei alledem nur konsequent: „Wir werden Beistand bringen, wie immer er aussieht", orakelte er am 15. Oktober vor dem Bundestag. Schade nur, daß die Amerikaner bislang gar keinen Beistand von den Krauts wollen.

Die Lüge vom „Primat der Politik"

Dennoch: Der Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist mit Händen zu greifen. Er mutet nicht nur mit Blick auf die Vorgeschichte der Hauptbeteiligten skurril an (hierher gehört, daß sich Joschka Fischer neuerdings vehement für die Rückkehr des 86jährigen Exilkönigs ins kriegsgebeutelte Afghanistan starkmacht - der gewesene Straßenkämpfer als Monarchist; man wundert sich, wie gesagt, über nichts mehr...).

Der neue Kurs wirkt auch deshalb so bizarr, weil er eine eherne Doktrin der alten Bundesrepublik und ihres Selbstverständnisses quasi per Regierungserklärung auf den Müllhaufen der Geschichte befördert. Jahrzehntelang hämmerten Berufs- und Bekenntnisdemokraten aller Couleur den Deutschen ein, wie wichtig der „Primat der Politik", die zivile Kontrolle über das Militär sei, um eine Neuauflage der dunkelsten Seiten unserer jüngeren Geschichte zu verhindern. Diesem Exorzismus an der Vergangenheit entsprang etwa das Konzept der „Inneren Führung", das noch immer als fixe Idee durch die Dienstvorschriften der Bundeswehr geistert, aber auch die famose, allerdings völlig unoriginelle Parole vom „Staatsbürger in Uniform".



Das US-Verteidigungsministerium (Bild) galt als das wohl sicherste Gebäude der Welt, als Schaltzentrale des gewaltigsten Militärapparats aller Zeiten. Der Traum von der Unverwundbarkeit ist seit dem 11. September 2001 vorbei.

Wie verfehlt, ja verlogen das Dogma von der „zivilen Kontrolle“ der deutschen Streitkräfte ist, zeigte sich nicht erst, aber in den letzten Jahren überdeutlich. In der deutschen Geschichte ist nämlich kein Krieg bekannt, den macht- und kriegsversessene Militärs auf eigene Faust und gegen den Willen ihrer - zivilen - Befehlshaber angefangen hätten. Selbst die ausufernden Auslandseinsätze der Bundeswehr in den letzten zehn Jahren waren durch die Bank „zivile“ Kopfgeburten - die Generalität drängte es weder nach Somalia noch nach Kambodscha noch ins Kosovo.

Hilfstruppe der Amerikaner?

Besonders paradox ist bei alledem, daß die neudeutschen Zivil-Befehlshaber, die deutsche Soldaten lieber heute als morgen wieder weltweite „Verantwortung“ übernehmen sähen, persönlich von der Aura des Militärischen völlig unbeleckt sind. Die Streitkräfte, jenes hochkomplexe Räderwerk aus Logistik, Kampfkraft und Befehlsketten, nehmen sich bei ihnen wie das berühmte Riesenspielzeug in der Hand von Schuljungen aus. „Jetzt herrschen die, die einen Major nicht von einem Majordomus unterscheiden können“, feixte die linke „Süddeutsche Zeitung“ und schob die zutreffende Feststellung nach: „Kein anderer Bundeskanzler hat so unbefangen über einen Kriegseinsatz der Bundeswehr erst im Kosovo und jetzt im Terror-Feldzug geredet wie Gerhard Schröder. Er lebt in der Gnade, ein generalistischer Konvertit zu sein. Von dem, was er militärische Details nennt, versteht er nach wie vor wenig.“ (SZ, 12.10.2001)

Das ist das eine. Zum anderen: Am Helotenstatus der Deutschen auf der weltpoliti-

schen Bühne ändert sich trotz vollmundiger Tagesbefehle aus dem Bundeskanzleramt vorerst überhaupt nichts. Realistischerweise sieht man das auch in Berlin so. „Wir werden nicht von Deutschland aus den Amerikanern ihre Strategie vorschreiben", kanzelte SPD-Generalsekretär Müntefering aus den eigenen Reihen kommende Forderungen nach einer Unterbrechung der US-Bombardements gegen Afghanistan ab; es sei „nicht sinnvoll", einzelne Aspekte der Aktion in Frage zu stellen, für Hilfsvölker schickt sich so etwas nicht, ein Punkt, über den in der rot-grünen Kriegskoalition keinerlei Dissens herrscht. „Welche Waffen eingesetzt werden", weiß auch Grünen-Chefin Claudia Roth, „ist nicht in Deutschland zu entscheiden."

Deutscher „Helotenstatus" im amerikanischen Schlepptau? Das ist richtig, so lange die einzige verbliebene Weltmacht noch Weltmacht ist. Aber auch die Bäume Washingtons werden nicht in den Himmel wachsen, und das amerikanische wäre nicht das erste Imperium, das an der Überdehnung seiner Fronten, Nachschublinien und logistischen Möglichkeiten scheiterte. Die Aussichten, daß den USA Ähnliches widerfährt, stehen so schlecht nicht. Wer großspurig dem Rest der Welt den Krieg erklärt, wie dieser Tage aus dem Munde von Bush jr. geschehen, der braucht sich über spätere Retourkutschen nicht zu wundern. Künftige Historikergenerationen werden zu entscheiden haben, ob der 11. September die Hochphase der amerikanisch dominierten „Neuen Weltordnung" einläutete - oder schon ihren Abstieg.

Abschied von der Freizeit-Truppe?

Die Bundeswehr kam, Frucht der Blockkonfrontation, ein halbes Jahrhundert lang nicht in die Verlegenheit, sich im Ernstfall bewähren zu müssen. Bei allem, was man heute weiß, wäre die Probe aufs Exempel blutig und blamabel ausgefallen, was zu gleichen Teilen am falschen strategischen Konzept, an der falschen Ausstattung und am verfehlten Führungskonzept lag. Das Kämpfen wurde von der Bundeswehr nie verlangt, also wurde es nie gelernt, vom Siegen ganz zu schweigen.

Hier böte der erweiterte Aufgabenrahmen der deutschen Streitkräfte, der uns von Rot-Grün derzeit aufgenötigt wird, Gelegenheit, das Versäumte sozusagen unter Beinahe-Ernstfall-Bedingungen nachzuholen. Die ersten Lerneffekte haben sich, wenn nicht alles täuscht, schon eingestellt. So hat sich die Bundeswehr, ernüchtert über die Ineffizienz ihrer eigenen Kommandostruktur, klammheimlich wieder einen Generalstab zugelegt. Auch das war ein Tabubruch im kleinen, denn im „Generalstab" sahen politisch korrekte Vergangenheitsentsorger von jeher das zentrale Machtinstrument des „preußischen Militarismus". Natürlich war er das nicht. Sein Fehlen konnte den westdeutschen Nachkriegsstreitkräften jahrzehntelang verborgen bleiben, weil übergreifende Planungsaufgaben im Rahmen größerer strategischer Szenarien nicht von ihnen gefordert wurden. Doch die vorhandenen Strukturen reichten offenbar nicht einmal für die ersten Balkan-Missionen aus.

Auch die chronische Finanzknappheit, unter der die Truppe seit vielen Jahren leidet, dürfte nunmehr der Vergangenheit angehören. Ganze Panzerverbände rosten in feuchten Kasernenhallen vor sich hin, für aufwendige Manöver, mehr Munition, mehr Flugstunden und mehr Dienststellen fehlt das Geld. Ein Zustand, der mit Blick auf die neue „Normalität" nicht länger haltbar ist.



Das neue Mekka: Wehe dem, der sich nicht beugt

Selbst die durchaus fragwürdigen Auslandseinsätze im Südosten haben unter diesem Aspekt ihren positiven und von der politischen Führung vermutlich nicht mitbedachten Begleiteffekt. Die beteiligten Soldaten werden schrittweise wieder an ihr Metier gewöhnt, lernen militärisch denken, erlangen Routine im Umgang mit der Waffe - alles Dinge, die weder Lehrgänge noch heimische Truppenübungsplätze bieten. Man lese die Bosnien-Reportagen des kürzlich vom Manöverdienst entlassenen Oberleutnants Götz Kubitschek, die 1999 unter dem Titel „Raki am Igman" erschienen sind. Mit Händen ist dort zu greifen, wie schon die Ankunft auf dem Feldflugplatz bei Sarajevo aus bundesdeutschen Freizeitsoldaten ernsthafte junge Männer macht, die sich plötzlich dem „Auftrag", dem Ernstfall gegenübersehen. Auch hier erübrigt sich die Frage, wozu das gut sein soll. Soldaten, auf die man sich verlassen kann, sind immer ein Trumpf in der Hand. Sie werden, siehe oben, nicht auf ewig unter fremdem Befehl stehen.

Fragt sich bloß, ob die rot-grüne Bundesregierung dies wirklich anstrebt, oder ob sie - wichtigtuerisch - nur ein bißchen Krieg im Schlepptau der Amerikaner führen will. Die Büchse der Pandora ist jedenfalls geöffnet. Und zwar nicht von Revanchisten, kriegslüsternen Militärs und Hasardeuren „rechter" Provenienz, wie man es nach gängiger Lesart hätte erwarten können, sondern von friedensbewegten Gutmenschen des linken Flügels, die gestern noch die NATO auflösen und die Bundeswehr abschaffen wollten.

Kein Wunder, daß hier so mancher ins Stottern kommt. „Wir wissen", sagt Angelika Beer, die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, „daß der Krieg auch nicht als Ultima ratio vertretbar ist, sondern nur, wenn wir keinen anderen Ausweg mehr wissen." Alles klar? ■

Als die Amerikaner noch schießwütige Zelluloid-Cowboys waren...

„Wer aus einem militärischen Überfall, aus der Vergewaltigung eines kleinen Volkes durch eine Supermacht einen ‚Zwischenfall' macht, der sollte sich mal nach seiner Sprache befragen lassen. Worum geht es hier? Es geht um die Politik der gegenwärtigen US-Regierung, die meint, alle Konflikte dieser Welt letztendlich mit dem Einsatz militärischer Mittel lösen zu können, seien es die noch lokal begrenzten Krisen und Konflikte in der Dritten Welt, sei es am Ende gar der Ost-West-Konflikt. Vergessen wir nicht: Für die knüppelschwingenden Politiker der Reagan-Regierung sind wir hier in der Bundesrepublik lediglich die Zentralfront in ihrem weltweiten Konfrontationsschema. Der Bundeskanzler vertraut diesem schießwütigen Zelluloid-Cowboy das Schicksal unseres Landes an."

Joschka Fischer 1983 im Deutschen Bundestag über die militärische Intervention der USA im mittelamerikanischen Grenada



Ein Photo aus der Zeit, als die Grünen noch das US-Militär blockierten: Polizisten beenden Joschka Fischers Protest vor einer Armeebasis in Frankfurt am Main (1983). Fischer war zu diesem Zeitpunkt 35 Jahre alt und bereits Bundestagsabgeordneter.

Wo liegen die Ursachen des Terrors?

„Asymmetrischer Krieg"

Rüdiger Schrembs

Seit dem 11. September kommt keine Stellungnahme von Politikern und Medien ohne die gebetsmühlenhafte Wiederholung der Entrüstungs- und Betroffenheitsriten aus. Zugleich werden die vom Weißen Haus vorgegebenen Sprachregelungen übernommen, wonach sich die Welt in engelhafte und dämonisch böse Wesen teilt. Doch hinter dieser vereinfachten Weltsicht kommt die alles entscheidende Frage zu kurz: Wo liegen die Ursachen der Anschläge? Und: Warum diese neue Form des Terrors?

Zunächst gilt es zu erkennen, daß es keinen weltweiten Einheitsterrorismus gibt. Den Terror, der von bloßen Kriminellen ausgeht, hat es zu allen Zeiten und in allen Kulturen gegeben. Sein Motiv ist meist die verbrecherische, persönliche Bereicherung. Diese Form des Terrors kann nicht ausgerottet werden, sie ist lediglich bekämpfbar.

Folge militärischer Unterlegenheit

Die Träger einer zweiten Terrorkategorie sind nicht geiselnehmende Bankräuber, sondern Sektierer aller Art und Observanz. Der Nährboden gewaltbereiter Sekten sind religiöse oder ideologische Wahnvorstellungen. Da es immer auf allen Kontinenten und in allen Kulturen kleinere oder auch bedeutendere Menschengruppen gab und geben wird, die ihre neurotischen Denksysteme der Mehrheit mit Terror aufzwingen wollen, ist diese Sorte von Terrorismus ebensowenig wie der Kriminalterror liquidierbar. Sekten nach Art der deutschen RAF, der japanischen Amun oder der „US-Milizen" bleiben ein polizeiliches Problem.

Völlig anders als die beiden vorstehend genannten Terrorarten ist die dritte Variante: der Einsatz von Terror aus politischen Motiven im kleinkriegsartigen Partisanenkampf der Gegenwart. Dieser „kleine Krieg" der waffentechnisch hoffnungslos unterlegenen Seite greift zu terroristischen Mitteln, um in den Reihen des überlegenen Gegners Angst und Schrecken zu verbreiten. Dieser Krieg aus dem Dunkeln, aus dem Hinterhalt, unter Ausnutzung vertrauten Geländes, ist so alt, wie sich unterdrückte,

schwache Völkerschaften gegen hochgerüstete Großmächte und deren waffenstarrende Elite-Armeen zur Wehr setzen.

Bekanntermaßen wird der Globus, seit der Implosion der Sowjetunion vor einem Jahrzehnt, militärisch von der einzig verbliebenen Weltmacht, den USA, dominiert. Keine andere Macht der Erde ist den USA und deren Arsenal an Hightech-Waffen auch nur im entferntesten ebenbürtig. Elektronische Aufklärungssysteme, meeresbeherrschende Flugzeugträger und Atom-U-Boote, luftraumsichernde Kampfflugzeuge, bestens ausgerüstete Kommandotruppen, ein weltumspannendes Stützpunktnetz, vergleichbar mit dem einstigen Flottensystem der Royal Navy zu Zeiten des britischen Empire - das alles und noch mehr macht die Amerikaner zur omnipotenten Größe.

Ernstzunehmende Gegner der USA im Kriegsfall wären lediglich China und Rußland. Diese beiden Großmächte im Wartestand werfen für die USA jedoch in erster Linie nicht militärische Probleme auf, sondern beziehen ihre Kraft aus der Tatsache, daß sie durch ihre Bevölkerungszahl und ihre strategischen Räume letztlich unbesiegbar sind. Ein offener Waffengang verbietet sich für beide Seiten.

Ungleiche Gewichtsverteilung

Neben den USA und ihren zwei potentiellen Rivalen im Weltmaßstab, China und Rußland, verbleiben eine Reihe regionaler Mächte, die stark genug sind, in ihrem unmittelbaren Umfeld politische, wirtschaftliche und kulturelle Machtansprüche militärisch durchzusetzen. Hier ist primär Israel zu nennen. Aber auch die Türkei und Indien können entsprechend ausgreifen. Für Westeuropa wären Frankreich, Großbritannien und Spanien hinzuzufügen.

Die sechs genannten Staaten beziehen aus ihrem Vasallenverhältnis zu den USA zusätzlichen Einfluß in der Region, der sie geographisch zugeordnet sind. Besonders interessant ist das ambivalente Verhältnis zwischen den USA und Israel, wo es manchmal selbst für den geübten Betrachter schwierig ist, zu unterscheiden, ob gerade der Hund mit dem Schwanz oder wieder einmal der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Kein Volk, keine Volksgruppe, keine Religions- oder Kulturgemeinschaft, die sich mit der Supermacht, mit einer der beiden Großmächte oder im regionalen Bereich mit einer der genannten Regionalmächte im politisch-kulturellen Konflikt befindet, kann die Entscheidung auf dem militärischen Schlachtfeld suchen. Abenteuer dieser Art endeten stets im militärischen Fiasko. Die Armeen der Araber wurden von Israel, dank westlicher Waffen- und Rüstungshilfe, viermal in offener Feldschlacht geschlagen. Indien besiegte Pakistan dreimal im Krieg um Kaschmir. Rußland verwandelte das Land der Tschetschenen und ihre Hauptstadt Grosny in eine Trümmerwüste. Der Irak, der mit dem Iran im ersten Golfkrieg einen für beide Seiten gleichermaßen verlustreichen Stellungskrieg geführt hatte, war für die angloamerikanische Streitmacht im Kuwait-Krieg nicht mal ein Sparringspartner.

Daraus folgt: Der kleinen Volksgruppe, der militärisch schwachen Religionsgemeinschaft - und mag sie eine Milliarde Gläubige zählen - bleibt im Kampf für das, was

Dieter Eißing (Bild) ist der erste gefallene deutsche Soldat nach dem Zweiten Weltkrieg. Der 32jährige Oberstabsarzt saß an Bord eines Hubschraubers, der Anfang Oktober über der abtrünnigen georgischen Provinz Abchasien abgeschossen wurde. Die Öffentlichkeit nahm davon kaum Kenntnis. Wer weiß schon, daß sich die Bundeswehr bereits seit 1994 am Kaukasus engagiert, wo sie im UN-Auftrag den Waffenstillstand zwischen Georgien und Abchasien garantieren soll. Vergeblich, wie man sieht.



sie als ihre Freiheit sieht, was sie als ihr Recht betrachtet, nur die Methode, die Militärtheoretiker neuerdings unter dem Begriff des „asymmetrischen Krieges" zusammenfassen.

Gemeint ist damit, daß die nach Kämpferzahl und Bewaffnung unterlegene Seite den Feind auf ein Gefechtsfeld zieht, auf dem er weder seine haushoch überlegene Feuerkraft noch die elektronische Effektivität moderner Waffensysteme zum Tragen bringen kann. Dieses Gefechtsfeld ist der postmoderne Partisanenkrieg des 21. Jahrhunderts, der Terrorkrieg der Selbstmordattentäter, in dem es keine soldatischen Frontlinien und kein die Zivilbevölkerung schützendes Heimatgebiet mehr gibt.

Der Angriff auf die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Nervenzentren der USA am 11. September bot einen ersten Vorgeschmack auf die kommende asymmetrische Kriegsführung der neuen Terrorkämpfer, die die hohe Verwundbarkeit der Infrastruktur westlicher Wohlstandsstaaten in ihr strategisches Kalkül einbeziehen. Die Terroristen wissen, daß kapitalistische Spaßgesellschaften von geringer Belastbarkeit sind. Es genügen wenige Schläge, um die Angst zur Hysterie zu steigern und die Hysterie zur Panik. Niemand im Westen ist mental auf Blut und Tränen eingestellt. Die übersteigerten Reaktionen der Politik auch in Deutschland sind ein Zeichen dieser Schwäche.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus? Aufgabe deutscher Außenpolitik hat es zu sein, Äquidistanz zu allen Mächten zu wahren, die miteinander in kriegerische Konflikte verwickelt sind, Konflikte, von denen deutsche Lebensinteressen nicht berührt werden. Die Luftterroranschläge vom 11. September waren kein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt, sondern ein Angriff auf die USA und deren seit Jahrzehnten praktiziertes Hegemonialstreben. Der von Washington behauptete Anschlag auf die Weltzivilisation ist eine reine Propagandathese zur Einbindung alter und neuer Hilfswilliger. Die den USA von Bundeskanzler Gerhard Schröder angetragene „uneingeschränkte Solidarität", einschließlich zu opfernder deutscher Soldatenleben auf fremden Kontinenten und deutschen Zivilistentods in der Heimat, ist Ausdruck des Denkens einer Vasallenschaft, die an die „eingeschränkte Souveränität" gemahnt, die mit der Breschnew-Doktrin während des kalten Krieges den Satellitenstaaten des Ostblocks zugunsten Moskaus verordnet wurde.



„Das Problem ist, daß eine ganze Reihe von Völkern uns Amerikaner von ganzem Herzen hassen und daß sie ein Motiv haben, Ungeheuerlichkeiten gegen Amerika zu begehen. Die USA dehnen ihre Macht bis in den letzten Winkel der Erde aus und zwingen entlegenen Völkern ihr Wirtschaftssystem auf. Ohne Rücksicht auf Schäden, die sie damit anrichten. Selbst unsere Bündnisstaaten aus den Zeiten des Kalten Krieges behandeln wir noch immer wie Protektorate...

Wir sollten mit den Provokationen aufhören. Unsere Streitkräfte haben 65 große Stützpunkte in anderen Ländern. Das ist doch auch eine Form von Imperialismus. Wir sollten uns fragen: Wo müssen wir denn wirklich militärisch präsent sein auf der Welt? Können wir uns nicht bemühen, weniger Leuten auf der Welt einen Grund zu geben, wütend auf uns zu sein?“

US-Professor Chalmers Johnson (Universität Berkeley), Asien-Experte und ehemaliger CIA-Berater, in einem Interview des „Spiegel“, Nr. 38/2001.

Im Januar 2002 erscheint in Deutschland Johnsons Buch: „Ein Imperium verfällt / Wann endet das Amerikanische Jahrhundert?“, geb., DM 42,90, Euro 21,45. Vorbestellungen bei Nation Europa Buchdienst, Postfach 2554, 96414 Coburg.

Grundlage deutscher Sicherheitspolitik muß die Erkenntnis werden, daß politisch motivierter Terror weder durch Militärschläge noch durch Polizeimaßnahmen aus der Welt geschafft werden kann. Kriegerischer Gegenterror ist lediglich geeignet, die Schraube der Konflikteskalation weiterzudrehen.

Militär- wie Polizeieinsätze erreichen nur die Symptome politischen Terrors, nicht seine Ursachen. Diese sind immer die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Völker oder Volksgruppen (ethnische Minderheiten) und der Menschenrechte für einzelne Bürger oder Bevölkerungsgruppen. Die Unterdrückung des Rechts auf Selbstbestimmung und Eigenregierung geht meist mit kultureller Überfremdung und sprachlicher Assimilation einher, die die Unterdrückten um den Fortbestand ihrer nationalen Identität fürchten läßt. Verbunden mit wirtschaftlicher und sozialer Deklassierung, motiviert diese Gemengelage den militanten und oft auch verzweifelten Teil der Unterdrückten zu terroristischer Gewalt als Mittel der asymmetrischen Kriegsführung.

Geheimdienstliche und polizeiliche Gegenoperationen greifen dabei zu kurz. Politisch fundierter Terrorismus ist allein durch Ursachenbeseitigung wirksam zu bekämpfen. Dazu bedarf es einer kühlen Situationsanalyse und der Absicht eines ernsthaften Interessenausgleichs.

Wichtigstes Ziel deutscher Außen- und Innenpolitik im 21. Jahrhundert muß es sein, den Ausbruch des internationalen asymmetrischen Krieges auf deutschem Boden zu verhindern. Wir dürfen uns nicht selber zur Zielscheibe machen, indem wir uns parteiisch in fremde Konflikte einmischen. Zugleich müssen wir darauf bedacht sein, in

den eigenen Grenzen keine potentiellen Bürgerkriegsarmeen nicht integrationsfähiger und integrationswilliger Fremder entstehen zu lassen. Nicht zusätzliche Einwanderung nach Deutschland - in eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde -, sondern Maßnahmen zur gezielten und beschleunigten humanitären Rückführung von Fremden in ihre Heimatländer ist das Gebot der Stunde.

Deutsche Verteidigungspolitik hat zu berücksichtigen, daß es nur ein legitimes Einsatzmotiv für die Bundeswehr gibt: die Existenz des deutschen Volkes auf seinem angestammten Staatsgebiet zu sichern. Die Bundeswehr ist keine Kreuzzugsarmee, keine Söldnertruppe und keine Fremdenlegion. Deutschland hat außerhalb des europäischen Raumes keine Interessen, die durch den Einsatz militärischer Gewalt gefördert oder durchgesetzt werden könnten. Das Beispiel des Bundeswehr-Einsatzes gegen Serbien zeigt, daß Eingriffe dieser Machart keine Lösungen bringen. Die Kosovo-Wunde schwärt weiter. Nicht anders wird die US-Aggression in Afghanistan enden. Eine Bundeswehr-Beteiligung ist lediglich geeignet, auch noch die Restbestände deutschen Ansehens in der islamischen Welt zu tilgen. Dem Frieden und der Sicherheit wird damit nicht gedient. ■

Urteil jetzt in Kraft getreten:

Bundeswehr-Einsatz gegen Jugoslawien war rechtswidrig

Das Urteil ist von ungeheuerlicher Aussagekraft, wird aber von Politik und Medien weitgehend totgeschwiegen. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten sprach bereits am 2. März 2000 den Chemnitzer Pfarrer Hans-Jochen Vogel von der Anklage frei, er habe strafbarerweise zur Fahnenflucht (§ 16 WSG) und Gehorsamverweigerung (§ 20 WSG) aufgefordert. Vogel und andere hatten im April 1999 den NATO-Angriff auf Jugoslawien mißbilligt und den deutschen Soldaten nahegelegt, sich diesem Krieg nicht zur Verfügung zu stellen.

Das Berliner Gericht sah die Angeklagten im Recht. Denn: „Wären die angesprochenen Soldaten dem Aufruf gefolgt, so hätten sie sich weder wegen Fahnenflucht noch wegen Gehorsamsverweigerung strafbar gemacht.“ Der Einsatz der Bundeswehr, heißt es in der Urteilsbegründung weiter, „war objektiv rechtswidrig, da er dem geltenden Völkerrecht zuwiderlief“.

Wie Pfarrer Vogel dieser Tage mitteilte, ist das zitierte Urteil mittlerweile rechtskräftig geworden. Damit entsteht für Bundeswehr-Soldaten auch bei künftigen Auslandseinsätzen die Frage, ob sie mit ihrer Teilnahme gegen die deutsche Verfassung und das darauf aufgebaute Wehrgesetz verstoßen.

Die Rechtsunsicherheit ist groß, weil der Generalbundesanwalt eine Vielzahl von Strafanzeigen gegen die Bundesregierung 1999 zurückgewiesen hatte, obwohl Art. 26 GG den Angriffskrieg verbietet und unter Strafe stellt. Ein höchstrichterliches Urteil kam nicht zustande. *wb*

US-Vorherrschaft und Globalisierung:

Geht das Völkerrecht kaputt?

Jürgen Schwab*)

Die Globalisierung spaltet die Geister wie schon lange nicht mehr, sie führt die Menschen weltweit zum Politischen zurück, das nach dem Untergang des Sowjetblocks einige Zeit verlorengegangen schien. Fest steht: Wer sich heute politisch definiert, kommt nicht mehr umhin, sich als Befürworter oder als Gegner der Globalisierung zu bekennen. Unter „Globalisierung“ ist vor allem zu verstehen die weltweite Durchsetzung der westlich definierten „Menschenrechte“ unter Beseitigung des Völkerrechts, das die Europäer seit Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) kennen, außerdem der global gesteuerte Vorrang der Ökonomie gegenüber der Politik mit dem Ziel einer einheitlichen Weltmarktwirtschaft. Dahinter offenbart sich „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ (US-Politstratege Zbigniew Brzezinski), eine globale *pax americana.*

Triade des Internationalismus

Es war der große deutsche Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt (1888-1985), der in dem Begriff des Politischen die Unterscheidung von Freund und Feind erblickte. Für einen Nationalisten wie den Verfasser kann der potentielle Feind nur der Internationalismus sein, der sich uns in der Moderne vor allem in drei Gestalten präsentiert: zunächst einmal (konservativ) als christlicher Universalismus, der „Alt-Europa“ in Form des mittelalterlichen Lehnsverbandes, also die Epoche vor der Reformation (ab 1517), der Aufklärung (17./18. Jahrhundert) und der Französischen Revolution (1789) wieder auferstehen lassen will. Dieser christliche Universalismus befindet sich als politische Größe seit Jahrhunderten in stetigem Verfall, wie seit 1989/90 auch der Kom-

*) Jürgen Schwab ist Verfasser der Bücher „Die Meinungsdiktatur / Wie ‚demokratische' Zensoren die Freiheit beschneiden“ (Coburg 1997; vergriffen) und „Deutsche Bausteine / Grundlagen nationaler Politik“ (Stuttgart 1999). Von ihm erscheint demnächst ein Buch über die geistige Rekonstruktion des Staates.



Höhere Kultur? In den USA wird munter auf Osama-Bin-Laden-Plakate geschossen. Parole: „Schickt ihn zurück zu Allah." Die Gebühr für solche Schießübungen, zehn Dollar pro Person, kassiert das amerikanische Rote Kreuz.

munismus, der 1848 mit der Erstausgabe des „Kommunistischen Manifestes" von Karl Marx und Friedrich Engels geistig und mit der Oktoberrevolution in Rußland 1917 politisch seinen Ausgang nahm, um nach acht Jahrzehnten in einem Leichenmeer von rund 100 Millionen Opfern und in einer ökonomischen Katastrophe ohnegleichen weltweit zu scheitern.

In kaum einem Staat existiert der Kommunismus heute noch in seiner vollen politischen und wirtschaftlichen Ausprägung. Rückzugsgefechte finden zwar da und dort noch statt, aber selbst die Beteiligung postkommunistischer Parteien an westlichen Regierungen wird keine Renaissance des Kommunismus bringen. Die PDS, in der Regierungsverantwortung angelangt, wird sich über kurz oder lang ebenso dem Diktat des von Amerika dominierten Weltmarktes unterwerfen, wie dies bereits die „Grünen" getan haben - unter Aufgabe ihrer Gründungsideale.

Abschied vom Nationalstaat?

Es geht heute nicht mehr um „rechts" oder „links" bei der Unterscheidung von Freund und Feind, sondern um die Alternative: Selbstbestimmung der Völker und Staaten oder deren Unterwerfung unter die Diktatur des internationalen Kapitals. So gibt es heute „linke" und „rechte" Globalisierungsgegner; und bei den Befürwortern von *One World* und Weltmarktwirtschaft findet man ebenfalls „Linke" und „Rechte". Dabei bleibt zu hoffen, daß aus dem Beet linker Globalisierungsgegner nationale Trie-

be ausschlagen; so gelangte kürzlich einer der Ideengeber linker Globalisierungskritik, der Franzose Bourdieu, zu der Einsicht, daß das Ordnungsmodell, das er jahrelang bekämpfen zu müssen glaubte, nämlich der Nationalstaat, geradezu unverzichtbar sei für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen, für den Erhalt des öffentlichen Schulsystems und all dessen, was bislang zum „linken" Wertekanon zählte. Auch der Umweltschutz gehört dazu.

Das Hamburger Politmagazin „Spiegel" (Nr. 30/2001) klagt: „Die Nation wurde den Nationalisten überlassen." Und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) warnt davor, daß gerade mitteldeutsche Globalisierungsverlierer an einer politischen Kombination von „Nationalismus" und „Sozialismus" Gefallen finden könnten. Doch um den als Schreckgespenst immer wieder herbeizitierten „Nationalsozialismus" in seiner historischen Form geht es nicht mehr. Jegliche Form von Partei- oder Klassendiktatur hat sich überlebt. Was heute statt dessen auf der Tagesordnung steht, ist die geistige Rekonstruktion der Volksgemeinschaft (vgl. den Artikel von Manfred Müller in N&E Nr. 9/2001).

Weltkapitalismus als letztes Wort?

Von der ursprünglichen Triade des Internationalismus ist nach dem Scheitern des christlichen Universalismus und des Kommunismus nur noch der liberale Kapitalismus übriggeblieben - unter dem Patronat der USA. Damit wird die Geschichte der Menschheit aber wohl kaum enden. Die Befürworter der „One World" haben es mit einer Vielzahl von Gegnern zu tun, die zunächst heterogen wirken, jedoch allesamt der Amerikanisierung der Welt trotzen - und dies mit recht unterschiedlichen Methoden. Linke Anti-Globalisierungs-Organisationen wie „Attac" mobilisieren über das Weltnetz; französische Bauern, eher konservativ und erdverbunden, blockieren schon mal den Grenzverkehr. Und generalstabsmäßig organisierte „Autonome" schrecken auch vor gewalttätigen Ausschreitungen wie in Seattle, Göteborg und Genua nicht zurück. Erste Folge: Die Globalisierer wollen sich künftig fernab von öffentlichen Plätzen verschanzen, zum Beispiel in den kanadischen Rocky Mountains.

Während es aber linken Globalisierungsgegnern in der Regel nur um eine „bessere" Globalisierung geht, etwa um Kontrolle und Besteuerung der Finanzmärkte sowie um gewisse soziale Abfederungen, kommt aus anderer Richtung ein fundamentaler, grundsätzlicher Widerstand, ein Widerstand, der an die Wurzeln rührt. Er speist sich aus religiösen und nationalistischen Quellen, die man nach alter Gesäßgeographie „rechts" verorten kann. Den erbittertsten und militantesten Widerstand leisten derzeit Fundamentalisten aus dem arabischen und islamischen Lager. Sie betrachten sich im Kriegszustand und werden darin von amerikanischer Kreuzzugsrhetorik und US-Militäreinsätzen rund um den Globus bestärkt.

Weltweit wird die Souveränität der Staaten zunehmend ausgehebelt, weshalb auch die völkerrechtliche Begriffsverwendung von „Krieg" und „Frieden" als Streitangelegenheit zwischen Völkern und Staaten ins Schlingern gerät. Denn wenn es in Gestalt der USA nur noch einen „Superstaat" gibt, der vollständig souverän ist und der gemeinsam mit seinen „Vasallen" (Zbigniew Brzezinski) sowie mit den von ihm kontrollier-



Flammende Empörung: Pakistaner verbrennen US-Flagge

ten internationalen Organisationen (UNO und NATO) Krieg führen darf, dann machen die herkömmlichen Vorstellungen des Kriegsvölkerrechts keinen Sinn mehr. Dieses geht nämlich von gleichen Rechten und Pflichten aus. Es ergreift nicht Partei, sondern regelt den Streit unter prinzipiell Gleichen - versucht es zumindest.

Vom Kontrahenten zum „Schurken“

Die von den USA und der von ihr geführten „Weltgemeinschaft“ Ausgegrenzten und immer häufiger auch Angegriffenen werden als „Schurkenstaaten“ klassifiziert, und ihnen werden die elementarsten Prinzipien des Völkerrechts vorenthalten. Der Irak sieht sich seit Jahren einer Hungerblockade ausgesetzt, die den Verantwortlichen eigentlich eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eintragen müßte. Aber lediglich der ehemalige jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milosevic steht vor einem „internationalen“ Tribunal in Den Haag, wo - wie einst in Nürnberg - die Kriegssieger über den Kriegsverlierer zu Gericht sitzen. Folgerichtig werden die NATO-Bombenangriffe auf Zivilisten in Jugoslawien gar nicht erst verhandelt. Sie gelten als „Kollateralschäden“ nach dem zynischen Motto: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Die Zeiten der guten alten Haager Landkriegsordnung (1907), als die Eindämmung des Krieges vorgeschrieben war, gehören der Vergangenheit an. Der Feind, ob als Politiker, Soldat oder Zivilist, wird zum „Verbrecher“, mit dem der Sieger machen kann, was er will. Zugleich wird so ziemlich allen Völkern und Staaten, mit Ausnahme der USA und Israels, das Recht verwehrt, sich gemäß dem Völkerrecht als souveräne

Staaten zu definieren, die - je nach Lage und nationalen Interessen - Diplomatie betreiben, Krieg führen und Frieden schließen dürfen.

Die Aushebelung des Völkerrechts, das von einem Pluralismus souveräner Staaten ausgeht, macht Begriffe wie „Krieg" und „Frieden" nicht mehr faßbar. Auch deshalb sprechen die USA und ihre Verbündeten von „friedensstiftenden Maßnahmen", wenn sie bewaffnet vorgehen. Früher hätte man sich nicht gescheut, den Krieg beim Namen zu nennen. Schwer wird es für diejenigen, die sich - mangels eines souveränen Staates mit militärischen Möglichkeiten - bewaffnet zur Wehr setzen. Sich selbst als Freiheitskämpfer verstehend, bleibt ihnen nur das Verbrecherprädikat „Terrorist". Ob die IRA in Nordirland, die ETA im Baskenland, die kurdische PKK oder die palästinensische Hamas - sie alle sind vogelfrei. Früher wurde auch die PLO Arafats, als dieser noch nicht „staatstragend" war, pauschal als terroristisch bezeichnet.

Im Zusammenhang mit den jüngsten Anschlägen in den USA kehrte der Begriff des „Krieges" seltsamerweise in das politische und journalistische Vokabular zurück. Damit sollte aber wohl nur die Dimension der Betroffenheit unterstrichen, nicht aber gesagt werden, daß es sich bei den Tätern um Kombattanten im Sinn des Kriegsvölkerrechts handelt.

Terror statt Krieg

Die Tatsache, daß gegenüber der amerikanischen Allmacht nahezu jeder Staat militärisch wehrlos ist, bringt uns dem Weltfrieden nicht unbedingt näher. „Privat" organisierter Terror tritt an die Stelle staatlich geführter Kriege. Wer ein paar Millionen Dollar lockermachen kann, den nötigen Fanatismus aufbringt und über strategisches Geschick verfügt, der kann heute überall auf der Welt Partisanen auftauchen und wieder verschwinden lassen, kann Terroranschläge und Selbstmordattentate inszenieren, kann sogar zivile Gegenstände (wie Passagierflugzeuge) zu Waffen umfunktionieren. Selbst die Anwendung mobiler ABC-Waffen wäre heute möglich. Brücken, Autobahnen, Eisenbahngleise, Atomkraftwerke, Chemiefabriken - die Liste möglicher Ziele ist nahezu unbegrenzt. Was nützen da noch Raketenabwehrsysteme im Weltraum?

Weil aber die alten Vorstellungen nicht mehr greifen, Begriffe wie „Krieg" und „Frieden" immer unschärfer gebraucht werden, müssen vor dem Weltpublikum die Parteien in „gute" und „böse", nach Carl Schmitt in Freund und Feind, geschieden werden. Dem Feind werden alle Züge des Teufels verliehen, dem Freund wird göttliche Sendung zugesprochen. Durchaus irdische Konflikte mit handfesten Interessen bekommen dadurch eine religiöse Überhöhung. Das hat auch Auswirkungen auf die Opfer-Bewertung. Der Weltpolizist USA, der mit nur zwei Atomschlägen 1945 Hunderttausende japanischer Zivilisten beseitigte, klagt über 2900 Opfer nach den jüng-

> **„Wer des Terrors Herr werden will, muß durch Taten erkennbar machen, daß es keine überflüssigen Völker gibt."**
>
> SPD-Politiker Erhard Eppler („Spiegel", Nr. 41/01)

Meistgehaßte Nation auf der Erde

»Die Amerikaner sollten endlich begreifen lernen, weshalb so viele Menschen ihr Land verabscheuen.

Denn was die Amerikaner einfach nicht anerkennen wollen, ist, daß große Teile der Welt und besonders die zurückgebliebensten Nationen uns als ihre kulturellen und ästhetischen Unterdrücker sehen.

Wir dringen in fremde Länder ein und bestehen darauf, unsere Eßgewohnheiten dort zu etablieren, zum Beispiel McDonald's.

Wir errichten unsere Wolkenkratzer, bis die schäbigste Hauptstadt der Welt ebenfalls einen Ring von Wolkenkratzern um ihre Flughäfen herum hat.

Viele Menschen ärgern sich sehr über diese Dinge. Sie haben kein Geld, keine komfortablen Häuser, keine demokratischen Regierungen, aber was sie haben, sind Wurzeln.

Das ist alles, was sie haben, und die werden ihnen genommen. Amerika nimmt sie ihnen weg.

Bis Amerika den Schaden begreift, den es anrichtet, indem es darauf besteht, daß der amerikanische, auf Profit ausgerichtete „way of life" zu allen Ländern paßt, werden wir in Schwierigkeiten sein. Wir werden die meistgehaßte Nation auf der Erde sein.«

Norman Mailer, US-Schriftsteller, in der Londoner „Times" (WamS-Zitat, 16.9.01)

sten Terroranschlägen weit inbrünstiger, als es anderen bei Verlusten noch größeren Ausmaßes gestattet ist. Dazu ein Beispiel am Rande: In Sachsen wurden jetzt mehrere Lehrer von der Schulbehörde gemaßregelt, weil sie im Zusammenhang mit den Anschlägen in Amerika daran zu erinnern wagten, daß alliierte Bomber im Februar 1945 Dresden in Schutt und Asche gelegt hatten - mit einer Todesopferzahl, die in die Hunderttausende geht. Niemand will „aufrechnen", aber: Wiegen deutsche Tote weniger als amerikanische?

„Schuld" oder „Nicht-Schuld" können keine vorrangigen Kriterien der internationalen Politik sein, da solche Bewertungen subjektiver Natur sind. Vielmehr geht es um die Formulierung konkreter Rechte und Pflichten im gegenseitigen Umgang der Völker und Staaten. Das Völkerrecht ist dem Menschenrecht nicht unterzuordnen. „Krieg" und „Frieden" müssen dem Zuständigkeitsbereich der Völker und Staaten erhalten bleiben. Denn nur so kann der Krieg, wenn er sich schon nicht vermeiden läßt, eingehegt werden; und nur so kann mit dem ehemaligen Feind wieder Frieden geschlossen werden und Aussöhnung stattfinden. Die Menschheit gliedert sich unbestritten in Völker, so daß Menschen- und Völkerrecht nur um den Preis eines rechtlichen Tohuwabohus gegeneinander auszuspielen sind.

Über das nationalstaatliche Prinzip hinaus sind die europäischen Völker aufgefordert, bei Carl Schmitts „Interventionsverbot für raumfremde Mächte" anzuknüpfen. Ein europäischer Großraum wäre über die Achse Paris-Berlin-Moskau nach dem Grundsatz „Ein Volk - ein Staat" auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes zu ordnen und vor äußerem Zugriff zu schützen. Das würde allen dienen: den Menschen, den Völkern und dem Weltfrieden. ■

Warum Kapitalismus und Islam unvereinbar sind:

Der Kampf um den Zins

Dr. Fritz Stenzel

Gibt es zwischen der islamischen und der westlichen Welt einen Kulturkampf? Die amerikanische Regierung und ihre Verbündeten bestreiten das vehement. Man wolle keineswegs dem Islam ans Leder, wolle auch nicht christlich missionieren. Nein, es gehe ausschließlich um die Bekämpfung des Terrorismus. Er bedrohe alle Völker und Staaten gleichermaßen und müsse deshalb ebenso „ausgerottet" werden wie jene Regime, die seinen Hintermännern eine Heimstatt bieten. Auf den ersten Blick wirkt diese Argumentation nicht unschlüssig, zumindest prägt sie das Denken derer, die für amerikanische Militärschläge Verständnis aufbringen - trotz vieler Toter unter der Zivilbevölkerung.

Hat die christliche Kirche früher den Glauben notfalls auch mit Feuer und Schwert verbreitet, so gibt sie sich heute zahm. Der Sendungsbefehl Christi (Mt. 28, 18-20; Apg. 1,8) steht nicht mehr auf der Tagesordnung. Sogar der Papst beschwört das friedliche Miteinander der Weltreligionen und bezeugte erst kürzlich, nach den Anschlägen von New York und Washington, seinen Respekt vor dem Islam. Das Wort „Mission", vom Lateinischen „missio" (= Sendung) stammend, ist fast schon genauso verpönt wie der Begriff des „Kreuzzuges". Von daher könnte man meinen, daß zumindest dem Westen eine kulturkämpferische Absicht fehlt.

Koran kontra Wall Street

Doch religiöse Unterschiede und Bindungen, deren Bedeutung im geistig-kulturellen Bereich zurückgegangen sein mag, haben auch eine wirtschaftliche Komponente, die heute, im Zeitalter der Globalisierung, um so kräftiger zu Buche schlägt. Darüber wird allerdings ungern gesprochen, treten hier doch Motive zutage, die man nicht öffentlich debattiert wissen will. Das Problem des internationalen Börsenkapitalismus - es geht dabei um Einkünfte in Billiardenhöhe! - läßt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: Im Islam sind Zinszahlungen verboten.

Damit entziehen sich wesentliche Teile der Welt (es gibt immerhin 1,2 Milliarden



Zinsverbot: Ein 300 Jahre alter Miniatur-Koran

Muslime) dem Zugriff der New Yorker Wall Street. Das auf dem Zinsverbot beruhende islamische Finanzwesen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Derzeit ist zwar nur ein Betrag von rund 200 Milliarden US-Dollar nach der Scharia angelegt, den aus dem Koran abgeleiteten Regeln des islamischen Rechts. Aber die um sich greifende Rückbesinnung auf fundamentale Glaubensinhalte läßt Experten vermuten, daß sich das islamische Bankwesen in den nächsten Jahren ausweiten wird. Länder wie Pakistan, Iran und Sudan haben bereits die Islamisierung ihrer gesamten Finanzordnung vollzogen. Mit einem gemischten System experimentiert Malaysia. In anderen Ländern konkurrieren das westliche und das islamische Modell. Aufgrund des Zinsverbots ist kein konventioneller Interbankenhandel möglich.

Welches Denken steckt hinter dem islamischen Zinsverbot? Muslime betrachten den Schöpfer als alleinigen Eigentümer, der den Menschen die Verwaltung ihres irdischen Besitzes nur auf Zeit überläßt. Gerechtigkeit und Gleichheit seien die Basis des Wohlstandes. Ausbeutung ist verpönt. Auch übertriebenen Luxus empfinden strenggläubige Muslime als Sünde, weil durch ihn moralische Werte in Frage gestellt werden. Geld soll nur als Mittel des Handels dienen, nicht als Element der Spekulation. Der Koran läßt Gewinne aus Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften zu, erlaubt aber keine festen Kapitalzinsen.

Das Verbot entstand aufgrund verheerender Zustände in der präislamischen Gesell-

schaft. Damals mußten die Armen den Reichen für das benötigte Geld exorbitante Zinsen zahlen. Wer seine Verpflichtungen nicht erfüllen konnte, endete als Sklave.

Münzen zeugen keine Münzen

Im 12. Jahrhundert untersagte auch die christliche Kirche die Verzinsung verliehenen Geldes. „Nummos non parit nummos", hieß es bei Thomas von Aquin (1225-1274), dem bedeutendsten Theologen und Philosophen des Mittelalters: Münzen zeugen keine Münzen, Geld vermehrt sich nicht. Der Wucherer instrumentalisiere die Zeit, schlage Gewinn aus ihr und erschleiche sich so eine Macht, die Gott allein gehöre. Er pervertiere die Berufung des Menschen, „im Schweiße seines Angesichts" sein Brot zu verdienen, und zwinge seine Mitmenschen, für ihn, den Zinsverleiher, zu schaffen. Er bemächtige sich damit der Welt, die ihm von da an sowohl im materiellen wie im geistigen Sinne gehört. So die kanonische Rechtsauffassung, und so auch das islamische Denken.

Im christlichen Herrschaftsbereich verlieh man zunächst den Juden das Privileg des Geldhandels. Sie galten als „Ungläubige", um deren Seelenheil man nicht besorgt sein müsse. Ihr aus dem Zinsgewinn resultierender Reichtum führte zu politischer Machtentfaltung und provozierte damit Widerstände bis hin zu Haß und Verfolgung. Letztlich aber wollten auch Christen an dieser wundersamen Geldvermehrung teilhaben, was wiederum auf jüdischer Seite gar nicht so ungern gesehen wurde: Fortan waren sie nicht mehr die alleinigen Adressaten der Kritik an fragwürdigen Finanzpraktiken. Die Verluste durch christliche Konkurrenz beim Geldverleihen wurden mehr als aufgewogen durch die Vergrößerung der Geschäftsfelder. Der bekannte Nationalökonom und Soziologe Werner Sombart (1863-1941) hat das Thema ausführlich abgehandelt. Andere spitzten seine Erkenntnisse antisemitisch zu und prägten den Begriff des „raffenden Kapitals", im Gegensatz zu dem des „schaffenden Kapitals".

Partner statt Schuldner

Der Islam blieb resistent. Der Kern seines Finanzwesens ist das im Koran verankerte Verbot des „riba", was so viel heißt wie Zuwachs oder Vorteil und auf ein Zinsverbot hinausläuft. Damit ist den Banken die Vergabe von verzinslichen Darlehen als Gewinnquelle versperrt. Islamische Banken haben deshalb verschiedene Alternativmodel-

> **„Wir stiften nichts als Unruhe... Wenn jemand nicht dazu in der Lage ist, die Weltpolitik zu lenken, dann die US-Regierung. Und das amerikanische Volk war schon immer der Ansicht, daß die USA sich nicht einmischen, sondern sich um ihren eigenen Kram kümmern sollten. 80 Prozent waren 1941 nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor der Meinung, das Land solle sich aus dem Krieg heraushalten. Allein die international orientierten Unternehmen haben ein Interesse an internationaler Intervention, weil sie auf den globalen Märkten ihre Profite machen."**
>
> Gore Vidal, amerikanischer Bestseller-Autor, in „kulturSPIEGEL", 24.9.2001

Symbol der Arroganz

„Ich finde es verantwortungslos von Herrn Schröder, uneingeschränkte Solidarität mit Amerika zu fordern. Europa muß seine eigene Position trotz des NATO-Bündnisses bewahren dürfen. Denn: Was wissen wir wirklich? Das erste Opfer in jedem Krieg ist doch immer die Wahrheit... Amerika, das bedeutet neben Freiheit auch Selbstherrlichkeit und Arroganz. Die Proteste gegen die Globalisierung waren ja eigentlich Proteste gegen eine weltweite Amerikanisierung. Ich bedaure nicht, daß das Symbol der Twin Towers nicht mehr steht, weil sie kapitalistische Arroganz symbolisierten. Aber natürlich bin ich gegen jede Art von Mord, Gewalt, Terror und Zerstörung."

Wolfgang Joop, Modeschöpfer, in „profil" (Wien), Nr. 42/2001

le zur Kreditvergabe entwickelt, Modelle, die vor allem auf Partnerschaftsverträgen basieren. Sie werden auch als Gewinn- und Verlustbeteiligungen bezeichnet. So machen die Banken mit ihren Kunden Anlageverträge, die dem Prinzip des „Mudaraba" entsprechen. Kapitalgeber und -nehmer bilden dabei eine Interessengemeinschaft, die nach einem vorbestimmten Schlüssel sowohl den Gewinn als auch den Verlust des Geschäfts teilt.

Auch das Einlagengeschäft der Banken beruht auf dem Konzept der Partnerschaftsfinanzierung. Die Anleger erhalten keine Zinsen, sondern werden über ihre Investitionskonten am Gewinn oder Verlust der Bank beteiligt. Daneben existieren Girokonten, die praktisch als zinsloser Kredit des Kontoinhabers an die Bank anzusehen sind.

Die erste islamische Geschäftsbank entstand 1975 in Dubai. Weitere Institute kamen in den folgenden Jahren in Ägypten, dem Sudan und mehreren Golfstaaten hinzu. In den achtziger Jahren wurden auch außerhalb der arabischen Welt islamische Banken gegründet, so in der Türkei und in Malaysia. Derzeit arbeiten rund 250 islamische Geldhäuser in 75 Staaten, auch in Deutschland. Außerdem werden weltweit rund 100 Investmentfonds vertrieben, die ihr Geld schariakonform anlegen und verwalten. Festverzinsliche Wertpapiere, Anleihen, Festgelder, Pfandbriefe sind tabu. Dagegen darf in Aktien investiert werden, da hier die Kapitalerträge in einem direkten Bezug zu den erwirtschafteten Gewinnen stehen, argumentieren islamische Gelehrte. Ausgeschlossen sind allerdings Aktien von Unternehmen, die mit alkoholischen Getränken zu tun haben, mit Tabakwaren, Schweinefleisch, Glücksspiel, Pornographie oder Waffen.

Kurzfristige Spekulationen mit Glücksspielcharakter unterliegen ebenso dem Verbot wie Investitionen bei westlichen Banken und Versicherungen, weil in deren Branche Zinserträge einen wesentlichen Teil des Gewinns ausmachen. Das gilt auch für verschuldete Unternehmen, die in größerem Umfang Kredite zu verzinsen haben. Natürlich kommt der Islam trotz aller Abschottung an den internationalen Wirtschaftsverflechtungen und Finanzpraktiken nicht ganz vorbei. Gewisse Spielräume werden darum toleriert. Der glaubenstreue Muslim spendet aus Sicherheitsgründen einen Teil seiner Kapitaleinkünfte.



Im vergangenen Jahr legte die Commerzbank als erstes deutsches Geldinstitut einen Islamfonds auf - nicht nur für in Deutschland ansässige Gastarbeiter, sondern auch für arabische Geschäftsleute, die ihr Geld international anlegen wollen. Längst gibt es auch einen Dow Jones Islamic Market Index, der die Entwicklung der islamisch geprägten Finanzwelt anzeigt.

Neben dem offiziellen Geldkreislauf existiert unter Moslems das sogenannte Hawala-Banking. Es handelt sich um weltweite Bar-Überweisungen ohne Konto und Belege. Erfunden haben das System einst arabische Händler, die auf ihren langen Reisen Angst hatten, ausgeraubt zu werden. Dank des Geldtransfers über Mittelsmänner mußten sie keine größeren Werte mit sich führen.

Überall auch in deutschen Großstädten haben sich Hawala-Agenturen angesiedelt. Will beispielsweise ein pakistanischer Gastarbeiter einen Teil seines Monatslohns zur Familie nach Islamabad schicken, zahlt er den Betrag bar an die hiesige Vermittlungsstelle. Dafür bekommt er einen Zettel mit vier Ziffern, die er den Angehörigen zu Hause telephonisch mitteilt. Die können sich das Geld dann gegen Nennung des Codes bei einer Kontaktperson abholen. Meist handelt es sich bei den Agenturen hüben wie drüben um Reisebüros, Wechselstuben, Tankstellen oder „kleine" Gewerbetreibende. Der Jahresumsatz liegt nach Experten-Schätzung weltweit bei 200 Milliarden Dollar. Auch in China kennt man das System unter dem Namen „chop" oder „fei chien" (fliegendes Geld). Es setzt absolute Verläßlichkeit der Beteiligten voraus, wie es einst auch in Deutschland gang und gäbe war: Geschäfte ohne schriftliche Absicherung, besiegelt nur durch Handschlag. Wer das Vertrauen mißbraucht, wird seines Lebens nicht mehr froh.

Das gemeinsame Tragen von Risiken zeigt sich auch in der islamischen Versicherungswirtschaft. Herkömmliche Policen gibt es nicht. Statt dessen werden Versicherte

mit ihren Kapitaleinlagen zu Risikoclubs zusammengeschlossen. Jeder Versicherte ist zugleich Versicherer. Ein Scharia-Rat wacht über die korangemäße Ausgestaltung der Vertragsbeziehung.

Gegenseitiges Unverständnis

Für westliche Geldanleger sind solche Bedingungen befremdlich, wie umgekehrt gläubige Moslems fassungslos vor der westlichen Zinswirtschaft stehen. Ihnen erschienen die beiden Türme des World Trade Centers in New York als imperialistische Drohgebärde und Symbole der Ausbeutung. Die Globalisierung sei ein Frontalangriff auf die drei Säulen des arabischen Wesens: den Staat, die Nation und das Vaterland, meint selbst Mohammed Abd al-Dschabiri, gemäßigter Vordenker der Intellektuellen in den Golfstaaten. Radikale Kräfte belassen es nicht bei verbaler Kritik, sondern rüsten zur Abwehrschlacht gegen den „großen Satan". Das Verhalten der USA leitet Wasser auf ihre Mühlen und erscheint entgegen allen Beteuerungen aus Washington dann doch als Kulturkampf: als Kampf um die weltweite Durchsetzung des Lebens- und Wirtschaftsstils der amerikanischen Ostküste.

Um zu einer abgewogenen Beurteilung zu kommen, reicht es nicht, die unvereinbaren Systeme miteinander zu vergleichen und für eines der beiden Partei zu ergreifen. Es spricht einiges dafür, daß das westliche Modell effektiver ist, jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch genau da liegt das Problem. Kulturkreise und Volksgemeinschaften, die den Reichtum des Lebens nicht allein oder nicht hauptsächlich am Materiellen messen, haben kein Ohr für Systemvergleiche westlichen Maßstabs. Sie betrachten die Glitzerwelt des Westens zudem als Sündenpfuhl, dem sich schwache Gemüter nur schwer entziehen können. Der Islam, jahrhundertelang selber auf Expansion bedacht und dabei keineswegs zimperlich, fühlt sich plötzlich in der Defensive. Während viele Deutsche begreiflicherweise Sorge haben, daß mit den Einwanderern aus der arabischen und asiatischen Welt hierzulande der Islam überhand nimmt, fürchten umgekehrt viele Moslems in der judäo-christlich geprägten Fremde um ihre religiöse und kulturelle Identität.

Platz wäre eigentlich für alle

Die einen wie die anderen sind Opfer einer Globalisierung, die tendenziell darauf angelegt ist, die Unterschiede nicht zu pflegen, sondern einzuebnen. Alles, was dem internationalen Menschen-, Waren-, Dienstleistungs- und Geldaustausch im Wege ist, wird vom westlichen Markt-Liberalismus bekämpft: Grenzen, Zölle, Sprach- und Kulturschranken, staatliche Souveränitäten und eben auch Formen des Wirtschaftens, die nicht weltmarkt-kompatibel sind. Was immer man vom Islam ansonsten halten mag: Sein Zinsverbot läuft der One World diametral zuwider und ist den nach Dominanz drängenden Kräften der amerikanischen Ostküste seit langem ein Dorn im Auge.

Natürlich wäre auf der Welt Platz für mehrere Modelle, Platz für die unterschiedlichen Religionen, Kulturkreise, Völker und Wirtschaftsformen, die seit Adam und Eva gewachsen sind. Dazu müßte aber ein jeder in seinem angestammten Raum bleiben und die Fremdartigkeit des Lebens in anderen Weltteilen respektieren. ■



Geld regiert die Welt

Ein scheinbar harmloses Bild: US-Medienmogul **Ted Turner** (links) schenkt der UN, vertreten durch Generalsekretär **Kofi Annan** (rechts), eine Milliarde US-Dollar. Das Geld wird von der „UN Foundation" verwaltet, die – entgegen ihrem Namen – den Spendern, nicht aber der UN verantwortlich ist. Über die Finanzierung von „Entwicklungshilfe" wird knallharte Machtpolitik betrieben. Geld erhält, wer sich amerikanischen Wünschen unterwirft. Das System funktioniert global und hat viele Facetten. So erhielt jetzt Pakistan einen 135-Millionen-Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF). Auch hier geben die Amerikaner den Ton an. Pakistans korrupte Regierung beugte sich umgehend den politischen und militärischen Wünschen Washingtons. Geld regiert die Welt. Dieses westlich-kapitalistische Gesetz wirkt längst auch gegenüber Rußland und China, ganz zu schweigen von kleineren Ländern, die keinen Hehl mehr aus ihrer Abhängigkeit machen (in Belgrad wurde zur Milosevic-Auslieferung offen erklärt, man erwarte dafür eine Milliarden-Belohnung). Es versteht sich fast schon von selber, daß bei solchen Kapitaltransfers die Politiker der Empfängerländer persönlich nicht zu kurz kommen. Über Firmenbeteiligungen, Tarnorganisationen und politische Netzwerke sichert man sich „angemessene" Dotationen.

Der Staat als Trittbrettfahrer:

Grundrechte ade!

Roland Wuttke

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington scheint es kein Halten mehr zu geben. Noch im Juni dieses Jahres drohte nach einer Anhörung die im April 2001 von der Bundesregierung vorgelegte Neufassung der Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) erst einmal in den Schubladen zu verschwinden. Doch bis nach der Bundestagswahl 2002 muß nun mit der Verwirklichung nicht gewartet werden. Waren bis zum 11. September der erhöhte technische Aufwand und der gefährdete Datenschutz noch Argumente, gilt seitdem die fast völlige Bedenkenlosigkeit. „In den kommenden Monaten wird es schwer sein, irgendeiner Vorgehensweise, die im Namen der Sicherheit geschieht, etwas entgegenzusetzen", sagt Alan Brinkley, Leiter des Geschichtsinstituts der Columbia-Universität in New York und macht damit klar, daß die westlichen Demokratien die amerikanischen Ereignisse zum Vorwand nehmen, um gegen die eigenen Bürger aufzurüsten.

Der Große Bruder hört und liest mit

Die Maßnahmen, die jetzt beschlossen werden, sind freilich seit Jahren geplant. Die Novelle der TKÜV vom April sieht vor, jegliche Telekommunikation überwachbar zu machen. Die Verordnung verpflichtet die Betreiber der Telekommunikationsanlagen, die Daten zu speichern und für „berechtigte Dienststellen" bereitzuhalten. Das beschränkt sich nicht mehr auf den drahtgebundenen Telefonverkehr, sondern umfaßt alle Kommunikationswege (Internet, E-Mail, Handy, SMS etc.). Die Betreiber müssen diesen Aufwand auch noch selber bezahlen und werden die Kosten letztendlich auf die Kunden umlegen. Würde hingegen die „berechtigte Dienstelle" zumindest einen Teil jener Kosten übernehmen müssen, könnte eine sinnvolle Einschränkung der Maßnahmen erzielt werden.

Wie umfassend die Überwachungswut ausgelebt werden soll, zeigt ein Blick in Paragraph 88 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und in die Ausführungsbestimmungen der TKÜV:

„Jeder Betreiber einer Telekommunikationsanlage, der anderen den Netzzugang zu seiner Tele-



„Dann würde ich die Knarre in die Hand nehmen"

Mit einer Sitzblockade demonstrierte Otto Schily 1983 vor dem Verteidigungsministerium gegen die NATO (Bild). Polizisten mußten ihn wegtragen. Schily war 51 Jahre alt, so daß man nicht von „Jugendsünde" sprechen kann. Auch folgende Schily-Bekundung entstammt besten Mannesjahren: „Wenn ich in Asien oder Südamerika leben würde, dann würde ich auch die Knarre in die Hand nehmen, um nicht am Hunger zu krepieren. Das ist gar keine Frage" (zitiert nach „Focus", Nr. 39/01). Heute ist der ehemalige Vertrauensanwalt der RAF-Terroristen 69 Jahre alt, treuer Gefolgsmann der USA, begeisterter NATO-Anhänger und ein Innenminister, der von sich sagt: „Natürlich bin ich ein Law-and-Order-Mann." Bei so viel wundersamer Wandlung kommt die Frage nach den Motiven auf. Wie ist es um die Berechenbarkeit eines Mannes bestellt, der seine Positionen derart abrupt ins Gegenteil kehrt? Und: Welche Standortwechsel sind bei Schily noch zu erwarten? Einstweilen erleben wir eine alte Erfahrungstatsache: Konvertiten neigen dazu, den neu angenommenen Glauben besonders radikal zu vertreten, um sich gegen Zweifel abzusichern. Vernunft und Augenmaß bleiben dabei auf der Strecke.

kommunikationsanlage geschäftsmäßig überläßt, ist verpflichtet, den gesetzlich zur Überwachung der Telekommunikation berechtigten Stellen auf deren Anforderung einen Netzzugang für die Übertragung der im Rahmen einer Überwachungsmaßnahme anfallenden Informationen unverzüglich und vorrangig bereitzustellen."

Die TKÜV legt fest, was die „berechtigten Stellen" alles anfordern können, z.B. Rufnummer und Kennung der Gesprächsteilnehmer (auch wenn keine Verbindung zustande kommt oder die Rufnummer/Kennung unvollständig bleibt), die übermittelten Inhalte (entschlüsselt, sofern möglich), Datum und Uhrzeit. Nach einem aktuel-

len Beschluß des Bundesgerichtshofes (21.02.2001, Az. II BGs 42/2001) sind sogar die Mobilfunkunternehmen verpflichtet, die sich durch den Funkzellenwechsel ergebenden Bewegungsdaten aufzuzeichnen und auf Anforderung weiterzugeben. Der Staat will wissen, wer sich wann wo aufhält.

Verdächtigen, verfolgen, verbieten

Bereits am 19. September kündigte Finanzminister Hans Eichel an, drei Milliarden Mark für ein „Anti-Terror-Paket" in den Haushalt 2002 einzustellen. Zur Finanzierung wird die Tabaksteuer Anfang 2002 und noch einmal 2003 um je zwei Pfennige pro Zigarette angehoben und die Versicherungssteuer um einen Punkt (von 15 auf 16 Prozent) erhöht. Das Geld soll unter anderem der Bundeswehr und den Nachrichtendiensten zugute kommen.

Der politische Betrug besteht darin, daß es hier nicht, wie behauptet, um die „Sicherheit der Bürger" geht, sondern um die Sicherheit der Herrschenden vor dem Bürger. Die Machthaber erweisen sich als Trittbrettfahrer des Terrors, weil sie diesen zu eigenen Zwecken instrumentalisieren. Keine der jetzt beschlossenen und geplanten Maßnahmen hätte, wenn vorher in Kraft, die Anschläge in den USA verhindern können.

Verabschiedet wurde beispielsweise eine Änderung des Vereinsgesetzes. Danach können nun auch Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch behördlichen Federstrich verboten werden. Das Vereinsgesetz schützte bislang Kirchen und Religionsgemeinschaften generell vor Verboten. Bemerkenswert ist, daß sowohl Otto Schily (SPD) als auch Günter Beckstein (CSU) bereits im Mai dieses Jahres vorschlugen, das Religionsprivileg aus dem Vereinsrecht zu entfernen. Davon sind ausschließlich die kleinen Religionsgemeinschaften betroffen, weil evangelische und katholische Kirche bereits als „Körperschaften des öffentlichen Rechts" privilegiert sind.

Der gläserne Bankkunde

So richtig ins Eingemachte geht es aber bei den Bankkonten. Die Regierung will nahezu alles wissen. Es geht dabei nicht nur um eine Auskunftspflicht für Banken bei Konten „verdächtiger Organisationen" und Maßnahmen gegen Geldwäsche. Es geht vielmehr um den Zugriff des - bankrotten - Staates auf das Vermögen seiner Bürger. Nach Eichels Plänen werden künftig alle Bankkonten und Depots zentral beim Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen gemeldet, dazu die Stammdaten aller Kontoinhaber wie Name, Geburtsort und -datum, die Art des Kontos und das Datum der Kontoeröffnung. Warum nicht gleich Kopien aller Kontoauszüge automatisch an Hans Eichel?

Geplant ist eine „Zentralstelle für unabhängige Finanzermittlungen". Dort soll das Wissen von Zoll, Finanzbehörden, Gerichten und Meldeämtern gesammelt und ausgewertet werden - sozusagen eine Rasterfahndung für säumige Steuerzahler. Offen gibt Eichel zu, daß er Terrorismus, Geldwäsche und Steuerhinterziehung gleichsetzt: „Ich halte alles drei für nicht hinnehmbar." Bei dieser undifferenzierten Sichtweise bleibt nachzutragen, daß auch Falschparken und Schwarzfahren nicht hinzunehmen sind, aber dennoch nicht auf einer Stufe mit Terrorismus stehen.

Wie der Sprecher des Bundesverbandes Deutscher Banken (BdB), Heiner Herkenhoff, dem „Handelsblatt" (4.10.2001) sagte, behindert das Bankgeheimnis schon jetzt keine Ermittlungen gegen Terroristen. Wenn die Regierung den Persönlichkeitsschutz lockern wolle, solle sie „fairerweise der Öffentlichkeit sagen, welche Absicht sie damit erzielen will". Man habe „den Eindruck, daß unter dem Deckmantel Terrorismusbekämpfung auch neue Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung mitschwingen".

Fingerabdrücke von jedem Bundesbürger?

Ebenfalls längst vor dem 11. September 2001 beschlossen und zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft tretend, sind „kleine" Änderungen in den Finanzgesetzen, die es zum Beispiel den Prüfern vom Finanzamt erlauben, sämtliche Firmendaten zu durchforsten. Das erscheint im Vergleich zu den jüngsten Überwachungsschritten noch moderat, öffnet aber staatlicher Schnüffelei Tür und Tor - wobei es sich beim Staat ja nicht um ein abstraktes, neutrales Wesen handelt, sondern um das Herrschaftsinstrumentarium politischer Parteien, die sich seit langem nicht mehr um die demokratische Gewaltenteilung scheren.

Erst der Entwurf des zweiten „Sicherheitspaketes", das der einstige RAF-Anwalt Otto Schily Mitte Oktober vorlegte, fand einigen Widerspruch in der Öffentlichkeit. Wenn Pässe und Personalausweise „biometrische Informationen", zum Beispiel Fingerabdrücke oder Gesichtsmaße enthalten sollen, dann stellt sich die Frage, warum man nicht gleich die Gen-Daten aller Bürger ermittelt, speichert und für staatliche Verfolger zugänglich macht. Angesichts solcher Pläne zur Totalerfassung individueller Persönlichkeitsmerkmale mag man kaum noch darüber sprechen, daß schon die systematische Verdrängung des Bargeldverkehrs die Menschen „gläsern" macht: Aus der Kartenbenutzung lassen sich weitreichende Persönlichkeitsprofile erstellen.

Schily will auch den Kreis der Bürger erweitern, die vom Verfassungsschutz auf ihre Zuverlässigkeit überprüft werden. Wer in privaten (!) oder öffentlichen „sicherheitsempfindlichen Stellen lebens- und verteidigungswichtiger Einrichtungen" beschäftigt ist, soll einer „Sicherheitsüberprüfung" unterzogen werden. Als „lebenswichtig" gelten dabei alle Firmen, die Produkte herstellen oder Dienstleistungen anbieten, deren Zerstörung oder Ausfall die Gesundheit der Bevölkerung gefährden könnte, auch Unternehmen, die „für das Funktionieren des Gemeinwesens" unverzichtbar sind. Dies wären zum Beispiel Energieversorger, pharmazeutische Fabriken, Krankenhäuser, Banken, Unternehmen der Telekommunikation, Post, Bahn, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Betroffen sind Millionen von Menschen. Wer in der Sicherheitsüberprüfung als „Risiko" eingestuft würde, verlöre seinen Arbeitsplatz und unterläge praktisch einem Berufsverbot.

Mit solchen Maßnahmen werden Terroristen, die sich ohnehin vom Leben verabschiedet haben, weder getroffen noch abgeschreckt. Es verengen sich aber die letzten noch verbliebenen Freiheitsräume des Bürgers. Er wird - verdachtsunabhängig - ausgespäht und kontrolliert, als sei er nicht der Souverän, sondern der potentielle Feind des Staates. George Orwell läßt grüßen. ■

Grotesker Wettbewerb um Aufhebung von Grundrechten:

Union will Schily überholen

Der Union fällt es sichtbar schwer, Bundesinnenminister Otto Schily beim Abbau der Bürgerrechte und des Datenschutzes zu übertreffen. Es ist wie in Grimms Märchen von Hase und Igel. Darin wettet ein Igel mit einem Hasen um die Frage, wer von den beiden schneller laufen kann. Am Ziel der Laufstrecke wird der verblüffte Hase von der Frau des Igels, die er für den Igel selbst hält, mit den plattdeutschen Worten „Ick bün all hier“ (Ich bin schon hier) empfangen. Auf die politische Situation in Deutschland übertragen: Der ehemalige Terroristen-Anwalt und Staatskritiker Schily hat offenkundig einen Doppelgänger, der immer schon dort sitzt, wo die Union am schnellsten hin will - nämlich in die Position des „starken Staates“.

Von der Vergeblichkeit des Rennens entnervt, neigt die zudem von Wahlschlappen gebeutelte Union zu Ausbrüchen und Fehlreaktionen, über die man sich nur wundern kann. Da gibt es zum Beispiel den CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Marschewski, einen städtischen Oberrechtsrat a.D. aus Recklinghausen. Er leitet immerhin die Arbeitsgruppe „Inneres“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der Oktober-Debatte des Parlaments zu Fragen der inneren Sicherheit gab Marschewski folgendes zum besten:

„Ich habe neulich einen Artikel eines Kollegen, der in der SPD für Innenpolitik zuständig ist, gelesen. Der Kollege Wiefelspütz, der nach mir redet, schrieb: Die Grundrechte gelten auch für Extremisten. - Meine Damen und Herren, wer sich extremistisch betätigt, verwirkt diese Grundrechte; das ist unsere Position.“



Erwin Marschewski

Diese Position befindet sich freilich außerhalb der deutschen Verfassung und verstößt gegen die Prinzipien jeder freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung. Kein Politiker ist befugt, einem mißliebigen Mitbürger, den er freihändig als „Extremisten“ denunziert, die Grundrechte abzuerkennen und damit für vogelfrei zu erklären. Lediglich das Bundesverfassungsgericht kann nach Artikel 18 des Grundgesetzes im Ausnahmefall einige Grundrechte aberkennen, keineswegs aber sämtliche Grundrechte.

Mit seiner Äußerung hat sich Marschewski deshalb selber in die extremistische Ecke manövriert, so daß er - bei Anlegung seiner eigenen Maßstäbe - nun ohne Grundrechte dasteht. Schon daran

ist zu erkennen, auf welchen Abwegen die Union mittlerweile irrlichtert.

Ein weiterer Fall wird aus dem Land Berlin gemeldet. Dort erklärte der Vorsitzende des Verfassungsschutzausschusses des Abgeordnetenhauses, Andreas Gram (CDU), es sei nun angezeigt, freie Mitarbeiter des Verfassungsschutzes - sogenannte V-Leute - auch Verbrechen begehen zu lassen. Gram wörtlich: „Wenn wir mehr über die Strukturen extremistischer Gruppierungen erfahren wollen, brauchen wir V-Leute aus der Szene. Daß diese sich auch an milieubedingten Straftaten beteiligen müssen, liegt auf der Hand."

Dort liegt es keineswegs, denn vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich (Artikel 3 des Grundgesetzes). Wer Straftaten verübt, ist abzuurteilen, egal, welchen Arbeitgeber er hat. Die Vorstellung, daß Staatsagenten genau jene Verbrechen begehen, die sie danach in den Verfassungsschutzberichten als „Extremismus" beklagen, ist so abenteuerlich, daß man die Wahlniederlage der Union in Berlin als echten Sicherheitsgewinn begrüßen muß.

Bleibt schlußendlich zu fragen, von welchen Teufeln die CDU/CSU geritten wird. Glaubt sie allen Ernstes, daß es die Bürger dieser Republik nach der Errichtung eines totalitären Staates dürstet? Die sogenannten „Sicherheitspakete" des Otto Schily lassen sich nicht übertreffen. Aufgabe der Opposition wäre es, die Menschen vor Machtmißbrauch zu schützen und auf die Einhaltung demokratischer Normen zu pochen. Statt dessen versucht Merkeis marode Truppe, den Innenminister in seinem Sturmlauf gegen die Bürgerrechte auch noch zu überholen. Der aber freut sich über den Wegfall oppositioneller Kontrolle und ruft: „Ick bün all hier!"

Peter Bochinski

Deutsche Wehrindustrie vor dem Aus:

Kriegführen ohne Waffen?

Die deutsche Wehrindustrie hatte einmal einen guten Ruf in der Welt. Unterseeboote und Panzer made in Germany gelten noch immer als Spitzenprodukte im internationalen Vergleich, doch der Marktanteil der Krauts schwindet.

Daran sind nicht nur unzuverlässige NATO-Verbündete wie die Spanier schuld, die sich vor einigen Monaten zum Verkauf ihrer größten Panzerfabrik an die USA entschlossen - hochbrisante Technologiegeheimnisse aus der Bundesrepublik inklusive, denn die Spanier produzieren seit vielen Jahren den deutschen „Leopard II" in Lizenz.

Andere Rückschläge der deutschen Wehrindustrie sind hausgemacht. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs sank die Zahl der Arbeitsplätze in der heimischen Rüstungsindustrie von 280.000 auf knapp 90.000. Die Folge ist, daß nicht nur Experten abwandern und ihre Fähigkeiten im Ausland zu Markte tragen, sondern mit den Spezialisten auch das Know how verschwindet.

Auch politisch könnte sich der chronische Schrumpfungsprozeß in der einheimischen Wehrindustrie als Bumerang erweisen, zumal in Zeiten der Krise. Frank Goldammer vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weiß: „Wer das Instrument Wehrtechnik aus der Hand gibt, verliert an politischer Mitsprache."

Da wirkt es seltsam, daß deutsche Politiker neuerdings wieder verstärkt international mitreden wollen, Ohne leistungsfähige Rüstungsindustrie wird das schwer werden.

Vergeiner


Alice Miller


Psychoanalytiker und die Gewalt:

Unsere Eltern sind schuld

Klaus Hansen

Es ist die Stunde der Seelenklempner und Quacksalber: Dürfen Kinder noch mit Zinnsoldaten spielen? wurde in der BILD-Zeitung besorgt erörtert (sie dürfen, aber nur unter wachsamer pädagogischer Begleitung). Und im Online-Dienst der „Süddeutschen Zeitung" meldete sich die Schweizer Psychoanalytikerin und Buchautorin Alice Miller („Evas Erwachen") mit gewichtigen Erkenntnissen zu Wort.

Ihrer Meinung nach erfordern die Anschläge von New York und Washington ein Gesetz, das Kinder vor Ohrfeigen bewahrt. Denn: „Die Terroristen führten vor Augen, was ein Kind erlebt, wenn es völlig unerwartet von den geliebten Eltern überfallen und geschlagen wird." Miller: „Ich bin davon überzeugt, daß die künftige Gesellschaft mit einem solchen Gesetz in 20 Jahren keine Terroristen und keine Kriminellen haben wird, sondern verantwortliche Erwachsene, die zur pazifistischen Kommunikation fähig sein werden."

Sind wir alle kindheitsgeschädigt?

Miller ist zudem überzeugt davon, daß die Anschläge bei Menschen, die in früher Kindheit geschlagen und gedemütigt wurden, möglicherweise verdrängte Ängste und Erinnerungen an diese frühen „traumatischen Erfahrungen" reaktiviert haben. Eltern sollten sich deshalb, auch um Schlimmeres zu verhüten, bei ihren Kindern „jetzt und hier entschuldigen".

Solche und ähnliche Weisheiten werden derzeit in den Medien verbreitet. Eine häusliche Ohrfeige gerät so zu einem terroristischen Akt - und, umkehrt, ein terroristischer Akt zu einer häuslichen Ohrfeige. Alles wird vermengt, die Unterschiede verschwinden, und die ganze Welt verwandelt sich in ein Tollhaus psychotischer Amokläufer, kindheitsgeschädigt und fehlprogrammiert.

In Wirklichkeit, jedenfalls hauptsächlich, geht es den Befindlichkeitsexperten und ihren medialen Helfershelfern um Aufmerksamkeit und Geldschneiderei. Die Lage wird genutzt, um möglichst vielen Menschen einzureden, daß sie jetzt in die Praxis eines Psychiaters gehören, zumindest aber in die örtliche Buchhandlung, um sich

einen Lebensratgeber zu besorgen. Tenor: Wie schaffe ich es, zwischen Kindheitsängsten und Terrorbildern aus New York mein Morgenmüsli anzurühren?

Und man kann ja auch tatsächlich verrückt werden. So plädiert Fachfrau Alice Miller dafür, Kindern über die Anschläge in New York und Washington und über den Krieg der USA gegen Afghanistan die „Wahrheit" zu sagen. Nur: welche Wahrheit? Die Beteiligten schweigen sich aus oder verbreiten völlig unterschiedliche Versionen. Und die Medien tragen zur Aufklärung schon deshalb nichts bei, weil sie in die jeweiligen Machtapparate eingebunden sind.

Aber nein, Alice Miller und ihresgleichen meinen eine Wahrheit, die aus ihrer Sicht schon längst feststeht: „Man lernt die Gewalt sehr früh in der Kindheit bei den eigenen Eltern, durch Nachahmung." Als Erwachsener werde man später von seinen „unbewußten Erinnerungen zu brutalen Racheakten an Unschuldigen getrieben". Schuld an Terror und Gegenterror sind also die Eltern, die von George Bush ebenso wie die von Osama Bin Laden. Da diese Eltern aber wiederum auch nur (geschlagene) Kinder ihrer Eltern sind, geht die Schuld letztlich auf Adam und Eva zurück, wo sie dann auch gut aufgehoben ist. Von Eigenverantwortlichkeit keine Spur.

Wer schlug Gerhard Schnöder?

Folgt man der Psychoanalytikerin Miller konsequent, müßten die Deutschen allesamt besonders gefährliche Terroristen sein. Denn Hundertausende und Millionen von ihnen haben Bombennächte erlebt, gegen die sich die Ereignisse von New York und Washington - mit Verlaub - nicht sonderlich eindrucksvoll ausnehmen. Damals waren es in einer Nacht nicht 3000, sondern 50 000 und noch mehr Tote. Die Überlebenden mußten ohne internationale Solidarität und ohne psychiatrischen Beistand auskommen. Niemand interessierte sich für ihr Seelenheil. Im Gegenteil. Nach den Bombardements folgten oft noch Vertreibung, Vergewaltigung, Raub, Entrechtung und Umerziehung.

Und was taten die Geschlagenen? Sie waren dankbar, arrangierten sich sogleich mit den Bombenwerfern, leisteten Gewaltverzicht, wie er beispielsweise in der Charta der Heimatvertriebenen nachzulesen ist. 55 Jahre ging das gut. Erst jetzt drängt es deutsche Politiker (und Journalisten) wieder aufs Schlachtfeld, werden Kriege ausgerufen und Truppen in ferne Länder geschickt.

Der deutsche Wehrmachtssoldat Fritz Schröder ist kurz nach der Geburt seines Sohnes Gerhard in Rumänien gefallen; er hat seinen Sprößling, den heutigen Kanzler, nicht einmal sehen, geschweige denn schlagen können. Möglicherweise hat Joschka Fischer zu Hause in Öffingen ein paar Ohrfeigen einstecken müssen, weil seine schulischen Leistungen hinter den Erwartungen der Eltern zurückblieben. Aber deshalb gleich den NATO-Bündnisfall ausrufen?

Nun sagen uns die Psychologen auch, daß wir zwischen Bomben und Granaten, Backpfeifen und Hausarrest den Humor nicht verlieren dürfen. Das vom Weltgrauen verschattete Gemüt bedarf eines Sonnenstrahls. So lange es Ratgeber wie Alice Miller gibt, wird uns das Lachen glücklicherweise nicht vergehen. ■

Pflichtunterricht gegen „Rechtsextremismus“:

Die Schule als politische Besserungsanstalt

Sabine Poling

Während Wirtschaft und Universitäten darüber klagen, daß heutige Schulabgänger kaum noch rechnen und schreiben können, sieht Brandenburgs Bildungsminister Steffen Reiche die Probleme ganz woanders: nicht bei der Rechtschreibung, sondern beim Rechtsextremismus. In einem Rundbrief an alle Lehrer des Landes verfügte der SPD-Politiker jetzt: „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt sind künftig Pflichtthema in allen Klassenstufen.“

Zudem wird die Überwachung der Schüler intensiviert. Gleich zweimal innerhalb eines Schuljahres, im Februar und im Juli, sollen die Lehrer dem Ministerium Berichte abliefern, wie häufig im Klassenzimmer und auf dem Schulhof von den vorgeschriebenen Meinungen, Bekleidungsregeln, Frisurvorschriften und sonstigen „politisch korrekten“ Verhaltensnormen abgewichen wurde. Reiche kündigte genauere und strengere Kriterien an.

Neuer Beruf: „Gedenkstättenlehrer“

Bereits im Grundschulunterricht soll „Verständnis für die Lebensweise anderer Völker“ geweckt werden. In den Fächern Politische Bildung und Geschichte der neunten und zehnten Klassen sind Holocaust und NS-Herrschaft ab sofort prägendes Unterrichtsthema. Sogar der Sportunterricht wird zum antifaschistischen Seminar umfunktioniert: durch „kritische“ Aufarbeitung der Olympischen Spiele von 1936.

In den letzten Wochen erhielten sämtliche brandenburgischen Schulen eine CD-Rom des Hollywood-Regisseurs Steven Spielberg. Unter dem Motto „Erinnern für Gegenwart und Zukunft“ berichten jüdische Zeitzeugen, wie sie den Nationalsozialismus überlebt haben. Eingesetzt hat das Bildungsministerium inzwischen sechs Lehrer, die sich ausschließlich um eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit den brandenburgischen KZ-Gedenkstätten kümmern und dafür pädagogische Konzepte entwickeln. Mit Berlin hat Reiche vereinbart, daß auch dort „Gedenkstättenlehrer“ berufen werden.

Linksextremismus ist kein Pflichthema an den brandenburgischen Schulen, obwohl das Land bis 1990 unter kommunistischer Herrschaft war und noch bei den letzten Landtagswahlen 23,3 Prozent PDS-Wähler aufwies. Hier sieht der ehemalige Pfarrer Reiche keinen Handlungsbedarf. Im Gegenteil. Reiche gehört zu den Unterzeichnern eines Aufrufes linker Sozialdemokraten, die schon im April 1996 eine Zusammenarbeit mit der umbenannten SED befürworteten. Eben diese SED/PDS hatte über 40 Jahre versucht, Schüler „antifaschistisch" zu indokrinieren, so daß die neuen Unterrichtsvorschriften ziemlich alt wirken.

Mißachtung elterlicher Rechte

Demokratisch-rechtsstaatliche Erwägungen pflegt Reiche hintanzustellen. 1998 wäre er fast gestrauchelt, nachdem er versucht hatte, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) zu beeinflussen. Es ging um den Verdacht der Haushaltsuntreue. Erst nach massivem öffentlichen Druck entschuldigte sich Reiche bei Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg.

Auch die Ausgaben für den „Rechtsextremismus"-Unterricht laufen auf eine Veruntreuung staatlicher Gelder hinaus. Denn Eltern haben einen Anspruch darauf, daß ihre Kinder in den Schulen nicht politisch indoktriniert, sondern möglichst objektiv und sachlich auf das Berufsleben vorbereitet werden. Der ideologische Drill von Kindern widerspricht Artikel 6 des Grundgesetzes: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht." Die Schule hat dem elterlichen Erziehungsauftrag zu assistieren, nicht ihn zu konterkarieren.

Die immer häufiger zu hörende Forderung, Kinder sollten ihre Eltern denunzieren, wenn diese politisch nach „rechts" abweichen, erinnert fatal an die rotchinesische Kulturrevolution. Der Staat - genauer: die ihn beherrschenden Kräfte - erzieht sich politische Janitscharen. Die angebliche Erziehung zu demokratischen Verhaltensweisen und Toleranz beruht auf begrifflicher Täuschung. Praktiziert wird das Gegenteil: die Erziehung zu politischer Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen. Die Entfremdung zwischen Eltern und Kindern wird dabei bewußt in Kauf genommen.

Betroffenheitspädagogik greift nicht mehr

Der neue „Rechtsextremismus"-Unterricht - das zeigen die Kriterien - richtet sich nicht gegen tatsächliche extremistische Gefahren, sondern gegen politische Regungen, die rot-grüner Weltsicht widersprechen. Wer beispielsweise für eine Begrenzung des Ausländerzuzugs eintritt, gilt automatisch als Fremdenfeind und soll von den Lehrern in der Klasse stigmatisiert werden. Schon eine „falsche" Kleidungsmarke oder zu kurze Haare reichen aus, um sich den Ruf eines „Neonazis" einzuhandeln - mit entsprechendem Widerhall im Zeugnis.

Über die Wirkung solcher Schulpolitik gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Im Unterschied zu Reiche und seinesgleichen sagt der Leiter der Hamburger Forschungsstelle „Erziehung nach/über Auschwitz", Matthias Heyl: „Eine bestimmte



Den deutschen Paß wollen alle – nicht aber das Auschwitz-Kainsmal

Form der Betroffenheitspädagogik greift nicht mehr" (taz, 20.8.01). Vor allem Schüler ausländischer Herkunft seien nicht bereit, sich als Bestandteil der deutschen „Tätergesellschaft" in Kollektivhaftung nehmen zu lassen. Heyl: „In den Unterrichtsplänen taucht die Frage der Multikulturalität für die Behandlung des Themas Nationalsozialismus kaum auf." Falsch sei der Glaube vieler Lehrer, der Umweg über Auschwitz bringe Jugendliche zu einer positiveren Haltung gegenüber Ausländern: „Dieses ‚Damals waren es die Juden, heute sind es die Türken' wird weder den Juden in Nazideutschland noch Migranten in der Bundesrepublik gerecht. Und es ist doch auch eine gnadenlose Pädagogik, die türkischen Jugendlichen vermittelt: ‚Auschwitz ist die Folie, vor der ihr eure Zukunft sehen müßt.'"

Auch die taz-Journalistin Nicole Maschler sieht die von der Schulpolitik ignorierten Probleme: „Im Einwanderungsland Deutschland splittet sich das Geschichtbild ethnisch auf. Doch die Pädagogen reagieren hilflos." Fast jeder dritte Jugendliche in der Bundesrepublik wachse mittlerweile mit einem „nicht-deutschen" Hintergrund auf. Freilich wissen weder Maschler noch Heyl ein Rezept, wie man einen aus Asien oder Afrika stammenden Schüler dazu bringen kann, sich willig in die deutsche „Schuldgemeinschaft" einzugliedern. Besuche in KZ-Gedenkstätten helfen da auch nicht weiter.

Überhaupt bleibt die nachkriegsdeutsche Vergangenheitsbewältigung den meisten Ausländern ein Buch mit sieben Siegeln. Andere Völker sehen keinen Sinn darin, sich

selber schwerster Verbrechen zu bezichtigen und diesen „Täterstatus" in die Zukunft fortzuschreiben. Viel eher neigen sie zur historiographischen Selbstverteidigung. In der Türkei wird bestraft, wer den Völkermord an den Armeniern *nicht* leugnet. In Deutschland dagegen erzwingt das Strafrecht das Bekenntnis zum Holocaust. Zwei völlig unterschiedliche Denkweisen.

Einige Pädagogen rätseln, ob es möglicherweise ein Ausweg wäre, im Geschichtsunterricht ähnlich zu verfahren wie bei der Religionskunde, also getrennte Gruppen zu bilden: Deutschstämmige Deutsche bekommen den NS-Holocaust vorgesetzt, türkischstämmige Deutsche den Armenier-Holocaust, russischstämmige Deutsche den stalinistischen Holocaust, asiatischstämmige Deutsche den Kambodscha-Holocaust, afrikanischstämmige Deutsche den Holocaust in Ruanda - und so weiter.

Dabei müßte allerdings gewährleistet bleiben, daß der NS-Holocaust nicht „relativiert" und auch von den nichtdeutschstämmigen Deutschen als einzigartig („singulär") anerkannt wird. Ein kompliziertes Modell. Irgendwie führt es auch zur Diskriminierung ausländischer Schüler. Sie rangieren in der offiziösen Schuld-Skala dauerhaft hinter den Deutschen, die sorgsam darauf bedacht sind, den Vorrang „ihres" Holocaust gegen jeden Vergleich zu verteidigen. Und vor allem: Welche Gedenkstätten sollen ausländische Schüler in Deutschland anlaufen?

Alternativ könnte man die Einwanderung nutzen, um sich praktisch alle Völkermordverbrechen dieser Welt anzueignen. Das aber sei eine Überforderung der Deutschen, heißt es, obwohl es fraglos ehrlicher wäre, ein türkischstämmiger Deutscher würde Wiedergutmachung an die Armenier zahlen, anstatt osteuropäische Fremdarbeiter des Zweiten Weltkriegs zu entschädigen. Alles in allem drohen der „multikulturellen Gesellschaft" auf dem Feld der Vergangenheitsbewältigung erhebliche Irritationen und Verwerfungen.

Eltern wollen mehr Nationalbewußtsein

Wie sehr die jüngsten Unterrichtsvorschriften an der Bedürfnisrealität vorbeigehen, zeigt auch ein anderes Beispiel: In einer TED-Umfrage der „Berliner Zeitung" (12.9.01) stimmten von fast 3000 Anrufern 96,7 Prozent für das Auswendiglernen des Deutschlandliedes im Schulunterricht. Damit unterstützt die überwältigende Mehrheit die Forderungen von Hessens Ministerpräsident Roland Koch und der Jungen Union Brandenburgs nach mehr Nationalbewußtsein in den Schulen und nach einem unverkrampften Umgang mit nationalen Symbolen.

„Es kann nicht sein, daß in Brandenburger Realschulen und Gymnasien Jazz und lateinamerikanische Musik unterrichtet werden, aber Begriffe wie ‚deutsch' und ‚Hymne' nicht mal im Rahmenplan für Musik auftauchen", sagt Sebastian Schütze, Landesgeschäftsführer der Jungen Union Brandenburg. „Wir müssen uns nicht für unsere Hymne schämen. Sie sollte regelmäßig in den Schulen zu bestimmten Anlässen gesungen werden."

Sogar der Sprecher des brandenburgischen Bildungsministeriums, Martin Gorholt, meint: „Schüler sollten wissen, wer die Nationalhymne komponiert hat." Noch auf-

schlußreicher wäre allerdings das Wissen, wer sie getextet hat. August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874) wurde wegen seiner nationalen Einstellung – heute würde man sie als „rechtsextremistisch“ bezeichnen – seiner Hochschulprofessur in Breslau enthoben und sogar des Landes verwiesen. Auch der Komponist Joseph Haydn (1732-1809) dürfte Vermittlungsprobleme aufwerfen. Der Mann war Österreicher, erinnert also daran, daß die deutsche Kulturnation größer ist als das, was heute aus Gründen der „politischen Korrektheit“ in den Schulen noch gelehrt werden darf.

Vor solchen Hintergründen ist dem SPD-Minister Steffen Reiche schon jetzt zu prophezeien, daß er mit seinem „Rechtsextremismus“-Unterricht Schiffbruch erleiden wird. ■

Was die PDS wirklich will:

Grenzen auf für alle

Dr. Christian Böttger (Berlin)

Bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl wurde die PDS im Osten der Stadt mit 47,6 Prozent die mit Abstand stärkste Partei (SPD: 23,2 Prozent, CDU: 12,4 Prozent). Nur wenige Bürger wissen freilich, was die PDS - die sich bis 1990 SED nannte - konkret will und welches Programm sie vertritt. Aufklärung tut not.

Was die PDS beispielsweise in der Ausländerpolitik mit Deutschland tatsächlich vorhat, kann man ihrem im Januar 2001 erarbeiteten „Vier-Säulen-Konzept für eine Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik" entnehmen. Darin geht die Partei zunächst ganz richtig vom Zusammenhang zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik und Wanderungsbewegungen aus. Sie erkennt, daß die Nationalstaaten unter den gegenwärtigen Bedingungen zunehmend an Souveränität und Durchsetzungsfähigkeit in der Gestaltung und Umsetzung ihrer „Einwanderungspolitik" verlieren. Aber anstatt mitzuhelfen, diese Souveränität wiederherzustellen, paßt sich die PDS an die neoliberalen Gesellschaftskonzepte an und forciert die diesen Konzepten entsprechende „Politik der Öffnung für Einwanderung" sogar noch. Drei Schwerpunkte der PDS-Ausländerpolitik seien hier zur Veranschaulichung herausgegriffen:

Noch mehr Asylanten eingeladen

Grundsätzlich vertritt die PDS das Prinzip „Offene Grenzen für Menschen in Not" und fordert „die Herstellung bzw. Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechts auf Schutz für politisch Verfolgte und die Ausweitung des Schutzrechtes bei Diskriminierung und Verfolgung durch nichtstaatliche Institutionen, ... wegen sexueller Orientierung und religiöser Bindung". Die Ausweitung des Schutzrechtes soll nach PDS-Vorstellungen zudem für Menschen in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Notlagen gelten. Damit wäre nicht nur der vom Bevölkerungswillen erzwungene, den Herrschenden mühsam abgerungene Asylkompromiß wieder hinfällig, sondern eine neue Kategorie von Asylgründen geschaffen, die keine objektive Begrenzung mehr zuläßt. Ein Faß ohne Boden würde sich öffnen, denn wie viele Menschen weltweit



Gegen Euro und Krieg: Was aber will die PDS ausländerpolitisch?

müßte man wohl der beschriebenen Kategorie zuordnen? Eine Milliarde, oder auch zwei?

Die Forderung nach „offenen Grenzen für Menschen in Not" ist irrational, demagogisch und Ausdruck naiver „Gutmenschen"-Schwärmerei. Auch offenbart sich hier eine völlig ahistorische Betrachtungsweise, denn „Not" war zu allen Zeiten die Regel, Wohlstand eher die Ausnahme. Auch unser Wohlstand ist nur geborgt (Verschuldung, Umweltzerstörung) und steht auf der Kippe. Schon in wenigen Jahren wird er aufgrund der künstlich vorangetriebenen Globalisierung zum Wohlstand einiger weniger zusammengeschrumpft sein.

Die PDS ist gegen das „Sachleistungsprinzip für Flüchtlinge, ihre Zwangsunterbringung in Vollverpflegungsheimen und die Abschiebepraxis". Immer wieder fordern PDS-Fraktionen in den Landtagen, Asylbewerbern anstatt Sachleistungen Geld auszuhändigen, was ihre Zahl drastisch erhöhen würde. PDS-Politiker bezeichnen das Sachleistungsprinzip als „Verletzung der Menschenwürde". Sie vergessen dabei, daß

auch diese Sachleistungen aus Steuermitteln der werktätigen Menschen aufgebracht werden müssen. Der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister von Pforzheim, Dr. Joachim Becker, errechnete schon 1992 die Gesamtkosten der bundesdeutschen Asylpolitik auf 35 Milliarden DM jährlich. Dieser Betrag muß erst einmal erarbeitet werden, doch Kosten interessieren die PDS offensichtlich nicht.

Jeder soll kommen dürfen

Die PDS legt ein „eindeutiges Bekenntnis zur Einwanderung und Integration und gegen Ausgrenzung von Menschen nichtdeutscher Herkunft" ab. Sie will „Einwanderung in Form von Familiennachzug und zum Zweck der Arbeitsaufnahme, Gründung eines Unternehmens, Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, Berufsausbildung oder Studium". Was hier verschleiernd als Auflistung erscheint, heißt mit anderen Worten: Jeder soll einwandern können.

Abgesehen davon, daß durch die Einwanderung kein einziges gesellschaftliches Problem gelöst, aber Tausende zusätzlich geschaffen werden (Arbeitslosigkeit, Überstrapazierung des sozialen Netzes, Kriminalität, Terrorismus, Identitäts- und Loyalitätsprobleme), kennt die PDS/SED offensichtlich ihre eigene, jahrzehntelang gepredigte Ideologie nicht mehr. In der DDR wurde schon im Schulunterricht die These vertreten, daß es die Kräfte des Kapitals sind, die Interesse an einer „relativen Überbevölkerung" (Marx) zur Schaffung einer „industriellen Reservearmee" haben, um dadurch Druck auf die Arbeitslöhne ausüben zu können. Müßten da politisch linke Kräfte nicht, anstatt völlig offene Grenzen zu fordern, eher anstreben, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, die als Lohndrücker dienen, drastisch einzuschränken?

Die PDS erweist sich mit ihrer Einwanderungskonzeption nicht als Fürsprecherin des werktätigen deutschen Volkes. Sie entlarvt sich vielmehr als Interessenvertreterin des internationalen Kapitals und der Großkonzerne - unabhängig davon, ob ihr das bewußt ist oder nicht.

Keine Lehren gezogen

„Die PDS steht zur Idee und Praxis einer multikulturellen Gesellschaft." Aber wo ist da noch Platz für die Tatsache des deutschen Volkes, der deutschen Nation? Gerade die Erben kommunistischer Regime täten gut daran, sich von völkerauflösenden Ideen zu verabschieden. Die stalinistische Nationalitätenpolitik mit ihrer Methode der Zerstreuung und Vernichtung ganzer Volksgruppen, der auch die Rußlanddeutschen zum Opfer fielen, die Massenansiedlung von Russen im Baltikum, um die dortige ethnische Struktur zu zerstören, der Versuch, ein einheitliches „Sowjetvolk" zu schaffen - all das ist noch nicht vergessen.

Die Beschäftigung mit der Geschichte dient dazu, Lehren zu ziehen. Nirgends auf Erden, wo verschiedene Völker in multiethnischen Staatsgebilden aufeinanderstoßen, herrschen Frieden und Eintracht. Selbst die als Einwanderungsland entstandenen USA haben keine friedliche multikulturelle Gesellschaft hervorgebracht, sondern eine Vielzahl rivalisierender Parallelgesellschaften, die durch einen aggressiven, oft kitschi-

SED/PDS: Keine Kommunisten mehr?

Wenn Kinder die Wirklichkeit nicht sehen wollen, drücken sie die Augen zu und halten zur Sicherheit auch noch die Hand darüber. Diesen Kindheitsbrauch hat der Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt, der 67jährige Wolfgang Schäfer (SPD), noch immer nicht abgelegt. Als sich in der 64. Landtagssitzung im Oktober 2001 die FDVP-Fraktionsvorsitzende Claudia Wiechmann mit dem Kommunismus der PDS kritisch auseinandersetzte, entspann sich folgender Dialog:

Schäfer: „Frau Wiechmann, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir hier keine kommunistische Fraktion im Saal haben."

Wiechmann: „Doch, die sitzt dort, Herr Präsident."

Schäfer: „Nein, das ist keine kommunistische Fraktion."

Wiechmann, in Richtung PDS-Fraktion zeigend: „Die sitzt dort."

Bekanntlich handelt es sich bei der PDS um die lediglich umbenannte SED, die stets ihren Kommunismus betont hat. Dies müßte Schäfer, einst selber Mitglied der SED, eigentlich wissen. Die PDS ist nicht nur die nahtlose Fortsetzung der DDR-Staatspartei SED; sie verteidigt auch weiterhin die Legitimität des ehemaligen kommunistischen Regimes in Mitteldeutschland. Deshalb sind die „Kommunistische Plattform" (KPF) und das „Marxistische Forum" Bestandteile der Partei. Einmal im Jahr versammelt sich die PDS-Führung in Berlin, um des Todes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu gedenken. Beide hatten 1918 die KPD gegründet, die „Kommunistische Partei Deutschlands".

Und Gregor Gysi, der PDS-Star? „Sicher bleibe ich Kommunist", erklärte er am 9. Dezember 1989 in einem ZDF-Interview. Und im „Spiegel" am 1. August 1994: „Die PDS darf alles Mögliche werden, nur nicht antikommunistisch."

gen Patriotismus und eine menschenunwürdige Geldgesinnung mühevoll zusammengehalten werden.

Die „multikulturelle Gesellschaft" ist kein Beginn – sie ist ein Abschluß. Sie steht am Ende eines jeden Kulturzyklus. Das lehrt uns die Kulturgeschichte. So verabschiedete sich einst die Antike, und so verabschiedet sich jetzt das Abendland. Die Propagierung der multikulturellen Gesellschaft und ihre künstliche Förderung sind Ausdruck spätbürgerlicher Dekadenz.

Ersatz-Utopie

Daß sich auch die PDS hierbei hervortut, wirft Licht auf ihren Charakter. Mit dem Konzept einer multikulturellen Gesellschaft, das ihr offensichtlich als Ersatz für verlorengegangene soziale Utopien dient, erweist sie sich objektiv als Instrument des internationalen Kapitals. Daraus erschließt sich auch der Grund, warum sie von der herrschenden Politik geduldet und von den Medien hofiert wird. Sie hat sich untrennbar an die Kräfte des bevorstehenden Untergangs gekettet. Den meisten PDS-Wählern ist das nicht bewußt. Um so wichtiger ist es, durch Bildung einer völlig neuen politischen Kraft die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. ■

AKTUELLES AUS MULTIKULTOPIA

Die Anschläge in den USA habe teilweise frischen Wind in die bundesdeutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik gebracht. Unversehens mehren sich die Vorbehalte gegen „Multikulti" und grenzenlose Immigration. Andere Länder freilich haben schon in der Vergangenheit rigoros auf Sicherheit gesetzt. Australien zum Beispiel läßt erst gar keine Asylsucher ins Land. Unser Monatsüberblick:

Berlin. Die Zahl der Asylbewerber ist in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres deutlich gestiegen. 58.003 Personen beantragten Asyl, 16,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. [1]

Goslar. Die Polizei im Landkreis Goslar hat eine vierköpfige Bande ausgehoben, die Mobilfunknetzbetreiber um Gebühren und Handys im Wert von rund 150.000 Mark betrogen hat. Die aus dem Nahen Osten stammenden Männer hätten mithilfe falscher Namen und gefälschter Pässe im großen Stil Handyverträge abgeschlossen und die Telefone dann unter fingierten Adressen in Empfang genommen, teilte die Polizei mit. [2]

Osterode. Multikulturelle Auseinandersetzung im Klassenzimmer: Mehrere türkische Jugendliche vollzogen für einen Landsmann eine private Abrechnung, indem sie in ein Klassenzimmer im Osteroder Gymnasium eindrangen und unvermittelt begannen, auf drei deutsche Schüler einzuschlagen. Ein deutscher Schüler soll zuvor einen Türken beleidigt haben. [3]

Immer mehr Moscheen?

Über 1400 Unterschriften hat eine Bürgerinitiative im bayerisch-schwäbischen Wertingen gegen den geplanten Bau einer Moschee gesammelt (davon bereits 950 vor dem 11. September) – genug, um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Doch der Stadtrat von Wertingen verfügte einstimmig, den Bürgerentscheid nicht zuzulassen. Ohne Moschee könnten die Moslems ihre vom Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit nicht ausüben, so die Argumentation der Volksvertreter. Nun geht es vor das Verwaltungsgericht. Für die Bürgerinitiative bedeutet dies ein Kostenrisiko von etwa DM 10.000,-. Wertingen wird zum Präzedenzfall. Wenn das Verwaltungsgericht sich der Stadtratsmeinung anschließt, werden zu den rund 2000 Moscheen in Deutschland sehr schnell weitere hinzukommen.

Calais. Nach mehreren Todesfällen und einem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen zwischen Frankreich und England haben beide Länder beschlossen, bei der Abwehr illegaler Zuwanderer künftig enger zusammenzuarbeiten. Der britische Innenminister David Blunkett kündigte eine Verschärfung der Asylpolitik an. Es sei inakzeptabel, daß sich Asylbewerber wie bei einem „Einkaufsbummel" aussuchen könnten, in welchem Land sie Schutz suchen, sagte Blunkett. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes gelang seit Einrichtung des Flüchtlingslagers Sangatte bei Calais mehr als 35.000 Asylsuchenden aus dem Irak, Afghanistan und Afrika die Flucht durch den Tunnel nach Großbritannien. [4]

Rom. Dutzende italienischer Botschaften und Konsulate stehen im Verdacht, Papiere an Einreisewillige „verkauft" und damit sogar internationale Zuhälterringe unterstützt zu haben. Mindestens 500 Dollar sollen pro Visum gezahlt worden sein, in ehemaligen Ostblockländern sogar noch weit höhere Summen. Dort zahlten vor allem reiche Zuhälterringe, die junge Slawinnen zur Prostitution in den Westen schleusen. [5]

Baden-Baden. Zwei mutmaßliche Kinderhändler sind der Polizei in Baden-Baden ins Netz gegangen. Die Tatverdächtigen, einer von ihnen ein 38jähriger Bulgare, sollen im Internet bulgarische Kleinkinder zur „Adoption" angeboten haben. Dafür sollen sie 25.000 Mark „Vermittlungsgebühr" verlangt haben. [6]



Deutschland 2001: Vorgeschmack auf die Zukunft?

München. Nach den Terroranschlägen in den USA ist in der Bundesrepublik der Konsens über die Zuwanderungspolitik wieder in Frage gestellt. Der CSU-Fraktionschef im bayerischen Landtag, Alois Glück, sagte, man müsse „offen darüber reden, welche Risiken damit verbunden sind, wenn gezielt radikale Kräfte in unser Land eingeschleust werden“. [7]

München. In Bayern haben im Jahr 2000 fast 36 Prozent mehr Ausländer einen deutschen Paß erhalten als im Jahr zuvor. Der Zuwachs im Freistaat auf 20.622 Einbürgerungen liegt damit noch über dem Bundesdurchschnitt von 29,5 Prozent. [8]

München. Allein in der bayerischen Landeshauptstadt München leben nach Schätzungen des katholischen Weihbischofs Siebler 10.000 bis 20.000 illegale Ausländer. In einem Positionspapier des Bischofs werden Privathaushalte, Gastronomie und Baugewerbe als häufigste Tätigkeitsfelder der Schattenwirtschaft genannt. [9]

Berlin. Für die Zustimmung der Grünen zum Anti-Terror-Paket hat Bundesinnenminister Otto Schily große Zugeständnisse beim Zuwanderungsgesetz gemacht. Die Folge: Das Asylrecht wird faktisch ausgeweitet, der ungeregelten Zuwanderung Tür und Tor geöffnet. Offenbar dürfen Ausländer trotz Terrorismus- oder Extremismus-Verdacht auch weiterhin Asyl beantragen. Auch geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung werden in Zukunft als Asylgrund anerkannt. [10]

Canberra. Australien hat nach dem jüngsten Flüchtlingsdrama sein Asylrecht verschärft. Künftig müssen Flüchtlinge bis zum Festland vorstoßen, um einen Asylantrag stellen zu können. Von den vorgelagerten Landesteilen wie der

Schläger als Vorbild

„Afrop“ ist Musiker, Rapper, Farbiger, sein neues Album trägt den Titel „Made in Germany“ und beschäftigt sich – womit sonst – mit dem „alltäglichen Rassismus“ in Deutschland. Auch gewaltfrei soll es natürlich zugehen in Germany, singt Afrop, der mit seinem Lied „Reimemonster“ den Durchbruch an die große Publicity schaffte. Selber allerdings nimmt es der dunkelhäutige Rapper mit der Gewaltfreiheit nicht so genau. In einer Hamburger Diskothek prügelten sich er und sein Troß kürzlich beherzt zur VIP-Lounge durch. Eines der Opfer, ein 19jähriger Abiturient, gab der Polizei zu Protokoll: „Ich wollte ihm zu verstehen geben, daß ich nicht ausweichen konnte, da hatte ich schon die Faust im Gesicht.“

Als die Polizei auftauchte, flüchtete Afrop samt illustrem Anhang und wurde nach Stunden gefaßt. Seine eigene Version der Ereignisse fiel recht knapp aus: „Fuck you.“ Ein echtes Vorbild. *mü*

Weihnachtsinsel, den Cocos Islands und dem Ashmore-Riff aus kann kein Asyl mehr beantragt werden. Flüchtlingsschiffe können in Zukunft aus australischen Hoheitsgewässern verwiesen werden, sofern sie in ausreichend solidem Zustand sind. [11]

Berlin. Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Henkel, hat davor gewarnt, die Pläne für ein Einwanderungsgesetz zum Scheitern zu bringen. Henkel, der der Regierungskommission zur Einwanderung angehört, nannte das vorliegende Konzept aus dem Bundesinnenministerium einen „vertretbaren Kompromiß“. [12]

München/Berlin. Auch in der Regierungspartei SPD werden die Stimmen lauter, die sich zur bisherigen rot-grünen Zuwanderungspolitik kritisch äußern. Während der bayerische SPD-Fraktionschef Maget vor „unabsehbaren Konsequenzen“ bei einem Scheitern des Zuwanderungsgesetzes warnte, sagte Bundestags-Fraktionschef Struck, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens müsse „die Zuwanderung von Ausländern unter neuen Sicherheitsaspekten geprüft werden“. [13]

Hannover. Der Leiter der CDU-Zuwanderungskommission, der saarländische Ministerpräsident Müller, hat der Bundesregierung in der Zuwanderungsfrage „Handlungsunfähigkeit“ vorgeworfen. Bundesinnenminister Schily erkenne inzwischen viele Argument der Union an und habe ein „Konvertitenproblem“. [14]

Frankfurt. Die Bischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Margot Kläßmann, hat sich dafür ausgesprochen, mit den Muslimen in Deutschland in einen „ehrlichen Dialog“ über die Rolle der Gewalt im Islam einzutreten. Gewalttätigen Fanatikern müsse die religiöse Legitimation entzogen werden. [15]

Berlin. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) bezeichnet das von der Bundesregierung geschnürte Sicherheitspaket als unzureichend und verlangt „verschärfte Ausweisungstatbestände“. Der Verfassungsschutz habe 31.000 extremistische Islamisten in Deutschland festgestellt. Man müsse alles daran setzen, so viele wie möglich von ihnen auszuweisen. [16]

London. Eine härtere Gangart gegen Asylbetrüger kündigte der britische Innenminister Blunkett an, um den „drastischen Anstieg des Flüchtlingsstroms“ zu stoppen. „Wir werden ein rigoroses Signal an diejenigen aussenden, die das Asylrecht ohne Grund in Anspruch nehmen“, erklärte der Minister. Schätzungen zufolge liegt die Zahl der illegal in Großbritannien lebenden Zuwanderer derzeit bei rund einer Million. [17]

Fulda. Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche in Deutschland haben massive Kritik an dem von Bundesinnenminister Schily vorgelegten Referentenentwurf eines Zuwanderungsgesetzes geäußert. In einer Stellungnahme kritisieren die Kirchen insbesondere, daß die Opfer nichtstaatlicher und „geschlechtsspezifischer“ Verfolgung dem Entwurf zufolge nicht so geschützt seien, wie es den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschland entspreche. Auch fehle eine „verläßliche

Prof. Bassam Tibi rechnet mit Multikulti ab:

Lebenslüge „Integration"

Die „Integration" ist noch immer das Lieblingskind bundesdeutscher Zuwanderungsbefürworter. Jetzt hat einer, der es wissen muß, dieser „Lebenslüge" der Bundesrepublik eine klare Absage erteilt. Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen und Autor zahlreicher Bücher zum Thema „Islam", kritisierte in einen Zeitungsbeitrag die Bundesregierung, daß sie „den Asylmißbrauch nicht wirklich unterbindet und sich weigert, die Kosten der Integration – Experten sprechen von 500 Millionen Mark allein für Sprachkurse – überhaupt zu kalkulieren".

Es sei Schlichtweg eine Illusion, „daß allein Gesetze und Sprachkurse die Integration ermöglichen. Tatsache ist: weder ist die deutsche Gesellschaft integrationsfähig, noch ist ein Großteil der Zuwanderer integrationswillig."

Auch vom „Greencard"-Programm der Bundesregierung hält der Islam-Experte nicht viel. Denn: „Auch im Falle eines Einwanderungsgesetzes würde der Anteil der zugewanderten Armutsmigranten den der eingewanderten und qualifizierten Greencard-Migranten bei weitem übersteigen." *mü*

Härtefallregelung", wie sie die Kirchen wiederholt verlangt hätten. [18)]

Berlin. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), hat dazu aufgerufen, einen „eigenständigen europäischen Islam" zu fordern. So solle der muslimische Glauben mit „westlichen Werten" verknüpft werden, und die nach Europa einwandernden Muslime würden stärker mit ihren Zielländern verknüpft, als sich in ihren orientalischen Herkunftstraditionen zu halten. Die Ausländerbeauftragte appellierte an die bundesdeutsche „Aufnahmegesellschaft", sich unter dem Eindruck der Terrorbedrohung nicht gegen Einwanderer abzuschotten. [19)]

Magdeburg. Die Polizei hat eine der größten bislang in Deutschland agierenden Autoschieberbanden zerschlagen. In der Kleinstadt Burg bei Magdeburg wurden sieben Litauer aufgegriffen, die allein im vergangenen Jahr 200 Autos gestohlen und dadurch einen Schaden von etwa zehn Millionen Mark angerichtet haben sollen. [20)]

Berlin. Otto Schily übt massiven Druck auf das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchlinge aus, um die mittlerweile 87 000 Asylbegehren zu reduzieren. Das laufe praktisch darauf hinaus, daß positive Asylbescheide quasi im Eilverfahren ausgestellt würden, kritisieren die Personalvertretungen in den Behörden. Schon in diesem Jahr haben sich die Anerkennungsquoten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. [21)]

Wien. Der österreichische Bischof Kurt Krenn hat im Nachrichtenmagazin „Format" die Auffassung vertreten, der Islam sei von einem „gewissen Fanatismus und Nationalismus" geprägt und widerspreche den Menschenrechten. [22)]

Berlin/München. Bundesinnenminister

Deutscher Islam

„Ziel muß die Herausbildung eines deutschen Islam sein. Wir brauchen Islam-Lehrer, die an deutschen Universitäten ausgebildet wurden und auch auf deutsch unterrichten ... Ein deutscher Islam ist kein Projekt, das kurzfristig entstehen wird. Aber das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das die rot-grüne Regierung umsetzen wird, hilft bei diesem Prozeß."

Cem Özdemir, Grünen-MdB

Von der Christen- zur Moslem-Union

Die CDU hat ein Problem: das „C" im Namen. Denn infolge der von Rot-Grün durchgedrückten neuen Einbürgerungsregelungen wächst das bundesdeutsche Wahlvolk pro Jahr inzwischen um durchschnittlich 100.000 Moslems an – potentielle Wähler, die überwiegend die „Multikulti"-Parteien SPD und Grüne wählen, während ihnen das Votum für eine der „christlichen" Parteien schwer fällt. Das soll sich jetzt ändern. Damit sich türkische Wähler künftig auch mit der Union leichter anfreunden können, muß jetzt dringend ein Wahlkreis für einen moslemischen Kandidaten her. Anwärter gibt es bereits. Im Gespräch sind etwa Bülent Arslan und Gül Keskinler, beide aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Wie absurd die Gedankenspiele der CDU-Oberen sind, macht eine einfache Überlegung deutlich. Man stelle sich vor, daß türkische Islamisten in ihrem Heimatland einem christlichen Kandidaten einen Wahlkreis überlassen *mü*

Schily will die Sicherheitsaspekte aus seinem Einwanderungsgesetz ausklammern und vorziehen. Der Hauptteil des Gesetzes solle dem Kabinett aber ebenfalls noch bis Ende des Jahres vorgelegt werden. [23]

Straßburg. Auch auf europäischer Ebene verstärkt sich der Dissens in Sachen Asyl und Zuwanderung. Der belgische Innenminister und derzeitige Ratsvorsitzende Duquesne hat die mangelnde Kompromißbereitschaft der EU-Staaten für ein einheitliches Asylrecht kritisiert. „Keines der 15 Länder wird bei einer gemeinsamen Lösung jedoch vorfinden, was es bisher hat", sagte Duquesne. [24]

Wien. Ein „Integrationsvertrag" der österreichischen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ sieht höhere Hürden für die Verleihung des Aufenthaltsrechtes an Ausländer vor. Zuwanderer sollen demzufolge künftig Deutschkurse und Unterricht in Landeskunde absolvieren. Wer die Kurse, die zur Hälfte vom Bund und vom Arbeitgeber finanziert werden sollen, schwänzt, muß mit Geldbußen bis hin zur Ausweisung rechnen. [25]

Berlin. Die Zahl der Asylbewerber aus Afghanistan hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen. In den ersten neun Monaten des Jahres stellten insgesamt 4186 Afghanen Asylantrag in Deutschland. [26]

Köln. Anhänger der Kölner Islamistenorganisation „Kalifatstaat" sollen bereits vor Jahren Kontakte zu Osama bin Laden unterhalten haben. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz zufolge soll eine Delegation des selbsternannten „Kalifen von Köln" bin Laden 1997 in einem afghanischen Camp besucht haben. [27]

Athen. Die griechische Küstenwacht hat südlich von Kreta einen Frachter mit etwa 400 illegalen Zuwanderern entdeckt. Das Schiff war auf dem Weg nach Italien. [28]

Athen. Jährlich kassieren internationale Schleuserbanden etwa fünf bis sieben Milliarden US-Dollar von illegalen Einwanderern. Die Zahl wurde auf einer EU-Konferenz zum Thema illegale Zuwanderung genannt. [29] *Klaus Hügel*

Quellenhinweise:

1) Braunschweiger Zeitung, 6.9.2001 2) Braunschweiger Zeitung, 7.9.2001 3) Harz-Kurier, 7.9.2001 4) Süddeutsche Zeitung, 10.9.2001 5) Braunschweiger Zeitung, 11.9.2001 6) Braunschweiger Zeitung, 15.9.2001 7) Neue Presse (Coburg), 15.9.2001 8) Neue Presse (Coburg), 15.9.2001 9) Welt, 22.9.2001 10) Die Welt, 30.10.2001 11) FAZ, 27.9.2001 12) FAZ, 27.9.2001 13) Münchner Merkur, 27.9.2001 14) FAZ, 28.9.2001 15) FAZ, 28.9.2001 16) Welt, 28.9.2001 17) Nationalzeitung, 28.9.2001 18) FAZ, 28.9.2001 19) FAZ, 29.9.2001 20) Braunschweiger Zeitung, 29.9.2001 21) WamS, 28.10.2001 22) Welt am Sonntag, 30.9.2001 23) Münchner Merkur, 2./3.10.2001 24) taz, 4.10.2001 25) taz, 4.10.2001 26) Münchner Merkur, 4.10.2001 27) Münchner Merkur, 4.10.2001 28) Braunschweiger Zeitung, 5.10.2001 29) Braunschweiger Zeitung, 5.10.2001

Überforderter Sozialstaat:

Das System kippt

Roland Wuttke

Die gesetzlichen Krankenversicherungen geraten in immer größere Finanznot. Allein im ersten Halbjahr 2001 haben die Kassen ein Defizit von 5,6 Milliarden Mark eingefahren. Für das gesamte Jahr wird mit einen Verlust von rund acht Milliarden Mark gerechnet. Hauptgrund für die Defizite sind die stark gestiegenen Ausgaben für Medikamente. Eine gesundheitliche Notwendigkeit ist dabei nicht zu erkennen. Vielmehr entfaltet sich die Eigendynamik einer „Gesundheitsindustrie", die - wie alles im herrschenden System - auf Gewinnmaximierung ausgelegt ist.

Hinzu kommen Verschiebungen von Kosten des Staates zu Lasten der Krankenkassen. So wird, nach Aussage des Vorsitzenden des Ersatzkassenverbandes Herbert Rebscher, die Rente jährlich mit 1,25 Milliarden Mark von den Kassen subventioniert; auch für die Steuerreform der Jahre 2001 und 2002 werden etwa 1,2 Milliarden Mark gezahlt. Nachdem die AOK schon zu Beginn dieses Jahres die Beitragssätze von 13,7 auf 14,2 Prozent erhöht hat, werden im nächsten Jahr weitere Aufschläge unausweichlich. Die marginale Minderung der Rentenversicherungsbeiträge nach Einführung der „Ökosteuer", von der Regierung vollmundig als „Senkung der Lohnnebenkosten" verkauft, wird so wieder aufgehoben. Dies ist mit ein Grund für die latent hohe Arbeitslosigkeit, deren deutliche Absenkung von Gerhard Schröder vor der letzten Bundestagswahl versprochen worden war.

Finanzierung fremder Interessen

Die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Faktoren (Konjunkturflaute, Reparationsleistungen, Bündniskosten, unverändert hohe Steuerlast, Versorgung von Wirtschaftsflüchtlingen und globale Einflüsse) behindern die deutsche Wirtschaftsdynamik im internationalen Vergleich beträchtlich. Ereignisse wie die Anschläge in den USA ziehen nicht nur Milliardenforderungen an deutsche Versicherungen (Münchner Rück, Allianz) nach sich, sondern verwickeln auch die Bundeswehr in kostenträchtige „Beistandsleistungen".

Hinzu gesellen sich immense Finanzierungsaufgaben im Rahmen der EU-Osterwei-

terung. Die Beitrittsländer der ersten Stufe haben fast alle eine höhere Arbeitslosigkeit und ein deutlich geringeres Einkommen. So beträgt der Durchschnittslohn in Polen 971 Mark, in Tschechien 785 Mark und in Rumänien 286 Mark (Deutschland: 2 660 Mark monatlich). Deshalb dürfen die Deutschen ab dem Jahr 2004 mit einer jährlichen Zuwanderung von mindestens 200 000 Osteuropäern rechnen, mit all den Folgen, die sich für die Sozialsysteme daraus ergeben.

Ein Blick in die Sozialhilfe-Statistiken der Städte zeigt schon jetzt: Es sind zunehmend Ausländer, die soziale Leistungen erhalten. Während die Zahl der deutschen Leistungsempfänger abnimmt, steigt diejenige der Ausländer überproportional (wobei die Statistik durch eine Vielzahl von Einbürgerungen geschönt wird). Für alle deutschen Großstädte gilt die Faustregel: Die Sozialleistungen an Ausländer sind mindestens doppelt so hoch, wie es deren Bevölkerungsanteil entspricht. Dies gilt übrigens auch für die Arbeitslosigkeit von Ausländern.

Jeder Experte weiß, was die Menschen ahnen und die Politiker leugnen: Die Zuwanderung erfolgt hauptsächlich in die Sozialsysteme; und der Asylstrom wird nicht durch politische Verfolgung, sondern durch Wirtschaftsflucht geprägt. Von daher wäre es ein politisches Wunder, wenn dieser Staat „schlanker" und die Sozialversicherungssysteme billiger würden. Die ideologischen Fehler deutscher Politik wiegen viel zu schwer, als daß sich eine grundlegende wirtschaftliche Erholung einstellen könnte.

Kapitalflucht wie noch nie

Kein Wunder also, daß die Bürger diesem Staat, seiner Politik, seinen Gesetzen und seinem neuen Geld kaum noch Vertrauen entgegenbringen. Rund 160 Milliarden Mark wurden allein von Januar bis April 2001 auf Fremdwährungskonten verlagert – ein in diesem Umfang noch nie dagewesenes Mißtrauensvotum gegen die bundesdeutschen Verhältnisse. Der größte Teil des Geldes wurde in US-Dollar getauscht und in Betriebe und Immobilien der USA investiert. Natürlich wurden auch auf Dollar lautende Aktien gekauft. Zudem profitierten der Schweizer Franken und das britische Pfund von der deutschen Kapitalflucht.

Die Staatsschulden der Bundesrepublik Deutschland belaufen sich im Jahr 2001 insgesamt auf 1,49 Billionen Mark. 17 Prozent des Staatshaushaltes gehen für Zinsen drauf, 36 Prozent für Sozialleistungen, 11 Prozent für den Ausbau der Verkehrswege und für Wohnungsbauförderung, 9,6 Prozent für die Bundeswehr, 3,6 Prozent für Beamtenpensionen, nur 4 Prozent für Bildung und Forschung. Als hätte sie nur darauf gewartet, erhöhte die Bundesregierung gleich nach den Anschlägen in den USA die Tabaksteuer um zwei Milliarden Mark und die Versicherungssteuer um eine Milliarde Mark – während in den USA seltsamerweise weitere Steuererleichterungen auf den Weg gebracht werden.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland 2,7 Millionen überschuldeter privater Haushalte. Inzwischen leben 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche von der Sozialhilfe, sagt die stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Armutskonferenz, Erika Biehn. 1994 sind es „nur" 871 000 gewesen. Der rot-grünen Koalition ist auf diesem Feld keine Trendwende gelungen.

Keine Freude über den Euro

These	Ablehnung	Neutral	Zustimmung	K. A.
Ich wurde über die Einführung gut informiert	26	21	52	1
Ich bin für die Einführung des Euro	51	19	29	1
Ein Leben ohne D-Mark wird mir schwer fallen	39	14	46	1
Der Euro bringt mir persönliche Vorteile	60	19	18	3
Der Euro macht Reisen in Europa einfacher	10	10	79	1
Der Euro stärkt die deutsche Wirtschaft	33	42	22	3
Der Euro wird so stabil sein wie die D-Mark	42	30	25	3
Andere Länder profitieren mehr als Deutschland	25	27	42	6
Mein Vermögen verliert durch den Euro	49	19	29	3
Höhere Preise werden kommen	18	20	61	1
Ich werde gleich alles Bargeld wechseln	26	21	52	1

Eine Mehrheit der Deutschen sieht der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 mit Bangen entgegen. Das ergab eine aktuelle Umfrage des Infra-Instituts.

Anstatt den eigenen Nachwuchs zu fördern, begünstigt der deutsche Staat die Überfremdung. Kindergeld fließt in zunehmendem Umfang an Ausländerfamilien, die sich planvoll und freudig vergrößern. Jede zusätzliche Sozialleistung kommt überproportional Ausländern zugute - ein Dilemma, bei dem Familienpolitik in Überfremdungsförderung umschlägt.

Alles in allem läßt sich sagen: Wir zahlen zu viel an falscher und zu wenig an richtiger Stelle. Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Der deutsche Sozialstaat steuert in die Katastrophe. ■

Nobelpreisträger sieht Euro abstürzen

Wenige Wochen vor Einführung des Euro ist die Mehrheit der Deutschen noch immer skeptisch gegenüber der künftigen Einheitswährung – und sieht sich jetzt durch die Bedenken eines der großen ökonomischen Vordenker der Gegenwart bestätigt. Kein Geringerer als der Wirtschafts-Nobelpreisträger Milton Friedman hat den Euro jetzt als einen „großen Irrtum" kritisiert. Die Gemeinschaftswährung werde lediglich die Unterschiede zwischen den beteiligten Staaten an den Tag bringen, anstatt ein einheitliches politisches System zu fördern, sagte Friedman der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera". Daraus folge eine Periode der Turbulenzen für die Euro-Zone. Genau das befürchten auch viele Deutsche. Weshalb die Bundesregierung jetzt auf eine teure PR-Kampagne setzt, um des Kaisers neue Kleider doch noch als grandiosen Fortschritt zu verkaufen. *mü*

Spitzenmanager entlarvt deutsche Politiker:

„Strategie hatte ihren Preis"

Deutschland galt einmal als unbestechlich, seriös und grenzenlos solide. Diese Zeiten sind vorbei. Schon seit einigen Jahren registriert die Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International" (TI), daß in der Bundesrepublik Korruption, Vettern- und Privilegienwirtschaft um sich greifen. Ob Parteispendenaffäre oder Leuna-Skandal - deutsche Politiker werden immer käuflicher, weshalb die Berliner Republik im internationalen Vergleich von Jahr zu Jahr weiter nach unten rutscht. Im Augenblick ist Deutschland auf Platz 17 angelangt, Tendenz weiter fallend.

Jetzt legte der Vorsitzende der deutschen Sektion von TI, Michael Wiehen, nach und attestierte der Bundesrepublik rundheraus einen „Sittenverfall". Wenn allein in einer Stadt wie Wuppertal über 600 Gerichtsverfahren wegen Korruption liefen, sei dies eines Staates wie Deutschland „unwürdig", sagte Wiehen auf der 10. Internationalen Anti-Korruptions-Konferenz, die kürzlich in Prag stattfand.

Als wäre diese Zahl noch nicht haarsträubend genug, bekam der TI-Chef wenig später prominente Schützenhilfe aus Frankreich. Dort sitzt seit einigen Monaten Loik Le Floch-Prigent in Haft, ehemaliger Chef des staatlichen französischen Erdölkonzerns Elf Aquitaine und wegen der Verwicklung in eine Korruptionsaffäre zu drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Le Floch-Prigent nützte die Zeit hinter Gittern und schrieb ein Buch, in dem er auspackt. Auch über deutsche Politiker.

Als sich sein Konzern vor zehn Jahren für die marode Raffinerie in Leuna interessierte, flossen zur Beförderung des Geschäfts stattliche Summen über den Rhein. Im Vorabdruck seiner Erinnerungen für den „Figaro" nennt Le Floch-Prigent eine Zahl: 256 Millionen Francs, umgerechnet rund 85 Millionen Mark, „dazu bestimmt, Persönlichkeiten und politische Kreise in Deutschland (...) zu bestechen, um den Abschluß des Leuna-Geschäfts zu ermöglichen".

Noch ein weiteres Detail bestätigt der gewesene Elf-Manager sozusagen en passant: daß nicht „nur Leute von der CDU" Geld bekommen haben. Bei der SPD habe man - gegen klingende Münze - Zwietracht säen wollen, damit diese nicht einen Kanzlerkandidaten aufstelle, der womöglich gegen die CDU gewinnen und das ganze Leuna-Geschäft wieder in Frage stellen würde.

Man fühlt sich unwillkürlich an frühere Zeiten erinnert, lange, ehe in Europa aufgeklärte Demokraten das Sagen hatten. Jahrhundertelang fanden französische Gelder ihren Weg nach Deutschland, um dort politische Entscheidungen nach Pariser Wünschen zu befördern. Le Floch-Prigent jedenfalls zieht ein zufriedenes Resümee: „Diese Strategie zahlte sich aus, hatte aber ihren Preis." *mü*

Zahlmeister Deutschland

Auch im Jahr 2000 ist es dabei geblieben: Deutschland trug als größter Nettozahler 18,4 Milliarden Euro zum EU-Haushalt bei. Dies geht aus einem Bericht der EU-Kommissarin Michaele Schreyer hervor. Demnach hat Deutschland 25 Prozent des Gemeinschaftsetats gezahlt und führt damit weit vor Frankreich (18 Prozent), Großbritannien (15 Prozent) und Italien (13 Prozent). Die größten Nettoempfänger waren im letzten Jahr Griechenland, Portugal, Irland und Spanien.

Abschied vom Feminismus



„Ich habe aufgehört, Männer zu hassen. Denn das bringt zwar Auflage und Publicity. Aber es ist nicht besonders gut für die Gesellschaft. Die Zeiten haben sich verändert. In den 70ern war es gut, die Frauen zur Rebellion aufzurufen. Heute muß man ihnen sagen: Kümmert euch um eure Familien. Und wenn ihr unzufrieden seid, beschuldigt nicht eure Männer."

Fay Weldon (70), britische Bestseller-Autorin und Mitbegründerin des Feminismus, „Stern" Nr. 40/01

Frankreich freut sich über Babyboom:

Wieder im demographischen Plus

Sage niemand, es ginge nicht: Die Rede ist von einer Trendwende in Sachen Geburtendefizit. Allerdings nicht in Deutschland, sondern in Frankreich. Tatsache ist, daß sich der linksrheinische Nachbar derzeit eines ausgesprochenen Babybooms erfreut, während Deutschland unaufhaltsam zu vergreisen scheint. Die Zahl der registrierten Geburten ist im vergangenen Jahr in Frankreich um stattliche fünf Prozent auf 779.000 gestiegen, mit der Folge, daß Frankreich im Jahr 2000 mehr Geburten als Deutschland zählte, obgleich die Bevölkerungszahl dort nur bei 60 Millionen Menschen liegt gegenüber 82 Millionen rechts des Rheins.

Die Wissenschaftler halten sich mit Erklärungen für die neue Geburtenfreudigkeit noch zurück. Auch besagt die Statistik nichts über die ethnische Verteilung des Nachwuchses, denn nach französischem Recht ist jedes im Land geborene Kind automatisch „Franzose", auch wenn es beispielsweise von Zuwanderereltern aus Afrika stammt, deren Geburtenfreudigkeit bekanntermaßen ungleich höher ist als die Einheimischer mit europäischen Wurzeln.

Dennoch: Daß die staatliche Familienpolitik einen gewissen Einfluß auf das Reproduktionsverhalten der Franzosen hat, ist unbestritten. Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist es bei den linksrheinischen Nachbarn gelungen, eine Lösung zu finden, die Frauen die Verbindung von Kinderwunsch und Karriere ermöglicht. In Frankreich besuchen viele Kinder vom dritten, häufig schon vom zweiten Lebensjahr an den Hort für Kleinkinder („crèche"), an den sich eine Vorschule („école maternelle") anschließt, ehe sie mit sechs Jahren in die reguläre Ganztagsschule wechseln.

Daneben profitieren die Familien von einer großzügigen finanziellen Förderung durch den Staat. Die staatlichen Kinderfreibeträge sorgen dafür, daß in Frankreich nur jeder zweite private Haushalt Steuern bezahlen muß, und vom dritten Kind an fließt reichlich Kindergeld, weshalb auch unter eingesessenen Franzosen Familien mit vier und fünf Kindern keine Seltenheit sind.

Tatsache ist: Frankreich liegt, was die Nachwuchsfreudigkeit angeht, im europäischen Vergleich derzeit auf Rang zwei hinter Irland. Ein Beispiel, das Mut macht, denn von den hierzulande bevorstehenden Schrumpfungs- und Alterungsprozessen wird das Nachbarland nach dem derzeitigen Stand der Dinge in weit geringerem Ausmaß und auch erst erheblich später betroffen sein als Deutschland. *mü*

Die Mär vom freien Mandat

Georg Frage

„Ich hab's gewagt!" beschrieb einst Ulrich von Hutten (1488-1523) sein mutiges Eintreten für Wahrheit und Gerechtigkeit. Das legendäre Wort kann seit neuestem auch ein junger Oberpfälzer namens Andreas Moser für sich in Anspruch nehmen. Der 26jährige Rechtsreferendar aus Amberg, Kommunalpolitiker und Mitglied der SPD, hatte die Traute, gegen Franz Müntefering, den Generalsekretär seiner eigenen Partei, eine Strafanzeige zu erstatten, die aufgrund besonderer Zuständigkeitsvorschrift im bundesdeutschen Gerichtsverfassungsgesetz mittlerweile dem obersten Strafverfolger der Republik, dem Generalbundesanwalt, vorliegen dürfte. Der kapitale Vorwurf lautet: Nötigung von Verfassungsorganen.

Von oben bedroht

Was ist geschehen? SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, der schmallippige „Stalinist aus dem Sauerland" (Süddeutsche Zeitung), hatte den Mitgliedern „seiner" sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wieder einmal gezeigt, wo der Hammer hängt. Unverblümt drohte er 19 SPD-Abgeordneten damit, für das Ende ihrer Parlamentarierkarriere zu sorgen. Und zwar schlicht und einfach durch Vorenthaltung eines aussichtsreichen Listenplatzes bei der Bundestagswahl 2002.

Diese 19 Bundestagsabgeordneten einer früheren Arbeiterpartei mit pazifistischer Unterfütterung hatten sich nämlich unterstanden, im Widerspruch zu den Vorgaben ihrer Parteispitze gegen den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr zu votieren.

Die solchermaßen „Abgemahnten" haben nun allerdings das Grundgesetz auf ihrer Seite, und zwar in jeder Hinsicht: zum einen, was den Auslandseinsatz der Bundeswehr in einem Konflikt betrifft, der uns nichts angeht, vor allem aber, was die Freiheit ihres Mandates berührt, denn die entsprechende Verfassungsnorm (Art. 38 GG) ist



Abstimmung im Bundestag: Wer nicht spurt, fliegt

eindeutig und unmißverständlich: Abgeordnete sind *„Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen"*.

Die skandalöse Mißachtung des Verfassungsgrundsatzes vom freien, also nicht an Direktiven oder Mehrheitsmeinungen gebundenen Mandat hatte den jungen Mann aufgebracht und - unter Hintanstellung wohl aller Chancen auf eine Parteikarriere - zu der mutigen Anzeige veranlaßt.

Solidarität der (Un-)Demokraten

Verhaltene Kritik an Münteferings Drohung konnte man ansonsten nur in einigen Presseorganen finden. Eine Mißbilligung durch die politische Konkurrenz fand nicht statt. Die Erklärung hierfür ist von verblüffender Schlichtheit: Die anderen Parteien treiben es mit ihren Abgeordneten im Zweifelsfall auch nicht anders. Eine besondere Spielart der „Solidarität der Demokraten" übend, hält man sich also mit Kritik dezent zurück - und parteiübergreifend zusammen.

Aber Müntefering hat argumentativ etwas aufzubieten, verdanken doch seine Fraktionskollegen ihren Einzug in den Bundestag tatsächlich regelmäßig erst in zweiter Hinsicht dem Wählervotum, in erster Linie aber ihrer von den zuständigen Parteigremien erfolgten Plazierung („Absicherung") auf den sogenannten Landeslisten. Die Abgeordneten werden nämlich nicht, wie es das Grundgesetz - ebenfalls in Artikel 38

- unzweideutig vorschreibt, in *„unmittelbarer"* Wahl gewählt; vielmehr hat der Bürger mit der entscheidenden Zweitstimme nur die Wahl zwischen verschiedenen „starren" Listen der Parteien und nicht zwischen Kandidaten.

Bei der Aufstellung dieser Listen entscheidet sich vorab, wer in den Bundestag einzieht und wer nicht. Und auf diese Aufstellung haben alle Parteioberen, nicht nur SPD-Müntefering, ein wachsames Auge. Folgerichtig wird zu einem „sicheren Listenplatz", nicht erst zum Bundestagsmandat gratuliert. Der Wahltag selbst wird insoweit zur Formalie, was eigentlich merkwürdige Assoziationen wecken müßte. Aber kaum jemand stutzt, denn die massive Einflußnahme der Parteispitzen auf die Listenaufstellungen hat Gewöhnung erzeugende Tradition.

Wie anders wäre es erklärbar, daß zum Beispiel Franz Josef Strauß „Überläufern" aus der FDP, mit deren Hilfe er einstmals die rot-gelbe Koalition hatte stürzen wollen, die „Absicherung auf der Landesliste der CSU auf viele Jahre hinaus" anbieten konnte? Umgekehrt gilt, daß, wen von „oben" ein Bannstrahl trifft, seinen Einzug oder Wiedereinzug in den Bundestag schon lange vor dem Wahlabend verpaßt hat. Er findet seinen Namen nicht mehr oder nur noch am Ende eines von den Politprofis und grauen Eminenzen der jeweiligen Partei ausgekungelten Listenentwurfes (solche Entwürfe werden von den Delegiertenversammlungen meist unverändert abgesegnet).

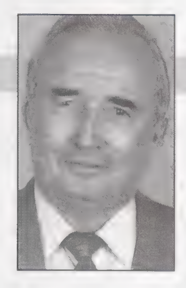
Wahlergebnis vorweggenommen

Mit der grundgesetzlich geforderten Unmittelbarkeit der Bundestagwahlen ist es also nicht weit her. Bertolt Brecht fragte einst: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Aber wo geht sie hin?" Die Antwort lautet: zu den Parteien!

Zu den Kuriosa deutscher Parlamentsgeschichte gehört es, daß eine bereits Ende der sechziger Jahre berufene „Enquetekommission" des Deutschen Bundestages zur Reform des Wahlrechts exakt zu vorstehendem Ergebnis kam. Nach achtjähriger (!) Arbeit war der Bericht der Kommission fertig. Nach weiteren 18 Monaten befaßte sich damit der Bundestag. Das war am 17. Februar 1978. Im Bericht selbst heißt es über die Wahlergebnisse in Deutschland lapidar: „Das personelle Ergebnis wird in nicht unerheblichem Maße vorweggenommen."

Nachdem Schlimmeres kaum hätte attestiert werden können, stimmten bei der sich anschließenden Beratung des Berichts die Sprecher aller Fraktionen scheinheilig dem Vorschlag zu, im Bund das bayerische Wahlrecht einzuführen, welches dem Wähler erlaubt, wenigstens eine Änderung in der Reihenfolge auf den Parteilisten vorzunehmen. Mit dieser Absichtserklärung hatte es dann auch sein Bewenden.

Zwischenzeitlich haben sich die Parteien den Staat längst „zur Beute gemacht", wie es ausgerechnet Altbundespräsident Richard von Weizsäcker einmal von der Zunge schlüpfte. Und so bleibt alles wie gehabt: Die schon notorisch zu nennende Mißachtung des grundgesetzlichen Gebotes unmittelbarer Wahlen wird, wie jetzt wieder von Müntefering vorexerziert, zur Rechtfertigung eines weiteren Verfassungsverstoßes herangezogen, wenn es um die Gewissensfreiheit bei der Ausübung des Mandates geht. Man nennt es, ohne schamrot zu werden, Demokratie. ■



Skizzen für eine neue Partei

„Ich schicke meine Leute. Die bringen die Bilder. Dann kriegt ihr den Krieg, den ihr haben wollt."

Angebot des amerikanischen Zeitungszaren Randolph Hearst an den republikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt (1858-1919) zur Einleitung und Rechtfertigung des Krieges gegen Spanien im Jahre 1898.

Bismarck wird der Satz zugeschrieben: Vox populi, vox Rindvieh. Ob tatsächlich so gesagt oder lediglich gut erfunden: Der Ausspruch ist zwar arrogant, aber nicht realitätsfremd. Doch dafür können die Menschen nichts. Sie werden am Nasenring der Medien in einem Pferch der Manipulation gehalten. Und wenn man den Umfragen glauben darf, die eine hohe Zustimmung der Bevölkerung zu einem deutschen Militäreinsatz gegen Afghanistan registrieren, wäre das ein weiterer Beweis dafür, daß die Saat der schulischen und medialen Volksverdummung voll aufgegangen ist. Das kann sich zwar wieder ändern, wenn die ersten Zinksärge gefallener deutscher Soldaten in die Heimat überführt werden, aber auf eine so labile Gemütslage kann man nicht bauen.

Die Menschen sind führungs- und orientierungslos geworden. Sie spüren, daß die Demokratie in ihrer heutigen Verfaßtheit die Probleme nicht mehr lösen kann. Hier liegen die Chancen jener fundamentalistischen Kräfte, die das herrschende, repressive und längst nicht mehr demokratische System in Frage stellen. Es sollte durch einen ständestaatlich organisierten Staat ersetzt werden, der alle Schichten des Volkes an der Willensbildung angemessen beteiligt und die Übermacht berufsfremder Nur-Politiker, sowie der Lehrer, Pfarrer, Gewerkschafter und Beamten ablöst.

Es wird zunächst die Aufgabe einer kleinen, untereinander vernetzten Elite sein, Kader zu installieren. Sie sollen die intellektuellen Voraussetzungen schaffen, um Masse durch Klasse zu ersetzen. Und wenn die Klasse überzeugend genug ist, zieht die Masse nach. Das war immer so, wird immer so sein. In einer von den Medien beherrschten Welt bedarf es dabei am Anfang eines zugkräftigen Blickfanges, also eines noch relativ jungen Menschen mit hohem Bekanntheitsgrad. Die zu erwartende Mediensperre kann durch die sich immer stärker entwickelnde Gegenmacht, das Internet, zumindest teilweise durchbrochen werden. Auch gezielt eingesetzte Antiimperialismus-Demonstrationen dienen diesem Vorhaben.

Dann gilt es, allen traditionell rechten Ballast über Bord zu werfen. Die deutschen Rechtsparteien sind mehr oder minder verbrannt. Sie scheiterten nicht nur daran, daß es ihnen nicht gelang, eine gemeinsame Plattform zu finden, sondern weil es ihnen in erster Linie darum ging, sich wohnlich im System einzurichten. Und wenn es auch

nur an den sogenannten Katzentischen war. Deshalb gingen sie grundsätzlichen Konflikten aus dem Wege, beteuerten immer wieder ihre Bejahung der sogenannten freiheitlichen Grundordnung unseres Staates und verplemperten ihre Kräfte in der Abwehr von Zweifeln an ihrer Systemtreue.

Wider die Amerikahörigkeit

Gerade junge Menschen wenden sich angewidert von serviler Anpassung ab. Sie verachten auch die Amerikahörigkeit unserer etablierten Politiker und suchen nach den Gründen dieses würdelosen Verhaltens. Hier liegt der Ansatz einer Neuorientierung. All jenen, die das wollen, sei als historische Grundlage das spannend zu lesende Buch „Das goldene Zeitalter" von Gore Vidal, des wohl besten Kenners angloamerikanischer Verhaltensweisen, empfohlen.

In diesem letzten Band einer Reihe historischer Romane über die amerikanische Geschichte weist der Autor nach, daß amerikanische Präsidenten zur Begründung ihrer Angriffskriege immer auf die gleichen Methoden setzten: Erst provozieren, sich dann als Opfer einer Provokation darstellen, um dadurch die Kriegseintritte rechtfertigen zu können. So handelte im ersten Weltkrieg Präsident Wilson, im zweiten sein ebenfalls demokratischer Gesinnungsgenosse, Präsident Roosevelt. Ersterer nahm die Versenkung des Passagierschiffes „Lusitania" durch deutsche U-Boote zum Anlaß, um durch eine beispiellose Hetzkampagne gegen Deutschland den Widerstand der Mehrheit der amerikanischen Kriegsgegner zu brechen. Im zweiten Weltkrieg provozierte Roosevelt Japan mit unerfüllbaren Forderungen und löste damit nach Meinung von Gore Vidal und auch amerikanischer Politiker bewußt den Angriff auf Pearl Harbor aus. Und man kann mit Fug und Recht hinzufügen: Der jetzige Präsident Bush von den Republikanern liegt nach den Angriffen auf New York und Washington genau auf dieser Linie. Bushs Ultimatum an die Taliban, Bin Laden unverzüglich an die USA auszuliefern, war aus Gründen ihrer Religion und Tradition unannehmbar, zumal die Amerikaner sich weigerten, schlüssige Beweise für die Schuld des Arabers vorzulegen.

Alle amerikanischen Nachkriegspräsidenten handeln seit Gründung der UNO gemäß der Antwort, die Präsident Truman auf die Frage gegeben hat, ob Amerika nun die Rolle der Weltpolizei zu spielen habe: „Ja, die Gerichte, wenn sie eine gerechte Entscheidung durchsetzen wollen, sind auf Vollzugsbeamte angewiesen." Unterstützt wurde und wird dieses „Vollzugs"-Vorgehen von den amerikanischen Medien, denen die Rolle zufällt, die Gegner als Untermenschen zu zeichnen, die aus Gottes Hand gefallen sind. Im ersten Weltkrieg wurden die Deutschen ähnlich dargestellt wie heute die Taliban. Deutsche Soldaten hackten Kindern auf den Kinoleinwänden die Hände ab und vergewaltigten Nonnen. Im zweiten Weltkrieg wurden wir zu Hunnen gemacht. In Wahrheit führten die Angloamerikaner seit Beginn des vorigen Jahrhunderts Krieg gegen Deutschland, nicht um demokratische Freiheiten zu verteidigen, sondern um es infolge der im Kaiserreich begonnenen wirtschaftlichen Erfolge als Rivalen auf den Weltmärkten auszuschalten. Und jetzt sind wir laut einem Satz des ehemaligen Präsidentenberaters Brzezinski „tributpflichtige Vasallen", wobei er dann wegen Wider-



Rache im Namen Gottes

standes europäischer Politiker aus Vasallen „tributpflichtige Partner" machte, das eine wie das andere eine zynische Umschreibung für politische Sklaven.

Dieser Zustand ließ sich relativ leicht herbeiführen, betrachtet man die heute agierenden bundesdeutschen Politiker. Ein ausgewiesener Kenner der Verhältnisse, der jeder rechten Neigung unverdächtige Journalist und „Monitor"-Chef Klaus Bednarz, sagte am 3.2.2001 in der Johannes-B.-Kerner-Show: „Das alles ist nur die Spitze des Eisbergs. Die politische Kaste ist noch mehr versumpft und versifft, als bekannt ist. Das ist meine Überzeugung nach dreißig Jahren Berufstätigkeit." Und ich, der ich noch ein paar Jahre mehr an Berufstätigkeit auf dem Buckel habe, kann diese Einschätzung nur bestätigen.

Die nationale Widerstandspartei

Welche politischen Erkenntnisse aber kann man aus der Vergangenheit für die politische Zukunft ziehen?

❶ So löblich patriotische Vereinigungen und Bewegungen auch sein mögen, zur Veränderung der politischen Landschaft genügen sie nicht. Es bedarf einer Partei.

❷ Hamburg hat bewiesen, daß die Konzentration auf nur einen neuralgischen Punkt den Durchbruch schaffen kann. Was für Hamburg die Verbrechensbekämpfung war, müßte für eine neue bundesweite Partei die Fokussierung auf das Thema sein: „Widerstand gegen die Unterwerfung unter den verderblichen, von Amerika gesteuerten Zeitgeist / Verhinderung der weiteren Zerstörung der völkischen und sittlichen Substanz Deutschlands / Beendigung des Ausverkaufs deutscher Interessen." Weitere Programmpunkte sollten zumindest in den Anfängen nur eine Nebenrolle spielen, sie würden auch vorhandene geistige Potentiale überfordern.

❸ Da von der neuen Partei das herrschende System in Frage gestellt wird, sollte auf die Mitwirkung von Staatsbeamten und Berufssoldaten sowohl im organisatorischen wie ideologischen Bereich verzichtet werden, da man sie sonst in einen Gewissenskonflikt mit möglicherweise fatalen beruflichen Folgen brächte. Sie wären ein permanenter Unsicherheitsfaktor.

❹ Es ist nicht wichtig, ob die neue Partei viele Mitglieder hat. Die Partei wendet sich vor allem an Leute, die zwar so denken, es aber nicht zu sagen wagen. An der Wahlurne fällt diese Angst ab. Dieses Verhalten könnte bis zu 20 Prozent der Stimmen oder mehr führen. Bei Unterschriftsleistungen, Mitgliederversammlungen oder Aufmärschen käme jedoch die Angst wieder. Besonders in einem Staat, der immer mehr zum gläsernen Menschen à la Orwell führt. Beitreten soll nur der, der es in Kauf nimmt, daß dieser Akt einen gravierenden Einschnitt in sein persönliches Leben bedeutet.

❺ Die geistigen Vordenker sollten bei aller Sympathie einen Parteieintritt vermeiden, da dadurch die notwendige Freiheit des Forschens und Denkens mit den Erfordernissen der Parteidisziplin kollidieren könnte. Ich hielt es zum Beispiel für falsch, daß der Co-Autor unseres Buches „Schluß mit deutschem Selbsthaß", Horst Mahler, in die NPD eintrat. Abgesehen davon, daß der Beitritt dieses brillanten, aber unorthodoxen Querdenkers von nicht wenigen der kleingeistigen Parteimitglieder als Danaergeschenk empfunden wurde, dürfte Mahler trotz aller Integrationsbemühungen in der NPD ein Fremdkörper bleiben.

❻ Die Partei sollte zumindest in den Anfangszeiten nicht an Kommunalwahlen teilnehmen. Die Einbindung ihrer Vertreter in kommunale Parlamente würde nach gemachten Erfahrungen zu einer Lähmung des Angriffschwunges führen. Die in diesen Parlamenten zu erzielenden Würden und Privilegien und die sich damit nicht selten ergebenden gemeinsamen Abstimmungen mit etablierten Vertretern können zwar fallweise zu einer Verbesserung in Details führen, aber gerade diese bewirken eine Stabilisierung des herrschenden Systems.

❼ Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen sind ein Provisorium. Infolge Fehlens eines Friedensvertrages befindet sich die BRD in einem historischen Schwebezustand. Wir haben nach wie vor den Status eines besetzten Landes. Die Partei fordert deshalb den Austritt der BRD aus der Nato, bekennt sich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zu Bündnisfreiheit und absoluter Neutralität. Demzufolge verbietet sich ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb unserer Landesgrenzen.

❽ Die Partei ist mehr als eine Protestpartei. Protest ist weniger als Widerstand. Der Protest richtet sich lediglich gegen Fehler des Systems. Er ist damit ein Teil von ihm. Er will es nicht überwinden, sondern lediglich verbessern. Der Widerstand dagegen ist die Vorstufe zur Überwindung des Systems. Mein Namensvorschlag: „Nationale Widerstands-Partei (NWP)". Die Republikaner waren wie die DVU eine systemkonforme, bürgerliche Protestpartei. Ihre zeitweiligen Erfolge verdankten sie den wenigen programmatischen Speerspitzen: der Wiedererweckung des brachliegenden und verunglimpften Patriotismus, dem Kampf gegen Überfremdung und Asylmißbrauch und der Forderung nach Wiedervereinigung. Was sie gesät haben, wurde inzwischen von den etablierten Parteien übernommen und geerntet. Außerdem sind sie personell ausgeblutet. Die Hoffnung, daß die Schill-Partei nach dem Erfolg bei der Hamburg-Wahl bundesweit zum Auffangbecken der orientierungslos gewordenen Patrioten werden könnte, teile ich nicht. In dem Bestreben nach bürgerlicher Respektabilität, der damit verbundenen Abgrenzungsmanie gegen alles, was rechts ist, hat sich ihr Vorsitzender Ronald Schilf nahtlos in die etablierten Verfassungsvorstellungen eingebunden. Würde er sich anders verhalten, gingen ihm nicht wenige seiner ängstlich um persönliche Reputation bedachten Anhänger von der Stange. Zudem ist das Führungspersonal intellektuell nicht gerade überwältigend. Den Vorstellungen einer fundamentalen Widerstandspartei kam und kommt die NPD näher. Aber sie hat sich durch äußere Darstellung, geringe geistige Potenz und Dialogunfähigkeit gegenüber Andersdenkenden auch ohne Verbot selbst disqualifiziert. Die Hoffnung, daß es den wenigen der jungen Parteianhänger, die Intelligenz mit Idealismus und Opferbereitschaft verbinden, gelingen könnte, den katastrophalen Zustand zu ändern, ist als sehr gering einzuschätzen.

❾ Dem jetzigen Überwachungsstaat, technisch perfekter als der NS-Staat, sollte man nicht mit Geheimbündelei begegnen, sondern mit schrankenloser Offenheit. Man sollte untereinander, in Telefonaten, Briefen, Faxen und E-Mails kein Blatt vor den Mund nehmen. Das macht Spitzel überflüssig, kann sogar dazu beitragen, daß sie nachdenklich werden und das Verächtliche ihres Tuns einsehen. Die Partei hat nichts zu verbergen. Sie sagt jeder Gewalt ab. Das heißt: Sie erstrebt die Überwindung des herrschenden Systems allein mit geistigen Mitteln.

❿ Kontakte zu anderen sogenannten europäischen Rechtsparteien sind für die neue Partei eher hinderlich. Diese Parteien und Gruppierungen sind zum Teil noch in erster Linie damit beschäftigt, die Lasten der aus der Geschichte herrührenden diversen Grenzziehungen und Bevölkerungszuordnungen zu thematisieren. Sie verbrauchen sich zudem in Abgrenzungsschlachten. Die Nationale Widerstands-Partei sollte sich da raushalten, um mögliche Koalitionen für die Zukunft nicht zu gefährden. Auch solche mit linken Gruppierungen.

Resümee: Die neue Partei braucht einen langen Atem. Aber es zeigen sich Silberstreifen am Horizont. Das Ende des amerikanischen Zeitalters zeichnet sich ab – und damit auch der Niedergang jener etablierten Parteien, die das Schicksal Deutschlands mit dem Amerikas verbunden haben. Das deutsche Volk ist derzeit noch von Apathie und Selbsthaß wie gelähmt. Es gilt, diesen Zustand durch ein positives Verhältnis zu Volk und Staat zu überwinden. ■

Ohne Rechte keine Veränderung

Rote und Grüne haben wieder einmal Glück gehabt. Wäre in Berlin die Schill-Partei angetreten, hätte die Abgeordnetenhauswahl des 21. Oktober zu ganz anderen Ergebnissen geführt. So aber blieben 32 Prozent der Wahlberechtigen zu Hause, und der Rest teilte sich nach Tagesform auf. Der „Sieger" Klaus Wowereit ist in Wirklichkeit ein Verlierer. Lediglich 20 Prozent der wahlberechtigten Berliner machten bei der SPD ihr Kreuz. 80 Prozent erschien ein solches Votum keineswegs „gut so". – Und der Wahlerfolg von PDS und FDP? Beide profitierten vom Fehlen einer erfolgversprechenden rechten Alternative. Wie verzweifelt konservative Wähler in Berlin waren, zeigte sich darin, daß sogar eingefleischte CDU-Anhänger alle Hemmungen ablegten und zu den Kommunisten überliefen. Ein Menetekel für Merkel. Was aber macht die deutsche Rechte?

Deutschland

Die DVU war in Berlin nicht angetreten, und die Republikaner halbierten sich ein weiteres Mal. Hatten bei der Abgeordnetenhauswahl 1999 noch 2,7 Prozent REP gewählt, so waren es diesmal 1,3 Prozent (21 817 statt zuvor 41 814 Stimmen). Die Partei verlor auch die letzten ihr noch verbliebenen Sitze in den Berliner Bezirksparlamenten, was den unangenehmen Nebeneffekt hat, daß man die Rathäuser nicht mehr als sichere Veranstaltungsorte nutzen kann.

Ronald Schill (links) hat gut lachen. Er ist neuer Hamburger Innensenator unter CDU-Bürgermeister Ole von Beust (rechts). Wird sich die Schill-Partei nun bundesweit ausdehnen?

Die Nationaldemokraten brachten es in Berlin landesweit auf 0,9 Prozent (1999: 0,8 Prozent). In Ost-Berlin erreichten sie 1,6 Prozent und überflügelten damit die Republikaner, die dort 1,2 Prozent einfuhren. In die Wahlkampfkostenerstattung kam die NPD nicht.

Für die Republikaner war die Berlin-Wahl von hoher Symbolkraft. Hier hatte die Partei 1989 mit 7,5 Prozent ihren parlamentarischen Durchbruch erzielt, damals noch unter Schönhubers Vorsitz. Für den heutigen Parteichef Schlierer ist Berlin zudem von persönlicher Bedeutung. Schlierer hatte vor der Abgeordnetenhauswahl 1989 die Republikaner bereits verlassen, war dann aber nach dem Berlin-Erfolg in die Partei zurückgekehrt.

Im jetzigen Wahlkampf hatte sich Schlierer demonstrativ pro-amerikanisch gegeben; er äußerte sich „grundsätzlich zustimmend" zu den US-Bombenangriffen auf Afghanistan. Zudem ließ er Lust an einer Bundeswehr-Beteiligung erkennen, indem er die Bundesregierung aufforderte, „sich innerhalb des westlichen Bündnisses nicht in die Zahlmeisterrolle abdrängen zu lassen". Den Deutschen

Kopulationsbewegung

Die Ausstrahlung eines REP-Wahlspots zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen wurde vom SFB abgelehnt. Den Verantwortlichen des parteikontrollierten Fernsehsenders erschien es als „beleidigend", daß die Republikaner in ihrem Werbefilm auf das Homosexuellen-Outing des SPD-Spitzenkandidaten Klaus Wowereit (Bild) Bezug nahmen.

Noch weiter ging das Verwaltungsgericht Berlin. Es segnete die Zensur mit folgender Begründung ab: „Der Spot erweckt durch wiederholende und fließend ineinander übergehende Vergrößerungen und Verkleinerungen einer Aufnahe des Regierenden Bürgermeisters den Eindruck einer Kopulationsbewegung." Das aber komme einer öffentlichen Herabwürdigung gleich.

„Auf die Idee, eine übliche filmtechnische Zoom-Aufblendung als Kopulationsbewegung zu deuten, muß man erst einmal kommen", meinte dazu der Berliner REP-Landesvorsitzende Dr. Konrad Voigt. Der Fall belegt jedenfalls, welche Wahrnehmungsprobleme bei einem Politiker entstehen, der sein normabweichendes Sexualleben („und das ist gut so") zum Wahlkampf-Slogan gemacht hat.

drohte er das Ende der „Spaßgesellschaft" an: „Wir müssen wieder lernen, mit dem Ernstfall zu leben."

Bei den Berlinern kam die Kriegsrhetorik nicht an. Sogar bisherige REP-Stammwähler blieben enttäuscht zu Hause, wandten sich der US-kritischen NPD zu oder votierten mit zusammengebissenen Zähnen für die PDS, die sich nachdrücklich als „Friedenspartei" empfahl und damit nicht der Versuchung erlag, dem von den Medien vorgegaukelten Meinungsstrom zu folgen.

Nachdem die Republikaner erst unlängst in Niedersachsen (0,5 Prozent) und Hamburg (0,1 Prozent) gescheitert waren, ist durch das Berlin-Desaster die Personaldiskussion erneut in Schwung gekommen. Man weiß, daß es nicht an der Parteibasis lag. Die hat auch in Berlin wacker gekämpft und große Opfer erbracht. Aus der Mitgliedschaft wird Schlierer daran erinnert, daß er vor den letzten Wahlen in einem Interview gesagt hatte: „Wenn man Mißerfolge produziert, muß man auch die Konsequenzen ziehen."

Auf welchen Siedepunkt die innerparteiliche Diskussion zusteuert, zeigt ein gemeinschaftlicher Brief hessischer Amts- und Mandatsträger an den Bundesvorstand. Darin wird der Parteispitze vorgeworfen: „Keine Selbstkritik! Keine Konsequenzen! Kein Konzept!" Schlierers Bemühen, die parteiinterne Opposition aus dem Bundesvorstand fernzuhalten, habe dem Vorsitzenden genutzt, „der Partei jedoch schwer geschadet".

Auch Satzungsbruch wird Schlierer vorgehalten. Die auf dem Bundesparteitag 1998 einstimmig beschlossene Resolution „Aus Sorge um Deutschland", mit der die Partei ehemalige Mitglieder ebenso sammeln wollte wie die Anhänger anderer patriotischer Gruppierungen, sei „nicht nur nicht umgesetzt, sondern sabotiert" worden.

Die REP-Abgeordneten im Kreis Offenbach (Kreistag und Stadtverordnetenversammlungen), darunter zwei Fraktionsvorsitzende, drohen mit Parteiaustritt: „Sollten sich keine Ansätze für

Mehr als fünf Prozent

...der 18- bis 24jährigen wählten bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl die NPD. Das teilte das Forsa-Institut mit. Überdurchschnittlich sei der Zuspruch zu den Nationaldemokraten vor allem bei jungen Männern im Ostteil der Stadt. Bei den an Berliner Schulen durchgeführten „Juniorwahlen" – sie zählen wegen der Wahlaltersgrenze offiziell nicht mit – votierten 4,5 Prozent der Schüler für die NPD.

Aufkleber der Deutschland-Bewegung: Protest gegen Anglizismen

erfolgversprechende Änderungen zeigen, sehen wir uns gezwungen, Überlegungen anzustellen, unseren politischen Weg außerhalb des dann als gescheitert anzusehenden Projektes ‚Die Republikaner' fortzusetzen."

Solche und ähnliche Stimmen kursieren in der Partei. Schlierer aber klammert sich an sein Amt und interpretiert selbst das 0,1-Prozent-Ergebnis von Hamburg als eine Bestätigung seines Kurses, sei doch der Landesverband „reaktiviert" worden. Innerhalb der Partei wird darüber der Kopf geschüttelt - und außerhalb sowieso. Die Auffassung verstärkt sich, daß man mit den letzten Wahlergebnissen auch den Zeitpunkt eines erfolgversprechenden Kurswechsels hinter sich gelassen hat. Das wird auch aus dem Lager der Schlierer-Getreuen betätigt. Man werde sich erst zurückziehen, wenn Gewähr dafür bestehe, daß die Partei „für niemanden sonst mehr brauchbar ist".

Die nächsten Wahlen sind am 3. März 2002 in Bayern (kommunal) und am 21. April 2002 in Sachsen-Anhalt (Landtag). Während man in Bayern wohl noch das eine oder andere kommunale Mandat wird retten können, weil aufgrund bisheriger Präsenz kein Sammeln von Unterstützungsunterschriften notwendig ist und auch keine Fünf-Prozent-Hürde übersprungen werden muß, stellt sich die Lage in Sachsen-Anhalt besonders kompliziert dar. Dort sind zwei rechte Fraktionen im Landtag vertreten: die DVU und ihr Ableger FDVP. Beide wollen vom Wähler bestätigt werden. Möglicherweise kommt noch die NPD dazu. Bei den Republikanern herrscht nach der Berlin-Wahl keine Lust mehr, in Sachsen-Anhalt zu kandidieren.

Die große Unbekannte ist die Schill-Partei. Sie trägt sich mit dem Gedanken einer bundesweiten Ausdehnung, zumal sich laut Umfragen 20 bis 25 Prozent der deutschen Wähler für eine solche Option erwärmen. In Sachsen-Anhalt wäre nach Hamburg die erste Chance für einen Anschlußerfolg. Ob es dazu kommt, wird in erster Linie davon abhängen, ob es Schill gelingt, außerhalb Hamburgs genügend politische Kader zu finden. Seine taktisch motivierte Furcht, sich mit „Ehemaligen" aus den rechten Parteien einzulassen, erschwert den Aufbau einer soliden deutschlandweiten Personalbasis.

Von daher verwundert es nicht, daß sich das unter günstigen Umständen zu mobilisierende Gros des rechten Spektrums nach wie vor abwartend verhält. Die meisten sind organisatorisch nicht (mehr) gebunden, halten aber gegenseitigen Kontakt über Leserkreise, örtliche „Stammtische" und politische Arbeitsgemeinschaften unterschiedlichen Zuschnitts, wobei der von Dr. Alfred Mechtersheimer initiierten Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) die Rolle des „Vernetzers" zufällt.

Im hessischen Taunusstein führte die überparteiliche Deutsche Liga für Volk und Heimat ihre Vorstandswahlen durch. An der Spitze des 13köpfigen Gesamtvorstandes stehen nun als gleichberechtigte Bundessprecher der Kreis- und Stadtrat Jürgen Schützinger, der ehemalige Landtagsabgeordnete Ingo Stawitz und - als Neuzugang - Marianne Stolpmann aus Berlin. Die Deutsche Liga hatte ihre Arbeit 1991 als Partei begonnen. Sie wandelte sich aber 1996 in eine überperteiliche Vereinigung um, nachdem ihre Wahlergebnisse zwar oberhalb des heutigen REP-Niveaus lagen, jedoch keinen parlamentarischen Durchbruch bewirkten. - Der Tagung in Taunusstein schloß sich eine sehr gut besuchte Versammlung mit Gästen an, auf der N&E-Mitherausgeber Harald Neubauer zur aktuellen politischen Lage sprach. *de/hg*

Österreich

Nach den Anschlägen vom 11. September hat auch in Österreich eine neue Debatte über die innere und äußere Sicherheit eingesetzt. So erneuerte der langjährige FPÖ-Chef und derzeitige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider seine Forderung nach einer rigideren Asylrechts- und Flüchtlingspolitik: „Die Genfer Flüchtlingskonvention darf nicht zum Feigenblatt für Verbrecher und Terroristen werden." Die FPÖ werde es auch nicht akzeptieren, daß jeder Flüchtling aufzunehmen sei; als „Sicherheitspartei in der Regierung" werde man vielmehr „aufpassen, daß keine Terroristen oder sonstige Kriminelle" nach Österreich kämen.

Dieser Position schloß sich auch die von den Freiheitlichen gestellte Vizekanzlerin Riess-Passer an. Sie forderte eine Verkürzung der Asylverfahren. Zudem müsse „im Lichte der Sicherheitsdiskussion nach den Terroranschlägen auf europäischer Ebene" über die künftige Asylpolitik und ihren Mißbrauch diskutiert werden.

Sorge „um den Schutz der Bevölkerung" artikulieren die Freiheitlichen auch im Zusammenhang mit zwei Entwürfen zu EU-Richtlinien, die den Status langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger in Österreich sowie Mindestnormen für Asylbewerber betreffen. Für das Bundesland Kärnten wies Landeshauptmann Haider beide Entwürfe mit Nachdruck zurück; insbesondere das geplante Recht auf Familiennachzug liefe nach Haiders Auffassung auf eine neue Zuzugswelle „außerhalb jeder Quotenregelung" hinaus.

Außenpolitisch will Österreich vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse seine Position überdenken. So hat Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) einen Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung vorgelegt, dessen Maßnahmen die im Verfassungsgesetz von 1955 festgelegte Selbstverpflichtung Österreichs zur „immerwährenden Neutralität" praktisch obsolet machen. Schüssel versicherte jedoch, Österreicher würden in Kampfhandlungen nicht eingesetzt. *mü*

10. Kärntner Kulturtage

Auf Schloß Albeck in Sirnitz veranstaltete das Kulturwerk Österreich im Oktober seine 10. Kärntner Kulturtage. Unter Leitung des früheren stellvertretenden FPÖ-Vorsitzenden Dr. Otto Scrinzi wurde über fünf Tage ein umfangreiches Programm abgewickelt. Zu den Referenten zählten unter anderen der Friedensforscher Dr. Alfred Mechtersheimer, der Naturwissenschaftler Dr. Rolf Kosiek, der Kulturkritiker Dr. Walter Marinovic, der Wiener Publizist Helmut Müller, der Mediziner Dr. Rigolf Hennig, der Werbefachmann Herbert Rauter, die Familienexpertin Imke Thomas und der ehemalige Europaabgeordnete Harald Neubauer. Für musikalische Begleitung sorgte Eike Funck. Die rund 100 Teilnehmer verlebten eine informative und harmonische Herbstwoche in der Kärntner Bergwelt, angereichert mit Vorträgen und Gesprächen, wie sie bei „normalen" Abendveranstaltungen aus Zeitgründen nicht möglich sind. *kh*

Belgien

Die belgischen Etablierten werden sich vielleicht schon bald nach den Zeiten zurücksehen, als es auf der rechten Seite des politischen Spektrums nur den „Vlaams Blok" gab, der in etlichen Gemeinden des flämischen Landesteils inzwischen die stärkste politische Kraft ist und sich als feste Größe in der Parteienlandschaft verankern konnte:

Denn nun hat sich neben dem Vlaams Blok eine zweite Volkstumspartei gegründet, die nicht nur die von den Etablierten aufrechterhaltene Isolation des VB unterlaufen will, sondern offen die ethnische Spaltung des Mehrvölkerstaates Belgien propagiert.

Die Neugründung nennt sich „Neue flämische Allianz" und ging aus der flämisch-nationalen „Volksunie" hervor, die 1954 als christliche flämische Partei gegründet worden war und jahrzehntelang für die Gleichberechtigung der niederländischen Sprache und mehr Rechte für die Regionen gekämpft hatte. Mit dem Erfolg des Vlaams Blok in den

neunziger Jahren geriet sie immer tiefer in die Krise, bis sie sich Anfang dieses Jahres über ein Reformpaket der Brüsseler Regierung heillos zerstritt. Fünf von acht Parlamentsabgeordneten der Volksunie stimmten gegen die Reformvorschläge, während sich die Parteiführung dafür aussprach. Die Gegner drückten eine Mitgliederbefragung durch, kamen auf 47 Prozent der Stimmen - eine stattliche Minderheit, aber zu wenig, um den gegen Brüssel gericheten Blockadekurs durchdrücken zu können. Die jetzt erfolgte Abspaltung unter einem neuen Namen war die zwangsläufige Folge.

Die „neue flämische Allianz“ fordert nun unverblümt ein „unabhängiges Flandern“. Damit stehen der fragilen Monarchie erneut erbitterte Diskussion über den Fortbestand des Einheitsstaates bevor. Der Vlaams Blok wird davon profitieren. *mü*

Slowakei

Der für die Rechten in Europa nicht untypische Spaltpilz wuchert nun auch in der Slowakei. Die Slowakische Nationalpartei (SNS) bekommt es mit einem Ableger zu tun. Der vor zwei Jahren von der Parteispitze verdrängte Jan Slota wurde auf dem Gründungskongreß der „Echten Nationalpartei“ von den 414 Delegierten zum Vorsitzenden gewählt. Nach Meinung Slotas, der sich als Oberbürgermeister der mittel-slowakischen Industriestadt Zilina politisches Renommee erworben hat, wurde die SNS von seiner Nachfolgerin an der Parteispitze, Anna Malikova, ruiniert - durch einen Mangel an Grundsatztreue.

Seine neue Partei, so Slota, bekämpfe die Konzeption der „offenen Gesellschaft“, da diese das Hauptinstrument der Globalisierung sei und zum Ziel habe, die Grundsätze der christlich-abendländischen Kultur und die Nationalstaaten zu zerstören. Auch die NATO diene diesem Vorhaben, weshalb er den Beitritt der Slowakei ablehne. Unter Slotas Führung hatte sich die SNS der von Jean-Marie Le Pen initiierten Europäischen Rechten angeschlossen. *ap*

Frankreich

Auf dem diesjährigen Parteifest „Bleu-blanc-rouge“ des Front National, das vom 21. bis 23. September wieder auf dem großen Freiplatz im Pariser Stadtteil Reuilly stattfand, setzte sich FN-Chef Jean-Marie Le Pen kritisch mit der Kriegshysterie seit den Terroranschlägen in den USA und der Haltung des offiziellen Frankreich auseinander, die nach Auffassung Le Pens auf die völlige Unterwerfung des Landes unter die geopolitischen Interessen Washingtons hinausläuft.

Das Säbelrasseln des Westens dürfe jedoch nicht „blind machen“, und die Welt habe „Akte der Gerechtigkeit“ statt Vergeltungsmaßnahmen nötig. Im übrigen verletzten auch die USA massiv die Menschenrechte und hätten in der Vergangenheit selten gezögert, „Staaten zu unterstützen, die den Terrorismus finanzieren, wie etwa Saudi-Arabien, oder islamische Enklaven zu installieren, wie zum Beispiel auf dem Balkan“.

Auch das Mitgefühl der „Weltöffentlichkeit“ dürfe nicht einseitig ausfallen und etwa die Hunderttausende von Boykottopfern im Irak aussparen.

In seiner Abschlußansprache erneuerte Le Pen seinen Appell an die Tiefenkräfte der französischen Nation. Gegenwärtig sei die „Seele der Franzosen“ von „Deformation“ entstellt; weshalb auch ihre Wiedergeburt in den Bereichen des Mentalen ihren Ausgang nehmen müsse.

Zehntausende von Anhängern und Parteimitgliedern ließen es sich nicht nehmen, die zahlreichen Informationsstände zu besuchen, sich an Diskussionsforen zu beteiligen und die Vielfalt regionaler Spezialitäten zu goutieren.

Unter den ausländischen Gästen wurde neben dem kalifornischen Rechtskonservativen Giesbret und den traditionellen Stammgästen vom Vlaams Blok auch der langjährige Republikaner-Chef Franz Schönhuber begrüßt.

mü

■ LESERWÜNSCHE

Angehender Student sucht nationalgesinnte Deutsche zum Gedankenaustausch und Freizeitgestaltung im Großraum Trier. Chiffre 01.12.01

Suchen patriotische Studenten und Akademiker; bieten eine feste Gemeinschaft, preiswerte Zimmer und Unterstützung im Studium. B! Normannia zu Jena, PF 100 550, 07705 Jena, Tel. 0179 / 24 35 360.

„Kriegsursachen – Kriegsschuld" von H. Schröcke. Das Werk behandelt nach neuestem Wissensstand die Frage der Schuld am Zweiten Weltkrieg. Es werden auch die wichtigen in das Geschehen verwickelten Hintergrundmächte dargestellt. 332 S., Abb., geb., Schutzumschlag, 35,- DM + 5,- DM Porto. FW-Vertrieb, PF 100 345, D-16203 Eberswalde.

Uni-Studium in Halle/Saale? Wir zeigen Dir die rechte Art des Studentseins! Halle-Loebener B! Germania, Wilhelm-Külz-Str. 6, 06108 Halle. Tel./ Fax 0345/ 2022573.

Er, 32, ledig, bärtig, vorzeigbar, vielseitig, humorvoll, chaotisch, verspielt, zärtlich, lebt mit Kopf und Händen, sucht warmherzige, aufgeklärte deutsche Frau, gern Landwirtschaft, auch mit Küken. Chiffre 02.12.01

Student sein, Burschenschafter werden
für „Ehre, Freiheit, Vaterland!"
Deutsche Studenten in München
melden sich bei

Burschenschaft Elektra
Teplitz zu München

(preiswerte Zimmer)
Tel. 089 / 52 35 01 68

OTJISAZU

Die Gästefarm mit Tradition in Namibia

Auf 27 qkm unberührtem afrikanischem Buschfeld, rund um den ca. 160 Meter hohen historischen "Signalberg", können Sie mit unserem Begleiter Pirschfahrten im offenen Geländewagen durch trockene Flußbetten sowie Reitausflüge unternehmen. Erfreuen Sie sich dabei an der Vielfalt von Fauna und Flora. Beobachten Sie unter anderem Kudus, Blessböcke und viele Vogelarten zwischen den typischen Akazienbäumen, Kameldorn und Aloe-Arten.

Postfach 1505 · Okahandja · NAMIBIA
Tel. +264 (0) 62-50 12 59 · Fax +264 (0) 62-50 13 23
Cell +264 (0) 811 27 58 00 · e-mail: otjisazu@iafrica.com.na



Bücher / Marine, Kolonien, Kriege v d. Römern bis heute, Luftfahrt, NS-Zeit, Spionage, Biographien u.s.w. Liste 10 000 Titel gratis. Anton Rosker, Aschheimer-Str. 11, 81671 München, Tel. 089/ 40 60 28.

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN (UN). Sie kennen die UN und ihre Flugblätter noch nicht? Dann gleich Probeexemplare gegen 3; DM Rückporto in Marken anfordern: UN, PF 400 215, 44736 Bochum.

„Ich war Oberschüler und Luftwaffenhelfer (1927-48)". 342 S., 146 Abb., DM 25,-, portofrei. Selbstverlag Hans Scherer; Heinrich-Hofmann-Str. 4, 96231 Staffelstein, Tel. 0 95 73 / 51 53.

„Rudolf Steiner – Anwalt für Deutschland". Die zentrale Aussage Steiners zur erklärten deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg lautet, daß dieser Paragraph des Versailler Diktates eine Lüge ist. 388 S., ISBN 3-934291-10-4, Preis: 39,80 DM. Verlag Zeitenwende, PF 17 07 53, 01242 Dresden, Tel./Fax: 0351 / 254 38 52, www.verlag-zeitenwende.de

Liebe Leser!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserer Rubrik Leserwünsche. Bitte beachten Sie aber, daß Ihr Anzeigenwunsch nur gegen Vorauskasse bearbeitet werden kann:

60 mm Breite, Fließsatz, bis zu fünf Zeilen **DM 25,–** (bei Chiffre **DM 30,–**). Jede weitere Zeile **DM 5,–**.

TERMINE

Samstag, 1.12.2001: „Kerzenabend“ (überparteiliche Vorweihnachtsfeier für alle national Gesinnten) im Raum Mindelheim. Beginn: 18.30 Uhr. Redner: Dr. Rolf Kosiek. Infotelefon: 0177 / 356 15 63.

Koblenz: Nationale, konservative u. patriotische Kräfte treffen sich einmal im Monat. Nähere Informationen erhalten Sie unter: Kennwort Koblenz, Postfach 1136, 53475 Sinzig.

Deutsche Aufbauorganisation (DAO): Mit kompetenten Rednern bzw. Gesprächsleitern laufen flächendeckende Gesprächsrunden in folgenden Landkreisen: Altötting, Mühldorf, Eggenfelden, Dingolfing, Landshut, Straubing, Deggendorf, Passau. Informationen: Peter Haese, Tel./Fax: 08721/4904.

Düsseldorf: Stammtisch der Deutschen Volksunion trifft sich monatlich. Kontakt: Holger von der Heydt, Postfach 17 02 23, 40083 Düsseldorf.

Der **Jahreskongreß 2002 der Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)** findet vom 12.-14. April 2002 in Bayern statt. Bitte während dieser Zeit keine Parallelveranstaltungen. Voranmeldungen: Jürgen Schützinger, Postfach 3705, 78026 Villingen-Schwenningen, Fax: 07720-65281.

Preußen-Museum – ein Besuch wert

In dem kleinen Ort Wustrau nordwestlich von Berlin hat der ehemalige Bankier Ehrhardt Bödecker eine mäzenatische Großtat vollbracht. Er errichtete dort auf eigene Kosten das Brandenburg-Preußen-Museum (Bild), eine Lehrschau mit eindrucksvollen Exponaten aus der 500jährigen brandenburgisch-preußischen Landesgeschichte.

Während in anderen – „zeitgeistorientierten“ – Ausstellungen der Versuch gemacht wird, preußischen Ruhm und preußische Leistungen zu schmälern, konzentriert sich das Bödecker-Museum auf den politischen und sozialen, rechtlichen und kulturellen Fortschritt, der sich mit dem preußischen Staatsethos verbindet. Kunst und Wissenschaft kommen nicht zu kurz – neben der heute oft überbetonten militärischen Seite.

Als kürzlich die Teilnehmer einer Tagung der Deutschland-Bewegung in Wustrau weilten, wurden sie von Ehrhardt Bödecker persönlich durch die Preußen-Schau geführt. Allgemeiner Eindruck: Dieses Museum muß man gesehen haben; es vermittelt geschichtliche Tatsachen, von denen heute aus Gründen politisch-ideologischer Beschränktheit kaum noch gesprochen wird.

Wustrau erreicht man am besten über die Autobahn Berlin-Hamburg, Abfahrt Neuruppin-Süd. Das Museum im Ortskern ist dienstags bis sonntags (10–16 Uhr) geöffnet. Eintritt: DM 4,–.





Ernst Anrich †

Prof. Dr. Ernst Anrich, jahrzehntelang einer der geistigen Köpfe des deutschen Patriotismus, ist am 21. Oktober im Alter von 95 Jahren in seinem Haus in Seeheim-Jugenheim gestorben. Anrich, 1906 in Straßburg geboren, habilitierte 1932 an der Universität Bonn in Neuerer Geschichte. Um eine Intellektualisierung des NS-Studentenbundes zu erreichen, gliederte er diesem 1930 die Hochschulgilde „Ernst Wurche", deren Gildenmeister er war, korporativ an. Seine Vorschläge, die vor allem das ständische und organische Denken fördern sollten, wurden von Studentenbundführer Baldur von Schirach jedoch als „Abweichlertum" empfunden. Als Anrich und die Mehrheit der Hochschulgruppenführer Schirachs Absetzung forderten, fühlte sich auch Hitler angegriffen, und Anrich wurde aus der NSDAP ausgeschlossen.

Es folgte eine vielfältige Lehrtätigkeit an mehreren deutschen Hochschulen. Nach seinem Kriegsdienst war Anrich von 1941 bis 1945 Dekan an der Reichsuniversität Straßburg. 1949 gründete er die renommierte und heute noch bestehende „Wissenschaftliche Buchgesellschaft" in Tübingen (später Darmstadt), deren Direktor und leitender Gestalter er 17 Jahre lang war. Später schuf er mit dem „Buchkreis für Besinnung und Aufbau" ein Geistesforum, in dem seine eigenen Werke erschienen.

Über viele Jahre wirkte Anrich auch parteipolitisch. 1960 bis 1964 war er CDU-Stadtverordneter in Darmstadt. 1966 wechselte er zur NPD, deren Bundesvorstand er viele Jahre als eine Art Cheftheoretiker angehörte. 1975 verließ er die Partei, blieb aber dem patriotischen Spektrum, so auch dem sudetendeutschen Witikobund, in Rat und Tat verbunden. Anrichs wissenschaftliche und politische Publizistik gestaltete sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem Gesamtwerk von beachtlichem Umfang. Bis zu seinem Tod arbeitete er an einem monumentalen Werk über „Die Entstehung der beiden Weltkriege". Anrichs Warnung vor einem „Leben ohne Geschichtsbewußtsein" wird diesen großen, bekenntnismutigen Gelehrten überdauern.

Werner Bräuninger

Helene Witkowski †

Ihren Lesern war sie als „Brigitte Pohl" bekannt. Auf ihrem Urnengrab wird nun aber ihr richtiger Name stehen: Helene Witkowski. Die im Alter von 91 Jahren verstorbene Journalistin, Schriftstellerin, Künstlerin, die bis zu ihrem Tod in Wien lebte, war eine überzeugte deutsche Patriotin. Ihre Artikel, Gedichte und Illustrationen erschienen vor und nach 1945 in vielen Blättern des deutschen Sprach- und Kulturraums, auch in „Nation & Europa".



Ein besonderer Publikumserfolg war ihr in den sechziger Jahren bei Druffel erschienenes (leider vergriffenes) Buch „Fastnacht der Dämonen“, in dem sie den Einmarsch der Sowjets in Wien dichterisch aufarbeitete, inklusive jener Grausamkeiten, die heute gern unter den Tisch gekehrt werden.

Um Helene Witkowski trauern ihre beiden gesinnungstreuen Söhne Manfred und Ewald, Schwiegertochter Holle, acht Enkel und vier Urenkel - sowie alle, die sich am vielgestaltigen Werk dieser ebenso geistreichen wie überzeugungsgefestigten Autorin laben durften.

Wilhelm Mohnke †



Wer sich mit Zeitgeschichte befaßt, insbesondere mit dem Endkampf um Berlin 1945, stößt immer wieder auf seinen Namen: Wilhelm Mohnke (Bild), Generalmajor der Waffen-SS, war letzter Befehlshaber des Verteidigungsbereichs „Zitadelle“, sprich: des Berliner Regierungsviertels.

Schon zuvor hatte sich der gebürtige Lübecker, Jahrgang 1911, militärisch in zahlreichen Fronteinsätzen bewährt, obwohl er bereits im Balkanfeldzug schwer verwundet worden war und davon ein verkürztes Bein behielt. Mohnke, 1933 einer der ersten LAH-Freiwilligen, schonte sich nicht. Er wurde mit dem Deutschen Kreuz in Gold und im Juli 1944 wegen seines Einsatzes in der Normandie, wo er wiederum verwundet wurde, mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Nach dem Ausbruch aus dem Führerbunker geriet Mohnke in sowjetische Gefangenschaft. Teile davon verbrachte er im berüchtigten Moskauer Foltergefängnis Lubljanka. Erst 1955 wurde er entlassen. Im Zivilberuf bewährte er sich dann ebenso wie bei der Arbeit in der Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG).

Wilhelm Mohnke starb, wie erst kürzlich bekannt wurde, im August in Hamburg. Politik und Medien schweigen zum Tod dieses vorbildlichen Soldaten und herausragenden Zeitzeugen.

Walter Seetzen 85



Die Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten ist mit seinem Namen eng verknüpft, obwohl es ihn nie nach vorn gedrängt hat. Aber Walter Seetzen (Bild), der in diesen Tagen seinen 85. Geburtstag feiern kann, war immer dann unverzichtbar, wenn es um das Knüpfen von Kontakten ging, um Aufbau und Struktur der Organisation, aber auch um politisches Augenmaß und strategisches Kalkül.

Am 25. November 1916 als Sproß einer alten Bremer Kaufmanns- und Reederfamilie geboren, hat Walter Seetzen hanseatische Solidität gewissermaßen in die Wiege gelegt bekommen. Im Zweiten Weltkrieg wurde er mehrmals verwun-

det und geriet in britische Gefangenschaft. Nach 1945 widmete er sich mit Leib und Seele der nationalen Parteipolitik, zunächst in der Deutschen Reichspartei (DRP), wo er ab 1957 die Organisation leitete, später bei den Nationaldemokraten als Generalsekretär. Den Parteivorsitzenden Adolf von Thadden und Martin Mußgnug war er in wechselnden Funktionen ein loyaler Ratgeber und Zuarbeiter. Dabei schaute Seetzen stets über den parteilichen Tellerrand, war gesprächs- und bündnisoffen für andere Gruppierungen. Im Vorstand der Deutschen Liga für Volk und Heimat trug er in den neunziger Jahren wesentlich dazu bei, demokratische Patrioten unterschiedlicher Herkunft zusammenzuführen.

Letzteres bewegt Walter Seetzen nach wie vor, obwohl ihm altersbedingte Gesundheitsprobleme eine aktive Rolle nicht mehr gestatten. Telephonisch informiert er sich bei alten Freunden, gibt nützliche Hinweise und baut auf die schon wiederholt unter Beweis gestellte Regenerationskraft der Deutschen. Auch für Nation & Europa hat sich Walter Seetzen stets verwendet. Um so herzlicher unsere Glückwünsche nach Bremen. *NE*

Erich Priebke

Der Mailänder Verlag Mursia und die Erben des Publizisten Cesare De Simone müssen an den deutschen Kriegsverurteilten Erich Priebke ein Schmerzensgeld von rund 20 000 Mark zahlen. Ein römisches Verwaltungsgericht hat der Klage Priebkes gegen das Buch „Roma città prigioniera“ entsprochen. Darin behauptet der inzwischen verstorbene Autor De Simone fälschlicherweise, daß der Gewerkschaftsführer Bruno Buozzi zusammen mit 13 anderen Antifaschisten beim Rückzug der deutschen Truppen im Juni 1944 in der römischen Campagna auf Befehl Erich Priebkes erschossen worden sei.

Priebke, der wegen einer Geiselerschiessung eine lebenslängliche Haftstrafe in Rom absitzen muß, hat eine Verwicklung in die Hinrichtung Buozzis stets zurückgewiesen. 1998 hatte ein italienisches Militärgericht ein entsprechendes Verfahren gegen den ehemaligen Hauptsturmbannführer eingestellt.

Bei der Nürnberger Justiz ist in zweiter Instanz noch eine Klage Priebkes gegen den deutsch-jüdischen Filmproduzenten „Atze“ Brauner anhängig. Dieser hatte wahrheitswidrig in einer Zeitungsanzeige behauptet, Priebke habe „Zigtausende auf dem Gewissen“.

Leni Riefenstahl



99 Lebensjahre hat Leni Riefenstahl hinter sich, und noch immer widerfährt ihr vom linksdeutschen Feuilleton keine Gerechtigkeit. Eine wahre Huldigung widerfuhr der Regisseurin (unser Bild zeigt sie im Jahr 1940) jedoch kürzlich im russischen St. Petersburg. Beim dortigen Filmfestival applaudierte ihr das Publikum stehend. Zuvor war ihr Film über den NS-Parteitag 1934 „Triumph des Willens“ wiederaufgeführt worden. Die Begeisterung darüber war so groß, daß der in Deutschland seit 1945 verbotene Streifen am nächsten Tag gleich noch einmal gezeigt wurde.

Bislang wagte man auf internationalen Festivals höchstens die Aufführung von Riefenstahls preisgekröntem Olympia-Film aus dem Jahr 1936. In Rußland, wo man wegen der langen kommunistischen Diktatur die Freiheit zu schätzen weiß, will man sich aber keiner neuen Zensur unterwerfen.

In einem Interview der „Moscow Times“ sagte Riefenstahl, ihr Parteitagsfilm sei keine „politische Stellungnahme“ gewesen, die ganze Welt habe seinerzeit Hitler bewundert. „Alle meine Hoffnungen, mein Glauben an eine glänzende Zu-

Moral verändert

„Für mich geht die stärkste Gefahr heute vom Fernsehen aus. Diese Gefahr beginnt schon bei dem Moderator, der nur Leute befragt, die verrückte und perverse Thesen vertreten. Dem Zuschauer wird suggeriert, daß die Perversion das Normale ist, und der eine oder andere mag verführt werden, zweifelhaften Vorbildern nachzueifern. Fest steht, daß das Fernsehen die Macht des Wortes und damit auch die Moral verändert hat.“ *Prof. Dr. Umberto Eco, talienischer Schriftsteller und Philosoph*

kunft waren mit diesem Mann verbunden.“ Hitler und Stalin seien sich im übrigen ähnlich gewesen - „der Unterschied ist, daß Hitler mehr von einem Sozialisten hatte“. *kh*



Claus Nordbruch

Den mit 10 000 Mark dotierten Freiheitspreis der National-Zeitung erhielt in diesem Jahr der deutsch-südafrikanische Publizist Dr. Claus Nordbruch (Bild). Der 40jährige Wissenschaftler, auch N&E-Lesern als gelegentlicher Mitarbeiter kein Unbekannter, hat mehrere bemerkenswerte Bücher veröffentlicht, darunter eine aktuelle Studie über die Machenschaften des bundesdeutschen Inlandsgeheimdienstes (Der Verfassungsschutz, 396 S., DM 34,80). Zu diesem Thema referierte Nordbruch auch in seiner Dankesrede vor gut 1 500 Veranstaltungsteilnehmern in der Passauer Nibelungenhalle.

Wolfgang Dahlmann

Seit Jahren bemüht er sich erfolgreich um geistige Grundlagenbildung innerhalb des patriotischen Spektrums. Jetzt wurde Wolfgang Dahlmann, der Vorsitzende des Arbeitskreises für deutsche Politik e.V., mit der Bismarck-Erinnerungsmedaille ausgezeichnet. Die Verleihung aus den Händen von Ferdinand Fürst von Bismarck, dem Urenkel des ersten deutschen Reichskanzlers und Chef des Hauses Bismarck, fand am Tag der Deutschen Einheit in Friedrichsruh statt.

Til Schweiger

Ob das seine Karriere fördern wird? Til Schweiger (38), in den USA lebender Schauspieler aus der Bundesrepublik, hat keine Lust, in Hollywood immer die Rolle des „bösen Deutschen“ zu spielen. Deutsche Mimen müßten in US-Filmen nicht von vornherein auf die Verkörperung von „Nazis“ abonniert sein, fordert Schweiger in der Zeitschrift „GQ“ und klagt: „Die Deutschen müssen immer die Bösen liefern.“ Er habe sich bewußt entschieden, keine „Nazis“ darzustellen: „Ich will mich so geben, wie ich bin, und nicht, wie es das Ausland von einem Deutschen erwartet.“

Linda de Mol

Im Januar dieses Jahres hatte die auch in Deutschland auftretende holländische Fernsehmoderatorin Linda de Mol (36) in einer Quizsendung die deutsche Nationalhymne als „Scheißlied“ bezeichnet. Daraufhin erstattete der pensionierte Diplomat Karl-Heinz Schüler Strafanzeige gegen de Mol wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90 a StGB). Die Staatsanwaltschaft Hamburg stellte nun das Ermittlungsverfahren ein. Begründung: De Mol sei Ausländerin und habe den inkriminierten Satz im niederländischen Fernsehen geäußert. Deshalb könne sie nach deutschem Recht nicht belangt werden.

Nebenbei bemerkt:

Hier wohnen die Schusters

Christa Braun

„Hier wohnen Ellen, Hans, Anna und Martin Schuster" - ab und zu sehe ich an Haustüren bunte Keramikschilder mit solchen Aufschriften, freue mich darüber und hoffe, daß sich Nachahmer finden. Ich lese, daß prominente Familien in regelmäßigen Abständen große Treffen veranstalten, freue mich darüber und hoffe, daß sie Nachahmer finden. Warum ich mich darüber freue? Diese Frage hätte vor fünfzig Jahren gar niemand verstanden; heute muß ich das erklären.

In den totalitären Phasen unserer jüngeren Geschichte, besonders unter kommunistischer Herrschaft, wurde einiges unternommen, um Kinder und Jugendliche in staatliche Obhut zu nehmen, sie unter Aufsicht gemeinsam zu beschäftigen und im Sinn der Staatsphilosophie zu beeinflussen. Ich sage das ganz ohne Wertung, denn ich war selbst nicht dabei - weder beim BDM noch in der FDJ. Aber Zeitzeugen erzählen, das sei damals schön gewesen, man habe Gemeinschaft erlebt, viel gelernt, Ausflüge unternommen, nicht faul rumgehangen, die Zeit nicht sinnlos totgeschlagen. Einmal sagte eine alte Jüdin, sie hätte sich brennend gewünscht, mitmachen zu dürfen; und aus Mitteldeutschland hören wir, seit der Wende sei die Jugend sich selbst überlassen und verkomme zusehends.

Was man daraus - bei aller Unterschiedlichkeit der Modelle und Motive - lernen kann? Wenn man Menschen für eine Idee gewinnen will, muß man schon bei den Kindern beginnen, weil frühkindliche Prägung wie eine Impfung wirkt. Genau so verhält sich ja heute die Werbung mit großem Erfolg. Demokratische Systeme unterhalten keine Staatsjugendverbände, sie vermitteln ihre „Botschaften" und Verhaltensmuster hauptsächlich über die Medien. Was wir dort heute zu sehen und zu hören bekommen, ist vielfach unerfreulich und ruft nach einem Gegengewicht.

Dies könnte die Familie sein. „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht", heißt es in Artikel 6 des Grundgesetzes. Eine intakte Familie mit eigenen Grundsätzen und Überzeugungen kann unguten, von außen herangetragenen Einflüssen entgegenwirken. Was das Kind zu Hause sieht, hört, empfindet, lernt, das prägt es für das ganze Leben - positiv oder negativ.

Lange genug ist ja an der Zerstörung der Familie mit geballter Macht der Medien gearbeitet worden. Man propagierte die antiautoritäre Erziehung, die ganz bewußt den natürlichen Zusammenhalt der Generationen zerstören sollte. Eltern wurden zu Kerkermeistern und Lehrer zu Deppen erklärt. Den Kindern wurde der Halt genommen

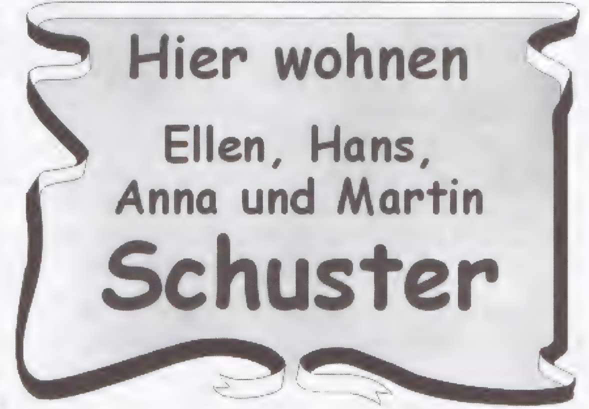
und eine falsche Richtung gewiesen. Das hatte Auswirkungen. Denn die verunsicherten, aus natürlichen Bindungen gerissenen Kinder von damals sind die Eltern von heute - vielfach aufgewachsen ohne Vorbilder, ohne traditionelle Werte, ohne allgemeinverbindliche Maßstäbe.

Die Folgen kann man jetzt besichtigen: „coole" Individuen mit absolutem Anspruch auf Selbstverwirklichung ohne Rücksicht auf wen oder was auch immer, bald 50 Prozent geschiedene Ehen, Millionen Scheidungswaisen, Partnerwahl auf Zeit mit zusammengewürfelten Kindern unterschiedlicher Herkunft, in den Großstädten immer mehr sogenannte Single-Haushalte, dramatischer Geburtenrückgang, „Homo-Ehen" und „Patchwork-Familien" um nur einige Stichworte zu nennen.

Alleinerziehende Mütter und vaterlos aufwachsende Kinder gelten als völlig normal, und die Grünen propagieren einen neuen Familienbegriff: Wo Kinder sind, ist Familie. Auch Lesben und Schwule (gräßliche Wörter!) mit Kindern sind Familien, werden bald einen gemeinsamen Familiennamen annehmen können. Eine Umwertung der Werte. Ein Familienbild, das die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes gewiß nicht vor Augen hatten, als sie verfügten: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung."

Ein wenig Komik ist auch dabei: Während es bei vielen Frauen als chic und emanzipiert gilt, ja nicht den Namen des Mannes anzunehmen und groteske Doppelnamen immer häufiger auftauchen - Leutheusser-Schnarrenberger, Däubler-Gmelin, Schmalz-Jacobsen - arbeiten homosexuelle Paare auf den gemeinsamen Familiennamen hin, beschwören eine eheliche Gemeinschaft, wie sie bei „Normalos" fast schon als Ausnahme gilt.

Einerseits also die mit konsequenter Energie betriebene Zerstörung gewachsener Strukturen und Traditionen, andererseits der Aufbau einer unnatürlichen, desorientierten Gegenwelt. Der Staat gibt kein Ordnungsmuster mehr vor, seine Signale sind wirr und irreführend. Unsere Gesellschaft - einst sprach man von Gemeinschaft - atomisiert sich.



Um so wichtiger ist die intakte Familie, die ihren Zusammenhalt sichtbar kundtut, indem sie sich unter dem identitätsstiftenden, schützenden Dach des gemeinsamen Familiennamens versammelt. Und deshalb freue ich mich, wenn ich solche Namensschilder sehe: „Hier wohnen Ellen, Hans, Anna und Martin Schuster". Es gibt noch Menschen, die sich bekennen - zur Zusammengehörigkeit, zur Verbundenheit, zur familiären Struktur. Warum nicht mitmachen? Es tut gar nicht weh. ■



Ursachen beseitigen

Sinnvoll ist es, die Strukturen abzubauen, die dem internationalem Terrorismus sein Handwerk erleichtern. Hierzu gehört unter anderem die Offenheit der Grenzen. Die USA wurden ja nicht von einem ausländischen Staat angegriffen, sondern von Ausländern, denen die Einreise leicht gemacht wurde. Letztlich geht es um die Alternative: Entweder eine Welt ohne Grenzen, in der sich jeder überall aufhalten kann und in der eine De-facto-Weltregierung versucht, durch geheimdienstliche und militärische Aktivitäten jeden Winkel der Erde zu beherrschen. Oder aber eine Welt mit Grenzen, in der jeder Mensch in seinem angestammten Land und in eigener Kultur zu Hause ist und sich dort einigermaßen sicher fühlen kann. Denn eines müßte ja jedem einleuchten: Bomben sind menschenfeindlicher als Grenzen.

Dr. Holger Schleip, Birkenfeld

Militäreinsatz zwecklos

Es ist falsch, mit Begriffen wie „America under Attack", „Amerika im Krieg", „Amerika schlägt zurück" usw. zu arbeiten, denn mit dieser martialischen Rhetorik setzt man sich nur dem Zwang aus, auch entsprechende Bilder liefern zu müssen, und das bedeutet Krieg. Der Einsatz von Militär gegen den Terrorismus ist aber verkehrt, da das Militär nur gegen einen klar identifizierbaren Gegner erfolgreich eingesetzt werden kann. Der Terrorismus hat jedoch kein Staatsgebiet, keine Adresse und sucht die Entscheidung nicht in einer offenen Feldschlacht. Daraus folgert das Rezept: Man müßte sich einmal intensiv um den Humus kümmern, auf dem der Terror gedeiht und dabei auch zu der Erkenntnis gelangen, daß der „American Way of Life" mit seiner immensen Verschwendung für viele Menschen auf dieser Erde ein Albtraum ist. Selbst der Militärschlag gegen Afghanistan kann das Netz des Terrors nicht ernsthaft beschädigen - im Gegenteil, der Haß auf die USA wird damit nur noch gesteigert und das Problem vergrößert. Wenn man sieht, daß das Schicksal des Westens in den Händen eines Präsidenten ist, der den Überblick verloren hat, dann kann einem schon ganz anders werden.

Reinhard Wick, Bielefeld

„Filetstück"

Nun können die USA in Mittelasien genau die Umschichtungen vornehmen, die für ihre Vormachtstellung so bedeutsam sind. In dem Gebiet nämlich, welches der Stratege Zbigniew Brzezinski den „eurasischen Balkan" nennt. Brzezinski schreibt, daß die Kontrolle darüber die Voraussetzung für eine Vormachtstellung sei. Denn dort lägen „die zukünftigen Transportwege, die zwischen den reichsten und produktivsten westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens bessere Verbindungen herstellen sollen". Weiter schreibt er von einem „ökonomischen Filetstück", von „ungeheuren Erdgas- und Erdölvorkommen, von den wichtigsten Mineralien, einschließlich Gold, ganz zu schweigen."

Auf friedlichem Wege und in Zeiten, in denen man sich an das Völkerrecht und die internationalen Übereinkommen halten mußte, hatten die USA in dieser strategisch wichtigen Region kaum Erfolg, ihre „Ordnung" durchzusetzen. Nun aber hat das Attentat vom 11. September 2001 endlich ein neues Tor aufgestoßen und ein neues Spiel auf dem „eurasischen Schachbrett" (Brzezinski) eröffnet. *Richard Helm, München*

Liebe Leser!

Wir bekommen täglich eine Vielzahl interessanter Zuschriften von Ihnen. Dafür möchten wir uns bedanken. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß aufgrund der Fülle nicht alle Ihre Briefe beantwortet und auch nicht alle veröffentlicht werden können.

Ihre N&E-Redaktion

Amerikas Kriegspolitik

Zu Roland Wuttke: „Globale Ambitionen", N&E 9/2001

Der Autor schreibt, daß alle US-Präsidenten von Roosevelt bis Clinton „Kriegspräsidenten" waren. Die Ahnenreihe beginnt aber schon mit Präsident James Monroe, der Texas erobert und den Krieg gegen Mexiko (1819-1848) begann, den seine Nachfolger Adams, Jackson, Van Buren, Harrison, Tyler und Polk fortführten. Abraham Lincoln war 1861 für den Beginn des Bürgerkriegs verantwortlich. 1898 zettelte Präsident MeKinley den Spanisch-Amerikanischen Krieg an, in dem der spätere Präsident Teddy Roosevelt mit seinen Rough Riders mitkämpfte. Schließlich führte Präsident Woodrow Wilson sein Land 1917 in den Ersten Weltkrieg.

Friedrich Karl Pohl, Lüneburg

Einholende Vergangenheit

In Amerika kursieren seit Wochen Briefe mit Milzbrand-Erregern. Lauthals trägt man sein Leid darüber in die Welt. Doch wie ging es zusammen mit seinen Verbündeten in der Vergangenheit selbst mit diesem Bio-Kampfstoff um. Darüber erhält man im Stern Nr. 41/2001 Auskunft. Er berichtet, daß die Engländer 1942 auf der Insel Gruinard vor Schottland Versuche mit Milzbrandbakterien machten. Der Grund dafür (dies wird im „Stern" aber verschwiegen): Die Bakterien sollten über deutschen Großstädten versprüht werden! Der Krieg war Gott sei Dank vor deren Einsatzfähigkeit zu Ende. Die Folgen eines solchen Terrors mag man sich an der Tatsache ausmalen, das Gruinard erst 1990 wieder betreten werden konnte. *Rolf Wirtz, Köln*

Bush befiehl!

Kanzler Schröder möchte die Bundeswehr schon bald aufs Schlachtfeld schicken. Auch die „christliche" Union wünscht die deutsche Kriegsteilnahme im Dienste der USA. „Bush befiehl, wir folgen!" Wichtigtuerische Politiker und amerikahörige Medien können es kaum erwarten, daß wir in Zentralasien mitbomben und mitschießen dürfen. Milliarden-Tribute an die amerikanische Kriegskasse - wie noch im Golfkrieg - erscheinen diesmal nicht „solidarisch" genug.

Wer jetzt an Leid und Elend unschuldiger afghanischer Zivilisten erinnert, wird von der Springer-Presse und anderen Scharfmachern als geistig verwirrt und unmoralisch hingestellt. Uneingeschränkte Unterstützung für die USA und bedingungsloses JA zum Krieg - das ist die einzig erlaubte Parole. Meine Frage an die Kriegsbefürworter - insbesondere bei SPD und Grünen: Würden Sie Ihre eigenen Kinder nach Kabul und Kandahar kommandieren oder selbst in den Einsatz ziehen?

Herbert Rauter, Karlsruhe

Neutralität

Wie viele andere Menschen hat auch mich im ersten Moment das Grauen gepackt, als ich die Bilder aus Amerika gesehen habe. Aber das Grauen ist der Nachdenklichkeit gewichen. Sind es nicht die USA gewesen, die mit grausamen Terror aus der Luft Hunderttausenden Zivilisten das Leben genommen hat? Ich denke an Dresden, Berlin, Köln und viele andere deutsche Städte. An Korea, Vietnam, Irak... Die deutsche Regierung hat nun nichts anderes zu tun, als Amerika ihre volle Unterstützung zuzusichern. Wir sollten nicht vergessen, daß es auch in Deutschland genügend radikale Moslems gibt, die fähig wären, hier Attentate zu verüben. Die patriotischen Kräfte in Deutschland sollten jetzt Konzepte entwickeln, wie sie die begründete Kriegsangst eines Großteils der deutschen Bevölkerung für sich nutzen.

Michael Schumacher, Winterthur

Wer Wind sät...

Die Südspitze Manhattens und Teile des Pentagons in Washington gleichen nach den Flugzeug-Anschlägen in frappierender Weise den deutschen Städten am Ende des Zweiten Weltkrieges. Nur fällt auf, daß in der ausufernden Berichterstattung der Medien ein Vergleich mit den damaligen Ruinen peinlich vermieden wird, obwohl er doch so nahe liegt. Diese Zurückhaltung hat Gründe, politische Gründe. Denn vergleicht man Manhattan 2001 mit Hamburg 1943-45, dann könnte sich ergeben, daß auch Deutschland Opfer eines gnadenlosen Luftterrors gegen die unbeteiligte Zivilbevölkerung wurde. Bemerkenswert ist, daß mindestens zwei der Attentäter auf das World Trade Center aus Hamburg kamen, der Stadt, die im letzten Krieg mit am schwersten unter dem Luftterror gelitten hat. In Amerika gibt es nach den Luftangriffen auf New York und Washington nur einige wenige selbstkritische Stimmen, die nach der eigenen Verantwortung fragen.

Maximilian Sobota, Kefenrod

Einmischung

Der Schock, den die Terroranschläge vom 11. September in der westlichen Konsum- und Spaßgesellschaft ausgelöst haben, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere die USA seit Jahrzehnten versuchen, gerade der islamisch-orientalischen Welt ihre Werte aufzuzwingen. Wie sinnlos der Westen in dieser Region dabei agiert, zeigt das bündnispolitische Verhalten. Man denke nur an die allzu einseitige US-amerikanische Parteinahme für Israel im Nahost-Konflikt oder die gewaltige US-Militär- und Wirtschaftshilfe zugunsten des Ägypters Mubarak, der ohne diese Unterstützung wohl schon längst nicht mehr an der Macht wäre. Man denke aber auch an den mit französischer Hilfe erfolgten Militärputsch nach den ersten freien Wahlen Anfang der 90er Jahre in Algerien, Wahlen, die damals von der islamischen Heilsfront deutlich gewonnen wurden.

Otto Rölli jun., Menzingen /Schweiz



Keine Verfassung

Zu Hilmar Gerber: „Kein Sonderrecht für Michel Friedman", N&E 10/2001

Hier ist dem Verfasser wohl ein Fehler unterlaufen. Das Grundgesetz ist noch keine Verfassung. Sie soll erst laut Artikel 146 GG „vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen" werden und dann das Grundgesetz ersetzen. Dies wurde allerdings seit der Wiedervereinigung vermieden. Auch steht die Versammlungsfreiheit in Deutschland nicht „jedermann" zu. Artikel 8 (1) GG befindet: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln." Von Ausländern, die bei uns häufig auch in unfriedlicher Absicht dieses Recht nutzen, ist nicht die Rede.

Eberhard Koenig, Baiern-Weidach

Wann folgt die Tat?

Zum gleichen Artikel

Die Erwägung des sich beleidigt fühlenden Friedman auszuwandern, ist keine Drohung, sondern ein leeres Versprechen. Wetten? *Helmut Pilling, Ording*

Blind

Unser Volk rennt mit offenen Augen und Ohren in sein Unglück! Seit ein paar Jahren bin ich überzeugt, daß der Deutsche erst mit dem Gesicht im Dreck liegen muß, bevor er etwas gegen sein Schicksal unternimmt. Ich hoffe jedoch, daß es nicht soweit kommt!

Brigitte Schmalzbauer, Aholfing

Rechts = Rechtsstaatlichkeit

Die Hamburg-Wahl am 23. September dieses Jahres hat nach einhelliger Meinung aller Medien-Kommentatoren einen gewaltigen Ruck nach rechts gebracht, weil Schill mit seiner Rechtsstaatspartei auf Anhieb annähernd 20 Prozent aller Wählerstimmen erhalten hat. Schill selbst hat immer wieder betont, daß sein einziges Wahlziel die Verbrechensbekämpfung sei. Verbrechensbekämpfung ist Wiederherstellung bzw. Durchsetzung des Rechts. Wenn das Wahlziel „Wiederherstellung des Rechts" nach Auffassung der Meinungsmacher ein Ruck nach rechts ist, dann wäre ein Ruck nach links demnach die Zerstörung des Rechts. Dies ist die logische Schlußfolgerung. Daß die Wiederherstellung des Rechts nach jahrzehntelanger Rechtszerstörung durch Linke (z. B. falsche Behandlung echter Straftäter und Bestrafung von „falschen" Meinungsäußerungen) bitter nötig war, hat der Souverän dokumentiert.

Alfred Steffens, Übersee

Standhaft sein

Unsere selbsternannten Gralshüter der Demokratie haben einen neuen Feind entdeckt: die Burschenschaften, die neonazistischer Gesinnung verdächtigt werden. Historisch muß daran erinnert werden, daß die Burschenschaften nach dem Wiener Kongreß 1815 gegründet wurden, um den Absolutismus zu bekämpfen und Freiheit und Einheit, also eminent demokratische Prinzipien durchzusetzen. Wer aber spricht heute noch davon. Sehr zu bedauern ist allerdings, daß die Burschenschaften in dieser Zeit der Verfolgung keine Einheit zeigen, die gerade jetzt bitter nötig wäre.

Friedrich Ilk, München

Wenig Interesse

Als ich kürzlich die Kölner Rechtsextremismus-Ausstellung besuchte, rieb ich mir die Augen: Nanu? Außer mir waren nur noch zwei Studenten anwesend, allerdings auch zahlreiche Aufseher, die diese sehr aufwendig gestaltete Schau schützen sollten. Interessehalber ging ich am nächsten Tag noch einmal hin. Ergebnis: Diesmal war ich sogar die einzige Besucherin. Und das, obwohl der Eintritt frei war. Offenkundig lassen sich die Menschen vom unablässigen „Rechtsextremismus"-Geschrei nicht so manipulieren, wie es die politisch Verantwortlichen gern hätten.

Erwine Lehming, Köln

Normal?

Mir fällt zur gleichgeschlechtlichen Ehe nur das Wort „Unzucht" ein. Es zeigt sich, wie weit das deutsche Volk bereits auf der abschüssigen Ebene ist. Wenn Herr Wowereit sagt: „Ich bin schwul, und das ist gut so", dann ist das schlimm genug. Es sollte aber der Öffentlichkeit wenigstens nicht als Normalität vorgegaukelt werden. Sieht man nicht die Gefahr für unsere Kinder? Sie werden tagtäglich mit Abnormitäten konfrontiert, so daß ihnen später keiner einen Vorwurf machen kann, wenn sie ebenfalls auf solche Abwege geraten.

Alexander Klein,
DVU-Kreisvorsitzender, Köln

Keine Wenden-Unterdrückung

Die trotz aller Dementis immer wieder auftauchende Behauptung von der Unterdrückung der sorbischen (wendischen) Minderheit im Dritten Reich sollte vielleicht noch an einem anderen Beispiel richtiggestellt werden, solange es „störende Zeitzeugen" (NE 10/01) eben noch gibt.

Meist übersehen wird nämlich, daß die nächsten Verwandten der Spreewald-Sorben vor Zeiten und in durchaus ähnlicher Anzahl ihre Bleibe noch erheblich weiter westlich gefunden hatten, und zwar im linkselbischen „Hannoverschen Wendland", dem jetzigen Kreis Lüchow-Dannenberg. Ihre typischen Runddörfer kann man dort auch heute noch zu Dutzenden besichtigen. Und darin so manchen Mitbürger, der nicht so aussieht wie jemand, den sich der Nationalsozialismus unter einem Germanen wohl vorgestellt hatte.



Dennoch ist auch dieser Teil der Sorben/Wenden im Dritten Reich in keiner Weise drangsaliert worden, obwohl auch dies gelegentlich schon behauptet wird. Im Gegenteil: Gleich nach der NS-Machtübernahme hatte mit Förderung, ja sanftem Druck eine Wiederbelebung der schon weitgehend verschütteten Wendenkultur eingesetzt. Da wurden plötzlich die alten Geschichten und Lieder wieder hervorgekramt, längst verstaubte Trachten aus den Truhen geholt, und der führende Heimatdichter und Dorfschulmeister Harry Halbohm schrieb wendische Theaterstücke und stellte eine wendisch gewandete Theater- und Volkstanzgruppe auf.

An diese Gruppe nahm auch meine Mutter teil, die selbst aus wendischer Bauernfamilie stammte (Zeitschriften-Photo vom 30. Juli 1933). Und mit dieser Gruppe zog sie dann volkstanzend und theaterspielend zu allen NS-Großveranstaltungen von Hamburg bis Berlin und zu den bekannten Treffen auf dem Bückeberg. Hitler höchstselbst hat diesem bunten Völkchen dabei seine Zustimmung bekundet, wohlwissend, daß es sich hier um Wenden, also Slawen handelte. Die Zeitungen berichteten darüber.

Und schließlich wurde im Wendland sogar versucht, auch noch die alte Sprache zu rekonstruieren. Grundlage dazu war ein Wörterbuch, das mein Vorfahr zweihundert Jahre zuvor noch kurz vor dem Aussterben des Wendischen erstellt hatte. Ich selbst erinnere mich noch gut an die Deutungsdiskussionen um Waldstücke wie den „Derwatschenduhl“ oder um unsere Sumpfwiesen im „Tipineitz“.

Nachzutragen wäre noch, daß selbst der Kreisleiter der NSDAP gelegentlich die Parteikasse strapazierte zwecks Wiederbelebung des Wendentums. Darüber hinaus wurden internationale Kontakte gepflegt, die heute kaum jemand mehr wahrhaben will. Und dennoch finden sich im Notizbuch meiner Mutter immer noch Adressen von jungen Leuten zum Beispiel aus Holland, der Tschechei und aus Polen, die in den Dreißigern ebenfalls mit Volkstanzgruppen im Reich unterwegs waren und mit denen man sich angefreundet hatte und noch jahrelang Briefverbindung pflegte.

Natürlich verträgt sich das alles nicht mit den heutzutage oft sehr undifferenziert kolportierten Vorstellungen von Minderheitenverfolgung und „Fremdenfeindlichkeit“ im Dritten Reich. Hinsichtlich dessen jedenfalls, was hier - am Beispiel der (hannoverschen) Wenden - allein aufgezeigt werden soll, hat es dergleichen nicht gegeben.

Rolf Schulze, Altdorf

Späte Rache

Der Autor, Filmemacher und Medienmanager Alexander Kluge, Jahrgang 1932, hat in der „Süddeutschen Zeitung“ (12.10.01) einen der Gründe benannt, weshalb Afghanistan „so weit weg“ liegt und von daher wenig Mitleid erfährt:

„Der letzte Sieg der großdeutschen Diplomatie fand am Tag der Kapitulation statt: Am 8. Mai 1945 wurde in Kabul die Rechtsnachfolge von Hitler zu Dönitz offiziell anerkannt. Auch hier: Dieses Afghanistan ist vollkommen weg vom Weltgeschehen.“

Immer neue „Enthüllungen" über Hitler:

Frauenheld oder Männerfreund?

Peter Bochinski

War der sogenannte Röhm-Putsch 1934 nur eine Auseinandersetzung in der deutschen Schwulen-Bewegung? Zu dieser Meinung könnte man kommen, wenn man dem Bremer Historiker Lothar Machtan (52) folgt. Er hat jetzt im Alexander-Fest-Verlag ein Buch herausgebracht unter dem Titel „Hitlers Geheimnis / Das Doppelleben eines Diktators". Kernthese des in zwölf Ländern gleichzeitig veröffentlichten und massiv beworbenen Buches: Hitler war - vermutlich - homosexuell.

Warum auch nicht?, könnte man gegenfragen, ist doch Homosexualität aus Sicht der heute Tonangebenden so „normal" wie Heterosexualität. Mehr noch: Homosexuelle, so hört und liest man, seien besonders sensibel, nett, zuvorkommend und damit ein wahrer Segen für die aufgeklärte Zivilgesellschaft. Politiker reißen sich um die Schirmherrschaft bei schwulen Veranstaltungen, zeigen sich stolz beim „Christopher-Street-Day", führen die „Homo-Ehe" ein und subventionieren gleichgeschlechtliche Sexualorientierung aus dem Staatshaushalt. Der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit machte seine Vorliebe für Männer („und das ist gut so") zum geflügelten Wahlkampfwort.

Bewiesen ist nichts

Welches Motiv also hat Machtan für seine schlagzeilenträchtige „Enthüllung"? Will er uns Hitler sympathisch machen? Oder - umgekehrt - die Schwulen in Mißkredit bringen? Eines steht zweifelsfrei fest: Mit Hitler läßt sich nach wie vor gutes Geld machen. Die Zahl der ihm gewidmeten Publikationen wird auf weit über 100 000 geschätzt. Jeden Tag kommen neue hinzu. Um so wichtiger ist es für Autoren und Verleger, in der Flut nicht unterzugehen. Wer die spektakulärsten und absonderlichsten Thesen aufstellt, wird am ehesten wahrgenommen. Zimperlich darf man dabei nicht sein. Autoren mit wissenschaftlichem Anspruch gelten als unverkäuflich.

Die BILD-Zeitung nutzte die Chance zu der formidablen Schlagzeile: „War Hitler



Neue Erkenntnisse der Geschichts-Forschung

War Hitler schwul?

(1889–1945)

War Hitlers Beziehung zu Eva Braun nur eine Scheinliebe? War er in Wirklichkeit homosexu-ell? Das behauptet der Bremer Geschichtsprofessor Dr. Lothar Machtan in seinem Sensationsbuch „Hitlers Geheimnis" (erscheint nächsten Dienstag). Schon als junger Mann, so der Forscher, lebte Hitler seine homosexuellen Neigungen aus, als Nazi-Diktator suchte er bewusst die Nähe zu Männern. Welche Rolle dabei mächtige Nazi-Größen spielten – **Seite 6**.

BILD, 6. Oktober 2001

schwul?“ Und die angeblich seriöse „Welt“ klärte ihre Leser sogleich unter der Überschrift auf: „Was Hitlers Homosexualität bedeutet“. Liest man dann aber die Artikel etwas genauer, bleibt von der Botschaft der großen Buchstaben nichts mehr übrig. Machtan trage nicht einen einzigen unanfechtbaren Beweis vor, heißt es in der „Welt“-Rezension. „Nicht nur, daß er durchgängig aus zweiter Hand schöpft. Seine Belege halten, jeder für sich genommen, historischer Quellenkritik nicht stand.“

Das ist vornehm ausgedrückt. Tatsächlich kolportiert Machtan lediglich ein paar Andeutungen und Gerüchte aus den Kreisen eingefleischter Hitler-Gegner, üble Nachreden, so windig und unappetitlich, daß davor selbst die von Skrupeln unbeleckte Kriegspropaganda der Alliierten zurückschreckte.

Wie man mit solch dürftiger Quellenlage umgeht, macht die BILD-Zeitung (6.10.01) wieder einmal vor. Sie schreibt am Ende ihrer ganzseitigen Buchbesprechung: „Eine körperliche sexuelle Beziehung Hitlers zu irgendeiner Frau ist nie nachgewiesen worden. Allerdings hat auch Prof. Machtan keinen Mann gefunden, der bekannt hätte: ‚Ich habe mit Hitler geschlafen.‘ Sicher ist: Es stimmte in Hitlers Hose nicht.“

Da kann man nur hoffen, daß es wenigstens in der Hose des Rezensenten stimmt. Für seinen Kopf läßt es sich nicht ohne weiteres sagen. Sonst hätte er mitbekommen, was die zum gleichen Medienkonzern gehörende Berliner „BZ“ am 1. April 2000 schlagzeilte: „Enthüllt: Hitlers Lolita-Komplex“. Vorlage dieser Geschichte bot das im List-Verlag erschienene Buch „Hitlers Frauen“ (Autor: Erich Schaake). Demnach zog es Hitler vehement zu Frauen, sogar zu Minderjährigen:

„Ob Nonne oder Prinzessin, Regisseurin oder Schauspielerin, Industriellen- und Diplomatengattin, Töchter von Komponisten oder Lords: Die Liste der Frauen, die dem Verführer Hitler verfielen, ist lang. Welchen Einfluß hatte er auf das Leben sei-

ner Geliebten und weiblichen Vertrauten? Eine erstaunliche Studie über die reichen Gönnerinnen, willigen Helferinnen und ergebenen Mätressen des Führers."

Jede Phantasie erlaubt

Auch der unvermeidliche Guido Knopp, Hitlers medialer Nachlaßverwalter im ZDF, ließ erst heuer einen Mehrteiler ausstrahlen: „Hitlers Frauen". Dazu erschien im Bertelsmann-Verlag ein Buch unter gleichem Titel, allerdings ergänzt um den Zusatz „... und Marlene". Der deplazierte Rückgriff auf Marlene Dietrich, die Deutschland schon Jahre vor der NS-Machtübernahme aus Karrieregründen verlassen und mit Hitler keinerlei Kontakt gehabt hatte, war offenbar nötig, um einer Verwechslung mit dem Titel des Schaake-Buches entgegenzuwirken.

In diesen Büchern und Filmen wird jedenfalls Hitlers Verhältnis zu Frauen aus allen möglichen Blickwinkeln geschildert und analysiert - durchweg abwertend, aber ohne den geringsten Hinweis auf eine homosexuelle Neigung. Mit einem angeblichen Eva-Braun-Zitat („Er braucht mich nur für bestimmte Zwecke") versuchte erst kürzlich der „Spiegel" (Nr. 39/01) den Eindruck zu erwecken, Hitlers Beziehung zu seiner - 1945 geheirateten - langjährigen Lebensgefährtin sei auf das Sexuelle konzentriert gewesen, eine Darstellung, die man - wie alle Spekulationen über Hitlers Privatleben - glauben kann oder auch nicht.

Keiner der Akteure lebt mehr. Es darf über sie alles behauptet werden, und es wird über sie alles behauptet, vom „Lolita-Komplex" bis zur Homosexualität, von der Schürzenjägerei bis zu verklemmter Enthaltsamkeit. Das meiste paßt nicht zusammen, widerspricht sich. Aber darauf kommt es den Urhebern nicht an. Hauptsache, die vermeintlichen „Enthüllungen" machen Schlagzeilen und lassen das Geld in der Kasse klingeln.

Und was war mit dem Schäferhund?

Schon der Hitler-Biograph Joachim Fest hatte sich vor Jahren auf schlüpfriges Terrain begeben, als er zwischen Hitler und Rüstungsminister Albert Speer eine „erotische Männerfreundschaft" konstruierte. Speer, verheiratet und mehrfacher Vater, dementierte entschieden. Es nützte ihm nichts. Hitler darf in keinem Bezug „normal" gewesen sein; er bildet die Projektionsfläche für Phantasien und Spekulationen jeder Art, wobei die Vorstellung, er habe in Teppiche gebissen, noch zu den harmlosen Varianten zählt. Es wäre nicht verwunderlich, wenn morgen behauptet würde, Hitlers wahre Leidenschaft habe seinem Schäferhund gegolten.

Im vorliegenden Fall bleibt die Frage, weshalb Homosexuelle im Dritten Reich strafrechtlich verfolgt und teilweise auch in Konzentrationslager eingeliefert wurden. Wußte Hitler davon nichts? War er schizophren? Nein, sagt man uns, er habe sich - wie im Fall Röhm - die Mitwisser vom Hals schaffen wollen. Eine bestechende Logik. Dürfen wir aus ihr ableiten, daß auch die Juden nur deshalb verfolgt wurden, weil Hitler einer der ihren war und die Zeugen beseitigen wollte? Eine schöne Schlagzeile wär's. ■

Deutsche und Hereros:

Schon wieder ein Völkermord?

Michael Brückner

Nachdem sich Bundesaußenminister Joschka Fischer anläßlich der sogenannten Antirassismus-Konferenz in Durban für den deutschen Kolonialismus des vergangenen Jahrhunderts „entschuldigt" hat, stehen der Bundesrepublik neue Wiedergutmachungsforderungen ins Haus. Aus Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, meldet sich Herero-Häuptling Kuaima Riruako zu Wort. Er hat bereits bei einem Gericht in Washington eine Zwei-Milliarden-Dollar-Sammelklage eingereicht. Deutsche Politiker und Medien halten nicht etwa dagegen, sondern verbreiten unkritisch Geschichtsdarstellungen, die auf einen deutschen Völkermord am Stamm der Hereros hinauslaufen.

Bezugspunkt ist der Aufstand der Hereros im Jahr 1904. Das Nomadenvolk zog damals mit seinen Rinderherden durch das nördliche Südwestafrika. Es geriet dabei mit anderen schwarzen Stämmen in kriegerische Auseinandersetzungen um Weideland und Wasserstellen. Seit der Ansiedlung deutscher, englischer und burischer Landwirte in der Kolonie kam hinzu, daß Herero-Häuptlinge viel Land an weiße Farmer verkauften und es trotzdem weiterhin als eigenes Weideland nutzen ließen. So kamen zu den bis dahin üblichen schwarz-schwarzen Auseinandersetzungen schwarz-weiße Kontroversen hinzu, wobei letztere nicht „rassistisch" bedingt waren, sondern in Rechts- und Eigentumsfragen wurzelten.

Bitte um Schutz

In den Kriegen zwischen den angestammten afrikanischen Völkern siegten mal die Hereros, mal andere. Die Kontrahenten waren jeweils bemüht, ihre Position zu verbessern. So kam es, daß das Volk der Hottentotten 1884 die deutsche Kolonialverwaltung um einen Schutzvertrag bat. Unter dem Schutz dieses Vertrages gingen die Hottentotten dann gegen die Hereros vor. Daraufhin baten die Hereros um einen gleichen Schutzvertrag. Doch auch damit kehrte keine dauerhafte Ruhe ein.

1904 brachen in der Kolonie anti-deutsche Unruhen aus. Die Hereros versuchten, ihre

veräußerten Ländereien gewaltsam wiederzubekommen. Im Januar des Jahres wurden 123 deutsche Siedler, Händler und Soldaten umgebracht, zugleich auch viele Angehörige des ebenfalls dort lebenden Damara-Volkes. Die deutsche Schutztruppe mühte sich daraufhin ein halbes Jahr lang erfolglos, der Hereros im Buschkrieg Herr zu werden. 1904 war ein besonders trockenes Jahr. Die Hereros zogen sich deshalb im August mit ihren Sippen und den Viehherden auf noch frisches Weideland zurück, das sie östlich des Waterbergs fanden, eines Bergmassivs im Landesinneren. Die Schutztruppe versuchte nun, die Hereros dort einzukesseln und zu schlagen. Doch auch das mißlang, und die Hereros rückten nach Osten in die Kalahari-Steppe ab, wo sich ihre Spur zunächst verlor. Um nicht als Versager dazustehen, meldete der Kommandeur der Schutztruppe nach Berlin, die Hereros seien in der Omaheke-Wüste verdurstet und umgekommen.

Der deutsche Historiker Klaus Lorenz, ein ehemaliger Bundeswehr-Offizier, hat dazu eine Magisterarbeit geschrieben, zu der er die bis dahin unbekannten Akten der britischen Kolonialverwaltung heranzog. Daraus ergibt sich:

Die Führer der Hereros hatten sich schon lange vor der Schlacht am Waterberg der Rückendeckung der britischen Kolonialverwaltung in den benachbarten Gebieten versichert. Sie hatten dabei zugesagt, Landbesitz und Leben der englischen und burischen Farmer bei den Kämpfen zu verschonen. Im Gegenzug war ihnen für den Fall des Scheiterns ihres Aufstandes Asyl und Weideland in Britisch-Betschuanaland zugesichert worden. So ist es dann auch gekommen. Nach der Kesselschlacht am Waterberg zogen die Hereros auf den ihnen bekannten Wegen, vorbei an den noch vorhandenen Wasserstellen, durch die Kalahari-Steppe nach Osten zu den Briten. Die Deutschen, die das damals für unmöglich hielten, glaubten offensichtlich selbst an das Verdursten ihrer Gegner in der ausgedörrten Kalahari. Außerdem paßte diese - unüberprüfte - Annahme allzu gut in das Bild eines Sieges.

Auftrag verfehlt

Tatsächlich hat der Zug der Hereros durch die Steppe sehr viele Opfer gekostet: Menschen, Hab und Vieh. Die trockenen Weiden und das knappe Wasser reichten nicht für alle aus. Die Zahl der Toten wurde nie geklärt. Doch tauchten Wochen und Monate nach der Schlacht große Gruppen von Hereros im deutschen Farmland wieder auf. Sie erschienen auf den Lohnlisten deutscher Farmer, in den Berichten der Missionsstationen und der Polizei. Sie wanderten außerdem zu Tausenden bei ihren schwarzen Nachbarvölkern ein. Und 1930 wurden 6 000 Hereros bei einer Volkszählung im Betschuanaland registriert.

Ohne die damaligen Leiden zu beschönigen, hält Lorenz fest, daß die Flucht durch trockene Steppe keinen Völkermord darstellt, auch wenn sie viele Menschenleben gekostet hat. Der Völkermord-Vorwurf stammt aus der Feder eines DDR-Historikers, der in den sechziger Jahren die „verbrecherische Kriegsführung der imperialistischen deutschen Kolonialtruppen“ zu belegen hatte. Seine Zweckthese lautet, die Schutztruppen hätten die Hereros nach der Schlacht in die Kalahari getrieben und vorsätzlich dem Verdursten preisgegeben. Er belegt das mit dem deutschen Operationsplan,



August 1904: Deutsche Schutztruppen im Kampf gegen die Hereros

der eine schwache Stelle im Einschließungsring vorgesehen habe, durch den die Hereros in die Steppe entweichen und in ihr Verderben rennen sollten.

Lorenz hat in jenem Operationsplan ganz anderes gefunden. Danach waren an der späteren Durchbruchstelle besonders starke Kräfte vorgesehen. Sie kamen jedoch verspätet und konnten den Kessel nicht mehr schließen. Der Auftrag für die Truppe war unmißverständlich: einschließen, niederkämpfen und entwaffnen. Nachdem die Hereros dennoch durchgebrochen und entwichen waren, konnten die deutschen Truppen zunächst nicht folgen. Erschöpfung, Krankheit und Wassermangel erlaubten es Soldaten und Pferden erst nach fünf Tagen, den Hereros nachzusetzen.

Damit aber hatte die deutsche Truppe ihren Auftrag verfehlt. Die Hereros waren weder abschließend bezwungen noch entwaffnet worden. Man hatte sie auch nicht in die Steppe getrieben. Solche Eingeständnisse wollte nur damals in Deutschland niemand hören. Eine kritische Berichterstattung gab es nicht. Es war - nicht nur im Deutschen Reich, sondern überall in Europa - die Zeit des Hurra-Patriotismus.

Der Feldzug gegen die Hereros entsprang dem Bemühen, die Massaker und Überfälle auf Deutsche und eingeborene Nachbarvölker zu beenden. Das Land sollte befriedet werden. Daß die Hereros dabei hohe Verluste hatten, entsprach der Logik des Krieges, wie es ja auch in den Reihen der deutschen Schutztruppe und der deutschen Zivilisten in Südwest zahlreiche Todesopfer gab. Damals war das Wort „Kollateralschäden" noch unbekannt. Doch gewaltsame Auseinandersetzungen mit Flucht und Vertreibung, Hunger und Not gab es an vielen Stellen:



Schwarzer Rassismus

In Simbabwe, dem früheren Rhodesien, sind Weiße derzeit vogelfrei. Ihre Häuser und Farmen werden von marodierenden Anhängern des Staatspräsidenten Robert Mugabe besetzt und geplündert. Rufen die Opfer nach der Polizei, werden sie selber in Handschellen gelegt (Bild), um keinen Widerstand gegen die Plünderer leisten zu können. Die Zahl der Ermordeten und Verwundeten nimmt täglich zu, ohne daß sich das sogenannte Weltgewissen regt. Mugabe will auch noch das restliche von Weißen bewirtschafte Land an unzufriedene Schwarze verteilen, um die Unzufriedenheit mit seinem Regime auf diese Weise zu ventilieren. Erste Konsequenz des schwarzen Rassismus: Simbabwes Nahrungsmittelversorgung ist zusammengebrochen.

Im Januar jenes Jahres 1904 töten britische Kolonialtruppen in Somalia mehr als 1000 aufständische Moslems. Im August 1904 werfen britische Verbände die Tibeter blutig nieder und dringen bis in die Hauptstadt Lhasa vor. Und aus der belgischen Kongo-Kolonie werden Erschießungen und Verstümmelungen gemeldet, nachdem sich Einheimische geweigert hatten, weiter Zwangsarbeit zu leisten. Die Ereignisse in Deutsch-Südwestafrika fielen also keineswegs aus dem Rahmen damaliger europäischer Kolonialpolitik. Doch Briten, Belgier, Franzosen, Spanier, Portugiesen und Niederländer, damals allesamt in Afrika und Asien engagiert, denken keine Sekunde an Entschuldigung, geschweige denn an Wiedergutmachung.

Die Magisterarbeit von Klaus Lorenz liegt übrigens dem Auswärtigen Amt in Berlin vor und könnte dort zur Aufhellung der Sachverhalte beitragen. Doch nach den bisherigen Erfahrungen mit der rot-grünen Bundesregierung darf man davon ausgehen, daß Joschka Fischer und seinesgleichen an der historischen Wahrheit nicht interessiert sind. ■

„Entlarvter" Heinz Rühmann

Fred Sellin: Ich brech' die Herzen... Das Leben des Heinz Rühmann. Rowohlt Verlag, Reinbek 2001. 272 Seiten, davon 32 Seiten Bildtafeln, geb., DM 38,92, Euro 19,90.



Und wieder wird ein beliebter, volkstümlicher Deutscher des 20. Jahrhunderts vom Sockel gestürzt. Diesmal hat es den 1994 im Alter von 92 Jahren verstorbenen Schauspieler Heinz Rühmann erwischt. Er soll nicht nur den Nationalsozialisten zu Diensten und mit Goebbels befreundet gewesen sein; auch den Kommunisten in Ost-Berlin habe er sich nach der deutschen Kapitulation an den Hals geworfen. Ein bislang unbekanntes Photo zeigt Rühmann am 19. Mai 1945 zusammen mit Walter Ulbricht bei der Einführung des roten Magistrats.

Noch vor einigen Jahren hatte die „Frankfurter Allgemeine" behauptet, Rühmann habe als Schauspieler dem NS-Menschenbild widersprochen, „er paßte als Typ nicht in dieses System". Dem Biographen Fred Sellin, einem reichlich verspäteten, aber um so wütenderen Antifaschisten, will das überhaupt nicht einleuchten. Rühmann, abonniert auf die Rolle des verschmitzten Kleinbürgers, habe dem Dritten Reich gewissermaßen ein menschliches Antlitz verliehen. Außerdem sei er in Propagandafilmen wie „Wunschkonzert" (1940) und „Front-Theater" (1942) aufgetreten.

Ulbricht dagegen war voll des Lobes über Rühmann: „Er hat in keinem politischen Film für die Nazis mitgewirkt. Er hat Genossen bei der illegalen Arbeit gegen das Hitler-Regime geholfen. Er ist sowjetfreundlich gesinnt." Letzteres wäre um so verblüffender gewesen, als Rühmann im Mai 1945 noch unter besonderem Schock stand: Rotarmisten hatten seine (zweite) Ehefrau, die bildhübsche, „vierteljüdische" Schauspielerin Hertha Feiler, mehrfach vergewaltigt.

Sellin hat nicht schlecht recherchiert und eine ganze Menge unbekannter Details zusammengetragen. Viel Widersprüchliches und Menschlich-Allzumenschliches ist darunter. Die bei naiven Gemütern womöglich vorhandene Vorstellung, daß ein sympathischer und populärer Schauspieler auch im Privatleben ohne Fehl und Tadel sein muß, läßt sich auch bei Rühmann nicht durchgängig halten. Doch wo gibt es ihn denn, den unanfechtbaren, in jeder Situation souveränen Übermenschen?

Rühmann war Schauspieler. Nicht mehr und nicht weniger. Den wechselnden politischen Regimen paßte er sich drehbuchgerecht an - vor 1945 und danach. Auch heute ist es nicht üblich, daß sich Künstler gegen die Herrschenden engagieren. Im Gegenteil. Man braucht nur eine der vielen Talk-Shows anzustellen, und schon hört man opportunistisch-zeitgeistiges Geplapper aus nahezu allen Prominenten-Mündern. Auch bei Buchautor Sellin ist nichts an Wertungen zu finden, was nicht haargenau der „politischen Korrektheit" unserer Zeit entspricht. Wäre es anders, hätte sich wohl kein Verleger gefunden - jedenfalls keiner aus dem „etablierten" Spektrum.

Von daher sind Künstler-Biographien, die sich der Anpassungsbereitschaft ihrer „Helden" widmen, nicht sonderlich originell. Hat jemand etwas anderes wirklich erwartet? Dennoch: Wer mehr über Rühmann wissen will, als es damals in den bunten Illustrierten stand, wird von Sellin gut bedient. Nur seine politisch-moralischen Bewertungen - die hätte er den Lesern ersparen sollen.

sp

Der „Pate“

Christopher Hitchens: Die Akte Kissinger, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart – München 2001, geb., 219 Seiten, DM 39,80.

Eine Lichtgestalt der Diplomatie, einen Superstar der Außenpolitik, ja einen „Weltenlenker“ („Die Zeit“) hat man Henry Kissinger genannt. Kaum ein Außenpolitiker des 20. Jahrhunderts - ist derart mit überschwenglichen Ruhmesworten bedacht worden wie der langjährige US-Außenamtschef, der noch immer zu den einflußreichsten Figuren der Weltpolitik zählt: Obschon offiziell längst im Ruhestand, spielt Kissinger aufgrund seiner Verbindungen zu bedeutenden „think tanks“ wie der Trilateralen Kommission oder dem Council on Foreign Relations (CFR) nach wie vor die Rolle eines Stichwortgebers der internationalen Politik. Bundesdeutsche Leser bekommen seine Verlautbarungen regelmäßig in der „Welt am Sonntag“ frei Haus geliefert.

Es blieb dem amerikanischen Publizisten Christopher Hitchens vorbehalten, jetzt dem „anderen“ Kissinger ein Buch zu widmen, das den einen oder anderen Fleck auf der weißen Weste des „Weltenlenkers“ hinterlassen dürfte. Denn Kissingers Einfluß auf die internationale Politik, legt Hitchins dar, beschränkte sich nicht nur auf Konzeption und Umsetzung der amerikanischen Globalpolitik, sondern spiegelte sich auch in einer Reihe von Maßnahmen wieder, die man schlicht und einfach als Verbrechen bezeichnen muß.

Hitchens listet auf: die vorsätzliche Tötung von Zivilisten und den Tod von mindestens 20.000 amerikanischen Soldaten in Indochina (infolge vorsätzlicher Sabotage der Vietnam-Friedensverhandlungen in Paris durch Kissinger); die persönliche Anstiftung zur Ermordung eines hohen Staatsbeamten in Chile, mit dem sich die USA nicht im Kriegszustand befanden; die persönliche Beteiligung Kissingers an einem Plan, das Staatsoberhaupt des demokratischen Zypern zu ermorden; die Anstiftung und Durchsetzung des Genozids auf Osttimor; die persönliche Beteiligung an dem Plan, einen in Washington lebenden Journalisten zu entführen und zu ermorden.

Die meisten dieser Fälle mögen sich wie Lappalien ausnehmen. Sie liegen andererseits aber nicht so weit entfernt von jenen Vergehen, wegen derer sich etwa der ehemalige jugoslawische Staatschef Milosevic vor dem Haager „Kriegsverbrecher“tribunal verantworten muß und die dem langjährigen chilenischen Staatsoberhaupt Augusto Pinochet zur

Kriegserinnerungen

Der langjährige Leiter der niedersächsischen Landespressekonferenz, Rolf Ziek, Jahrgang 1921, hat sich nach dem Mauerfall seine Erinnerungen an zehn Jahre Krieg und Gefangenschaft (1939-1949) von der Seele geschrieben. Aufgrund der hohen Nachfrage ist das Werk nun schon in der 4. Auflage erschienen. Zieks Verteidigungsschrift für die geschundene Kriegsgeneration wird mit der heute betriebenen pauschalen Verurteilung deutscher Soldaten und der verdrängten deutschen Zwangsarbeiterfrage immer aktueller. Sie gibt gerade für junge Menschen ein klares Zeugnis eines führenden Journalisten des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik wieder, den man aufgrund seiner hohen Anerkennung nicht so schnell in die extreme Ecke drängen kann. So ist Ziek Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Niedersächsischen Verdienstordens und Ehrenvorsitzender bedeutender Journalistenverbände.

Rolf Ziek: **"Ich war dabei - und habe erlebt"**, 343 S., zahlr. Abb. und Dok., DM 27,-

Zu bestellen bei:
Buchdienst Nation Europa,
Postfach 2554, 96414 Coburg.

Last gelegt werden. Folgt man Hitchens, wittert inzwischen auch Kissinger die Unbill, die ihm von dieser Seite droht: „Neueste Entwicklungen im nationalen und internationalen Recht lassen seine Position verwundbarer werden“ - zumal der Betroffene im einen oder anderen Fall sogar zugegeben habe, „daß er wissentlich und fortgesetzt gegen das Gesetz verstoßen“ habe (S. 208).

Doch da werden sich Hitchens' Hoffnungen, der sein Buch sozusagen als Materialsammlung für eine künftige Anklageschrift versteht, wohl nicht erfüllen, denn dazu war Kissinger ein allzu getreuer Diener der Weltmacht Nummer eins. Wann hätten sich die USA jemals um das internationale Recht gekümmert? Ein Verdienst bleibt dem Buch gleichwohl: Als Lichtheros der Weltpolitik wird man K. künftig nicht mehr betrachten können - eher als ihren „Paten“. *mü*

Unruhige Zukunft

Stefan Hartwig: Konfliktpotentiale der Zukunft (= Eckartschrift Nr. 158, Hrsg. Österr. Landsmannschaft, Wien), 103 Seiten, Pbck., Graphiken, DM 15,70/öS 98,-

Stefan Hartwigs Schrift atmet prophetischen Geist. Wie aktuell ihr Inhalt ist, wurde spätestens am 11. September überdeutlich, jenem Datum, seit dem vieles nicht mehr so ist wie vorher. Dabei birgt die globalisierte Welt schon heute übergenug Konfliktpotentiale, und daß die verantwortlichen Kreise Konsequenzen ziehen und endlich an den Aufbau einer gerechten Weltordnung gehen, dafür stehen die Chancen schlechter denn je.

Die Leistung dieser kleinen, hochinformativen und verständlich geschriebenen Schrift besteht nicht zuletzt darin, daß sie die Bedrohungs- und Gefahrenpotentiale unserer Zukunft auf handlichen 100 Seiten zu einem griffigen Kompendium zusammenfaßt. Ob Terrorismus oder Drogenhandel, Geldwäsche oder internationaler Menschenhandel, ob Islamismus in der Dritten Welt oder Multikulti hierzulande, ja selbst die wieder aufflammende Piraterie in internationalen Gewässern - nichts entgeht dem aufmerksamen Blick des Autors, und viele Bedrohungen des 21. Jahrhunderts sind heute noch kaum dem Namen nach bekannt.

Lösungen kann und will auch Hartwig nicht aufzeigen. Doch im herrschenden Klima von Flachsinn und Desorientierung ist schon viel gewonnen, wenn wenigstens sachkundige Information stattfindet. Sie wird hier in komprimierter Form dargeboten; ein kleines Internet-Adressenverzeichnis rundet das Bild der wohlfeilen Handreichung ab.

Müntzer

Szenen von der Ostfront

Unter dem Titel „(M)ein Sammelsurium“ hat der bekannte Militärschriftsteller Wilhelm Tieke Arbeiten aus seinem über 40jährigen Schaffen zusammengefaßt, Arbeiten, die in Militärzeitschriften veröffentlicht worden sind oder als Studien und Vorarbeiten zu Büchern in dicken Ordnern „schlummerten“. Beim Sichten seines „Nachlasses“ kam dem 78jährigen Verfasser der Gedanke, daß auch diese Aufzeichnungen kommenden Forschern und Historikern bei der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte Deutschlands und Europas dienlich sein könnten.

Das manuskriptartig aufbereitete Material enthält eine kurze Geschichte der Kradschützen und Panzeraufklärer, Szenen aus dem Brückenkopf Dnjeperpetrowsk 1941, die Kämpfe der Heeresgruppe Nord von Luga bis Leningrad, die Krisen bei der Heeresgruppe Mitte in Herbst und Winter 1941/42, den Angriff der 1. Panzerarmee auf Rostow, ein Porträt des Freikorps Danmark im Kessel von Demjansk, die Schlacht um die Krim 1941/42 und den Kaukasusfeldzug 1942/43.

Die Broschüre im DIN-A-4-Format (136 S., 21 Karten) ist gegen Vorkasse von DM 30,- (Scheck oder Scheine) erhältlich bei Wilhelm Tieke, Erblandstr. 54, 51645 Gummersbach.

Panzer-Erinnerungen

Armin Böttger: Ich kam durch. Stationen und Impressionen des Lebensweges eines Panzersoldaten der deutschen Wehrmacht. Hase & Koehler Verlag, Mainz 2000. 262 Seiten mit 230 Photos, geb., DM 42,-

Auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Anti-Wehrmachts-Ausstellung saß Armin Böttger, ein in der Fachwelt renommierter Professor der Zahnmedizin, vor dem Fernseher und wunderte sich: Ein linksgedrallter Journalist, arrogant und schnoddrig, erklärte den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges für „schuldig“. Auf Böttger wirkte dieses pauschale und undifferenzierte Urteil nicht nur empörend, sondern auch animierend: Er, der sich 1940 als 17jähriger freiwillig zur Wehrmacht gemeldet und den Krieg bei der 24. Panzerdivision in Rußland, Italien und auf dem Balkan mitgemacht hatte, brachte nun seine Kriegserlebnisse zu Papier - nicht um zu verherrlichen oder zu rechtfertigen, sondern um zu beschreiben.

Schon der Titel des Buches „Ich kam durch“ schlägt den Grundakkord an: Böttger wollte nicht Held sein, sondern überleben - bei aller für ihn selbstverständlichen Pflichterfüllung. Vermutlich entspricht er damit dem „durchschnittlichen“ Soldaten, einschließlich der kleinen menschlichen Schwächen, die auf einigen Seiten dieser Autobiographie noch nachwirken: Für Offiziere, die insbesondere in den letzten Kriegsjahren vor der schwierigen Aufgabe standen, die Disziplin der Truppe notfalls auch mit drakonischen Maßnahmen aufrecht zu erhalten, bringt Böttger wenig Verständnis auf. Und auch seine Begegnungen mit der Waffen-SS sind nicht unbedingt repräsentativ.

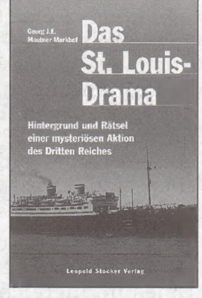
Aber darin liegt zugleich die subjektive Ehrlichkeit dieses gut geschriebenen Buches. Manches wird der kundige Leser möglicherweise anders beurteilen, insbesondere dort, wo Zeitgeschichtsdogmen das eigene Erleben des Autors überlagern, aber die vielen Facetten des Krieges lassen eine einheitliche Sichtweise ohnehin nicht zu. Böttger macht jedenfalls glaubhaft, daß die „Wahrheit“ der Reemtsma-Show mit der damaligen Wirklichkeit nichts oder nur wenig zu tun hat. *hg*

„Ich glaube, man sollte überhaupt nur solche Bücher lesen, die einen beißen und stechen. Wenn das Buch, das wir lesen, uns nicht mit einem Faustschlag auf den Schädel weckt, wozu lesen wir dann das Buch.“

Franz Kafka (1883–1924), österreichischer Schriftsteller

Jüdische Irrfahrt

Georg J. E. Mautner Markhof: Das St.-Louis-Drama. Hintergrund und Rätsel einer mysteriösen Aktion des Dritten Reiches. Stocker-Verlag, Graz 2001. 200 S., 25 S/W-Abb. und Faksimiles im Text, Ln., geb., DM 39,90 (Euro 21,10).



Am 13. Mai 1939 verläßt der Luxusdampfer „St. Louis“ den Hamburger Hafen. An Bord 899 jüdische Emigranten, die nach einem Zwischenaufenthalt auf Kuba in die USA einreisen wollen. Der Traum von einer neuen Heimat endet jedoch im Desaster. Weder die Kubaner noch die Amerikaner lassen die Flüchtlinge an Land. Präsident Roosevelt setzt Kriegsschiffe der Küstenwache gegen die „St. Louis“ in Marsch. Dem deutschen Kapitän Gustav Schröder bleibt nichts anderes übrig, als mit seinem Schiff nach Europa zurückzukehren. In Antwerpen können die verzweifelten Passagiere endlich an Land und werden auf Belgien, Holland, Frankreich und England aufgeteilt.

Die Geschichte erregte in den Vorkriegsmonaten erhebliches Aufsehen. Für die deutsche Regierung bildete sie einen Beleg dafür, daß Juden nicht nur im Dritten Reich unerwünscht waren. Nach 1945 wurde das Drama der „St. Louis“ verfilmt und in Büchern und Zeitschriften verarbeitet. Mit der Wahrheit nahm man es dabei nicht so genau. Manches wurde unterschlagen, anderes fehlinterpretiert und aufgebauscht. Propagandistische Schwarzweißmalerei ersetzte eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Fakten.

Letzteres holt nun Georg J. E. Mautner Markhof nach. Der österreichische Schriftsteller, Unternehmer und FPÖ-Politiker erweist sich dabei als findiger Rechercheur. Ohne in Unwesentlichkeiten abzuschweifen, blättert er das Flüchtlingsdrama detailliert auf und beweist dabei, wie spannend auch eine sachlich vorgetragene Geschichtsschreibung sein kann. Gut und Böse sind nicht nach Rasse und Parteibuch aufgeteilt,

sondern werden anhand konkreten Tuns und Lassens bemessen.

Die NS-Verfolgungspolitik wird weder verharmlost noch überzeichnet. Rücksicht auf Legenden der Siegergeschichtsschreibung nimmt der Autor ebenfalls nicht. Selbst an Stellen, wo man den einen oder anderen Erläuterungshinweis nachtragen könnte und abweichende Beurteilungen möglich wären, fühlt sich der Leser nicht manipuliert. Mautner Markhof bemüht sich redlich um eine umfassende Bestandsaufnahme. Seine Faktensorgfalt könnte so manchen Berufshistoriker beschämen. Ein heikles Thema, ein gutes Buch - vor allem jetzt, wo in den USA die Frage geprüft wird, inwieweit man sich damals gegenüber verfolgten Juden der unterlassenen Hilfeleistung schuldig gemacht hat. *hn*

Kleines Wagner-Kompendium

Hermann Attinghaus: Bayreuther Betrachtungen. 125 Jahre Richard-Wagner-Festspiele. Unangepaßtes zum Jubiläum (= Eckartschrift Nr. 157), 104 Seiten, kart., zahlr. Abb., DM 15,70

Längst haben die Bayreuther Festpiele ihre Pforten wieder geschlossen, und auch der „Skandal" um eine Wagner-Premiere in Israel, für den ausgerechnet der - jüdischstämmige - Chefdirigent der Berliner Philharmoniker, Daniel Barenboim, im Sommer sorgte, ist schon wieder vergessen. Unvergessen dagegen bleibt Richard Wagner (1813-1883), Komponist, Theaterreformer und Publizist - und sicher eine der herausragenden Erscheinungen der europäischen Geistesgeschichte.

Ein erschöpfendes Porträt des Titanen versucht Hermann Attinghaus in seinem schmalen Eckart-Bändchen gar nicht erst. Wohl aber ruft er die immense Spannbreite des Wagnerschen Schaffens in Erinnerung und zeigt einmal mehr den gewaltigen Einfluß auf, den nicht nur Wagners Bühnenwerke, sondern ebenso seine zahlreichen weltanschaulichen und kunsttheoretischen Schriften auf die Nachwelt ausübten.

Daß er ein Enthusiast und Begeisterter ist, daraus macht Attinghaus kein Hehl. Eine umfangreiche Chronologie und eine kleine Zitatauswahl aus dem Wagnerschen Schriftenopus machen diese „Bayreuther Betrachtungen" aber auch für nüchternere Interessenten lesenswert. *mü*